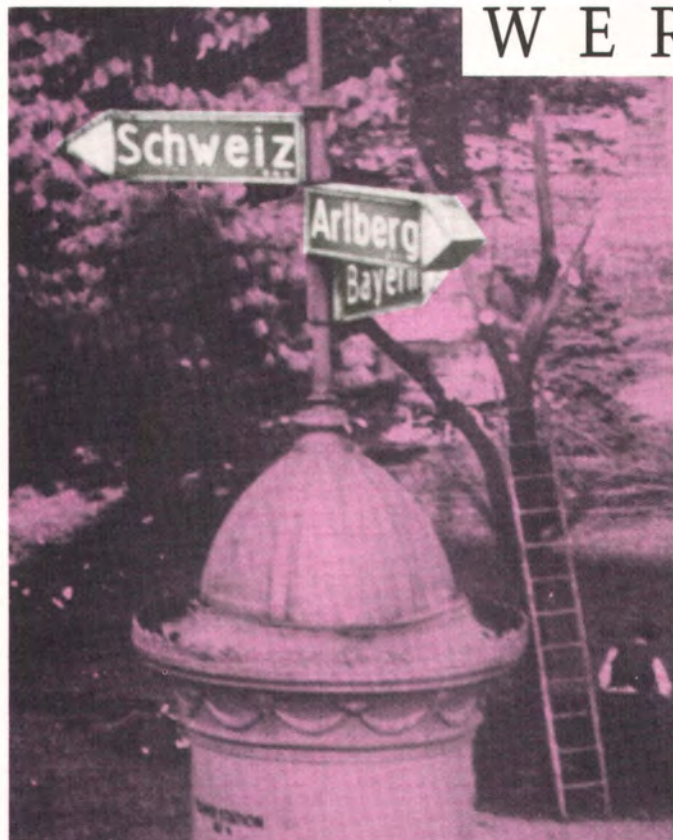


STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

5

Werner Dreier / Meinrad Pichler

VERGEBLICHES WERBEN



Mißlungene
Vorarlberger
Anschlußversuche
an die Schweiz
und an Schwaben
(1918–1920)

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Werner Dreier / Meinrad Pichler
Vergebliches Werben
Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche
an die Schweiz und an Schwaben (1918-1920)

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der
Johann-August-Malin-Gesellschaft

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für
Wissenschaft und Kunst,
des Amtes der Vorarlberger Landesregierung
und der Landeshauptstadt Bregenz

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie im November 1918 bescherte neben einem staatlichen auch ein wirtschaftliches Fiasko. Zwar war Vorarlberg in der Person des Vizekanzlers Jodok Fink an der Gründung der Republik Deutsch-Österreich maßgeblich beteiligt, im Lande selbst zeigte sich aber bald, daß andere staatliche Orientierungen bei der Mehrheit der Bevölkerung mehr Zuspruch fanden als der österreichische Weg. Einerseits waren viele davon überzeugt, daß bei einem Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz die materielle Not am schnellsten zu beseitigen wäre; andere wiederum glaubten, daß das vom ehemaligen Großreich übriggebliebene Restösterreich nur an der Seite Deutschlands eine reelle Überlebenschance habe. Der Landesregierung ging es darum, in jedem der möglichen Fälle eine möglichst große Eigenständigkeit zu erreichen. Aber weder die Siegermächte, noch die österreichische Staatsregierung ließen einen Vorarlberger Sonderweg zu, und die umworbenne Schweiz hielt sich bedeckt.

Die Autoren:

Werner Dreier, geb. 1956, Studium der Geschichte, Lehrer in Bregenz

Meinrad Pichler, geb. 1947, Studium der Geschichte, Lehrer in Dornbirn

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

5

Werner Dreier / Meinrad Pichler

V E R G E B L I C H E S
W E R B E N

Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche
an die Schweiz und an Schwaben
(1918 — 1920)

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Titelmotiv: Kornmarktplatz Bregenz (Stadtarchiv Bregenz)

© Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Bregenz 1989

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Produktion: Joachim Lukasser und Meinrad Pichler, Bregenz

Druck und Bindung: J. N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria

ISBN 3-900754-05-5

Inhalt

Bildquellen	6
Abkürzungen	7
Vorwort	9
Chronik der Anschlußbewegung (1918-20) (Meinrad Pichler)	12
Interessenslagen - Haltungen	
Die Haltung der Vorarlberger Bevölkerung oder die Liebe geht durch den Magen (Meinrad Pichler)	33
Herr im Haus? - Die Haltung der Landesregierung (Meinrad Pichler)	43
Die Reaktion der politischen Eliten (Werner Dreier)	48
Kalkül statt Gefühl - Die Haltung der offiziellen Schweiz (Meinrad Pichler)	78
Vorarlberg als Objekt deutscher Geheim- diplomatie und Propaganda (Werner Dreier)	85
"Hör uns Helvetia" - Die Propheten vom "gelobten Land" (Meinrad Pichler)	102
Der deutsche Anschluß (Werner Dreier)	119
Verwendete Literatur	154
Namens- und Ortsregister	158

Bildquellennachweis

- S. 14 Vorarlberger Landesarchiv
- S. 17 Vorarlberger Landesarchiv
- S. 18 Bilgeri (V/1987)
- S. 34 StA Dornbirn
- S. 36 Gautschi (1968)
- S. 44 H. Huebner, Dr. Otto Ender (1957)
- S. 46 StA Bregenz
- S. 57 Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft
- S. 70 Vorarlberger Landesarchiv
- S. 74 StA Bregenz
- S. 87 StA Bregenz
- S. 103 Herbert Nagel, Lustenau
- S. 115 Ida Lill, Bregenz
- S. 146 Österreichische Nationalbibliothek

Abkürzungen

Bd.	Band
f.(ff.)	folgende
H.	Herausgeber
LH	Landeshauptmann
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
o.S.	ohne Seitenzahl
StA	Stadtarchiv
vgl.	vergleiche
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VLReg.Prs.	Vorarlb. Landesregierung, Präsidialakten
VLSS	Vorarlb. Landtag, Stenographische Sitzungs- berichte
VT	Vorarlberger Tagblatt
VV	Vorarlberger Volksblatt
VW	Vorarlberger Wacht
zit.n.	zitiert nach

Vorwort

Am 11. Mai 1919, also vor genau 70 Jahren, wurden die damaligen Vorarlberger Wähler aufgerufen, in einer Volksbefragung darüber zu befinden, ob die Landesregierung mit dem Schweizer Bundesrat über einen Anschluß Vorarlbergs an seinen westlichen Nachbarn verhandeln soll. Die Angelegenheit gestaltete sich schwieriger, als manch plötzlich Schweizbegeisterter wahrhaben wollte. Einem Wechsel der Staatszugehörigkeit standen auch in einer Zeit allgemeiner politischer Auflösungserscheinungen erhebliche Schwierigkeiten im Wege. Zudem machten sich die Vorarlberger Betreiber eines Schweizanschlusses durch ihr selbstverleugnendes Buhlen um Aufnahme so verdächtig wie ein Brautwerber, dessen Gedanken ums Bankkonto der Umworbenen kreisen, während er von Liebe redet. Wo aber die Liebe übers Konto geht, kann ein Bettler nicht landen. Eine Verbindung mit Deutschland wäre von daher wohl standesgemäßer gewesen. Wozu aber einen Partner aus schlechten Kriegstagen aufs neue erküren? Erst als sich zwanzig Jahre später die Dinge in Österreich für größte Bevölkerungsteile immer noch nicht zum Besseren gewendet hatten, verfingen die deutschen Angebote, die "Brot und Arbeit" verhiessen, aber Hunger und Krieg brachten.

Das also sind die historischen Erfahrungen mit Anschlüssen: Der eine scheiterte unter demütigenden Bedingungen bereits im Vorfeld, der andere führte direkt ins größte politische und menschliche Fiasko.

Wer aber nun geglaubt hatte, daß Vorarlberger, gewitzt durch diese geschichtlichen Lektionen, ihren Bedarf an "Anschlüssen" endgültig gedeckt hätten, irrt. Neuerlich waren vielen fremde Tauben auf noch ungedeckten Dächern näher als der österreichische Spatz in der Hand. Unmittelbar nach der Befreiung vom Mai 1945 und nach der Wiederherstellung Österreichs durch die Alliierten begannen einige Vorarlber-

ger Honoratioren schon wieder, die Demolierung des neuen-alten Staates zu betreiben. Den Gründern des bald entschlafenen "Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes" ging es um die Schaffung einer "anti-preußischen christlichen Föderation", bestehend aus Württemberg, Bayern und Österreich!. Wien sollte innerhalb eines solchen Staatsgebildes auch politisch in eine Randlage gebracht werden, und damit natürlich auch die Sozialdemokratie. Man war sich nicht sicher, ob man die Zukunft nicht überhaupt ohne den sowjetisch besetzten Teil Österreichs planen sollte.

Auch großschwäbische Modelle, die sich stets auf Argumente stützen, die dem Bauchladen der Schwabenkapitler des Jahres 1919 entnommen waren, kamen nie ganz aus der Mode. Mehr an die ehemaligen Schweizerfreunde hielten sich dagegen die Initiatoren von "Pro Vorarlberg" (1979), und das nicht nur im Hinblick auf die Namensgebung. Auch die ideologische Besenkammer von damals wurde geöffnet, doch die Gerätschaft war durch die Einlagerung nicht tauglicher geworden, auch der aktuelle Aufputz half da wenig.

War es vor einem Jahrzehnt noch die Einigelung, der Rückzug auf Vorarlberg selbst, welcher die Lösung der anstehenden Probleme bewirken sollte, so hat heute die Vorarlberger Wirtschaft, und in ihrem Schlepptau die veröffentlichte Meinung, den europäischen Großraum entdeckt. Und wieder gleichen die Argumentationsmuster der neuen Anschlußfreunde jenen von ehemals. Nur eines hat sich verändert: Die angestrebte Wunschheimat wird nicht mehr mit idealistischem Brimborium verbrämt, sondern als das bezeichnet, was man wirklich sucht, nämlich einen größeren Markt. Unter diesen veränderten Vorzeichen hat sich auch der Typus des Anschlußbetreibers gewandelt. Die Schulmeister, die die handfesten materiellen Interessen mit einer weichen Verpackung aus wohlklingenden Idealen abzufedern hatten, sind überflüssig geworden. Die heutige Software ist von anderer Art: marktorientiert und effizient, ge-

sichtslos und beliebig. Das Europa des gemeinsamen Marktes kann vielleicht Gleichheit herstellen, Identität stiften wird es nicht.

Von allen Volksbewegungen, die in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg die Regierenden in Atem hielten, etwa die Bewegung der Bauern oder die Rätebewegung, war die Schweiz-Anschluß-Bewegung nicht nur die mächtigste, sie wurde auch im nachhinein am weitaus gründlichsten beschrieben. Der vorliegende Band hat deshalb keine neuen Quellen zu erschließen. Vielmehr wird in ihm das vorhandene Material zusammengefaßt und die vielen Arbeiten aufgetragene ideologische Tünche abgeschminkt. Dies betrifft nicht nur die völkische Argumentation der Deutschnationalen; auch der Zungenschlag mancher schweizorientierter Historiker verweist auf ähnliche Denkmuster, wenn ständig von "gleichem Blut" und Verwandtschaft die Rede ist, wo in Wirklichkeit der leere Bauch die politischen Gedanken leitete.

Zugleich möchte das Buch ein wenig Nachdenklichkeit auslösen, die angesichts der derzeit geschürten Anschluß euphorie nicht schaden kann.

Anmerkung

1. Von Vorarlberger Seite unterzeichneten den Aufruf vom 10.10.1945 Dr. Emil Seeberger, Bezirkshauptmann, Dr. Emil Schneider, Minister a.D., Dr. Julius Wachter, Bürgermeister, Dr. Stefan Kohler, Altbürgermeister, Dr. Hubert Halma, Professor, und Otto Matt, Hutmacher und Stadtrat, alle Bregenz. Abschr. der Erklärung im Archiv der sozialen Demokratie, Bad Godesberg, o. Nr.

Chronik der Anschlußbewegung (1918-1920)

Man muß es selbst miterlebt haben, welche Hoffnungen sich im Vorarlberg auftraten. Mitten im Elend und der Härte des Winters 1918/19 belebte nur ein Gedanke das Volk: Anschluß an die Schweiz.¹

Sowohl die damaligen Propagandisten, besonders Ferdinand Riedmann und noch stärker Paul Pirker², als auch einige spätere Historiker³ versuchten enge staatliche Verbindungen zwischen der Schweiz und Vorarlberg nachzuweisen und Vorarlberger Anschlußwünsche an die Schweiz als historische Konstante auszugeben.

Die dafür vorgebrachten Belege beweisen aber meist nicht mehr, als daß es zwischen der Ostschweiz und Vorarlberg durchgehend nachbarschaftliche Beziehungen gab, wobei sich beide Teile ihrer unterschiedlichen staatlichen Identität stets bewußt waren. Im Gegenteil: Den westlichen Nachbarn gegenüber herrschte zeitweise eine erhebliche Skepsis - und das nicht nur bei der staatstragenden Beamtenschaft. So war beispielsweise die Landtagsdebatte über eine gemeinsame Rheinregulierung von Anfang an von der Angst durchzogen, man könnte von den Schweizern übervorteilt werden.⁴

Bis zu der Zeit, als sich im Ersten Weltkrieg das Kriegsglück der Mittelmächte endgültig zur Niederlage zu neigen begann und die Entbehrungen für die Bevölkerung unerträglich wurden, stand ein staatlicher Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz nie wirklich zur Diskussion.

Schmuggel als Kontaktpflege

Die lange gemeinsame Geschichte unter dem Dache des habsburgischen Herrscherhauses, die jahrhundertlange kulturelle Ausrichtung der Eliten in Richtung Innsbruck und Wien, die weitgehend innerösterreichische Beamtenschaft und die politischen und konfessionellen Unterschiede zur Eidgenossenschaft hatten aus dem Rhein im Laufe der Zeit eine doch recht eindeutige Grenze werden lassen. Mit Einschränkungen: Die aufgezählten grenzbildenden Faktoren hatten für die einfache Bevölkerung besonders der Grenzgemeinden weit weniger Bedeutung. Hier bestanden seit jeher recht intensive Binnenbeziehungen, die ihren sichtbarsten Ausdruck im textilen Veredelungsverkehr, im menschlichen Austausch und im Warenschmuggel fanden. Gerade letzterer war während des Krieges zu einer Hochblüte gelangt, da der illegale Import verschiedener kriegswichtiger Artikel von der Heeresverwaltung gefördert worden war. Nicht wenige Bewohner der Rheingemeinden hatten auf diese Art ihren Lebensunterhalt verdient und sahen nicht ein, warum sie dieses einträgliche Geschäft im neuen Österreich aufgeben sollten. Die staatlichen Bemühungen, diesen grenzüberschreitenden Schwarzhandel durch verschärfte Grenzkontrollen einzudämmen, waren nahezu erfolglos. Im Juli 1919 versuchte das Staatsamt für Heereswesen "dem Schmuggel und den Exzessen der Grenzbevölkerung" durch die Entsendung von 300 Offizieren ein Ende zu setzen.⁵ Doch auch diese Offiziere waren, wie es in einem Bericht der Feldkircher Finanzbehörde heißt, "täglichen schwersten Insulten und direkter Verhöhnung"⁶ ausgesetzt.

Die Bevölkerung ließ sich nicht ohne Gegenwehr vom Einkaufsparadies aussperren, zumal dann nicht, wenn jenseits des Arlbergs mit den in der Schweiz erstandenen Rauchwaren lukrative Geschäfte zu machen waren. Eine Schweizer Zigarre, eingekauft um 10 Rappen, konnte in Wien um zwei

Skizze über die Grenzsperrt
zu 6.119.827.



Strenz, am 20. Juni 1919.

Landesregierung in Bernburg

Einsatzplan für verschärfte Grenzsperrn zur Unterbindung des Schmuggels

Silberkronen verkauft werden, die ihrerseits beim anschließenden Umtausch in der Schweiz 1,60 Franken einbrachten.⁷ Ähnliche Gewinne ließen sich beim illegalen Handel mit Süßstoffen erzielen.

Der Versuch des Staates, diesen einträglichen, wenn auch ungesetzlichen Warentransfer von staatlicher Seite zu unterbinden, stieß deshalb auf erbitterte Gegenwehr. In Höchst beispielsweise drohten 100 Bürger mit einem bewaffneten Angriff auf Gendarmerie und Zoll, wenn fünf inhaftierte Schmuggler nicht freigelassen würden.⁸

Solche Ereignisse waren durchaus kennzeichnend für die Stimmung in Lustenau und im Rheindelta gegenüber dem neuen Staat, der nur in Form von Ordnungskräften präsent war. Nicht von ungefähr ging von hier der Funke aus, der bald das ganze Land entflammen sollte.

Ende und Anfang: Vom Reich zur Republik

Begonnen hatte die neue Zeit anfangs November 1918 mit der militärischen Niederlage der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn, mit der Proklamation einer provisorischen Landesversammlung vom 3. November, durch die sich Vorarlberg "auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes als eigenes und selbständiges Land im Rahmen des deutsch-österreichischen Staates"⁹ erklärte, und schließlich mit dem Regierungsverzicht des Kaisers und der Ausrufung einer demokratischen Republik Deutsch-Österreich am 12. November.

Diese grundlegenden Veränderungen der öffentlichen Verhältnisse innert weniger Tage demonstrierten selbst den konservativen Bevölkerungsteilen, wie relativ und brüchig die als gottgegeben geglaubten Verbindlichkeiten sich plötzlich erwiesen. Was für die einen die längstsehnte Freiheit bedeutete, waren für die anderen eingestürzte Fundamente,

auf deren Trümmern sie erst allmählich nach neuer Orientierung zu suchen begannen.

Der Lustenauer Lehrer Ferdinand Riedmann war einer der ersten, der seine Sprache wiederfand und damit auch Zuspruch. Und was lag näher, als angesichts der hoffnungslosen wirtschaftlichen Lage und der als bedrohlich empfundenen Forderungen einer revolutionären Arbeiterschaft sich dorthin zu orientieren, wo Lebensmittelnöte und rote Gefahr angeblich unbekannt waren. Kein anderes österreichisches Bundesland hatte eine so verlockende Aussicht auf ein rettendes Ufer.

Werbung für die Schweiz

Am 13. November hielt Riedmann die erste öffentliche Rede für einen Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz, der zahlreiche weitere in allen Landesteilen folgen sollten. Der rednerischen Agitation folgte der Aufbau von organisatorischen Strukturen in Form eines Werbeausschusses. Bis zum Beginn des Jahres 1919 wirkten Riedmann und seine Leute fast ohne Gegnerschaft und mit geringem Echo von seiten der offiziellen Politik. Als erste reagierten die Deutschfreihlichen auf die zunehmende Attraktivität eines Schweiz-Anschlusses, indem sie mit dem "Vorarlberger Tagblatt" ein Presseorgan gründeten, das ab dem 1. Jänner 1919^o heftig eine Orientierung Vorarlbergs in Richtung Deutschland propagierte.

Der "Werbeausschuß für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz" war zu dieser Zeit allerdings schon einen Schritt weiter. Am 1. März wurde Landeshauptmann Dr. Ender von einer Delegation unter Riedmanns Führung das Ergebnis einer "privaten Volksbefragung" mitgeteilt, "wonach 40334 Vorarlberger und Vorarlbergerinnen durch eigene Unterschrift den Wunsch äussern, dass das Land Vorarlberg zu einem staatsrechtlichen Bestandteile des Schweizerischen Bundesstaates erhoben werde".¹

Gemeinde: *Höllwiesengraben*

Wir Unterfertigten wünschen, daß unser Heimatland Vorarlberg ein Kanton der Schweiz werde!
(Stimmberechtigt sind alle Personen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechtes, die im Vorarlberg geboren sind. Wählerdem alle männlichen Kriegsteilnehmer ohne Rücksicht des Alters.)

PRO HEIMATSBRECHT

Form- Zahl	N a m e (eigenhändige Unterschrift)	Jahres- Zahl	Jahr der Familien- mitglieder	Jahr	Zeige- Zahlnummer
1	<i>Fester Post</i>	<i>Höllwiesengraben</i>	15	1867	6
2	<i>Anton Schuster</i>	<i>Höllwiesengraben</i>	15	1872	
3	<i>Anton Schuster</i>	<i>Höllwiesengraben</i>	15	1896	

Liste für die Unterschriftensammlung des Werbeausschusses. Als Subskribenten wurden dabei nicht alle Wahlberechtigten, sondern nur die Heimatberechtigten akzeptiert, weil man die nicht in Vorarlberg Geborenen für österreichorientiert hielt.

So ganz privat war diese Unterschriftenaktion jedoch nicht zustande gekommen. In den meisten Gemeinden lagen die Listen in der Gemeindekanzlei auf und wurde das Unterschreiben von den Vorstehern gefördert. Wo die Gemeindeverwaltungen nicht mitspielten, gab es praktisch keine Unterschriften - so in Alberschwende, Riefensberg, Bolgenach, Lingenau und Schwarzenberg im Bezirk Bregenz.¹²

Im zitierten Übergabeschreiben wird dem Landeshauptmann als naheliegende Vorgangsweise empfohlen, eine amtliche Volksabstimmung durchzuführen, da die Schweiz eine legitimierte Absichtserklärung benötige.

Am 15. März referierte der Landeshauptmann erstmals im Landtag die einzelnen Möglichkeiten, die Vorarlberg für neue staatliche Orientierungen offenstünden. Dabei versuchte er, sich weder auf die Schweiz, noch auf Bayern oder Württemberg, noch auf Österreich festzulegen. Trotzdem lieferte er den Anschlußgegnern in der Schweiz wichtige Munition, wenn er ausführte, daß die Schweiz "der Unterstand für eine Generation gegen die Unbillen der Witterung" sein könnte¹³.



Der freisinnige Bundesrat Felix Calonder (links) leitete bis Ende 1919 das außenpolitische Ressort der Schweiz und nahm aus verkehrspolitischen Gründen eine anschlussfreundliche Haltung ein, zu der ihm der St. Galler Arzt Ulrich Vetsch (rechts) geraten hatte.

Für sie war damit klar, daß für das Vorarlberger Werben weniger eine plötzlich entbrannte nationale Begeisterung als vielmehr materielle Vernunft ausschlaggebend war.

Sieben Tage nach der Bekanntgabe des deutlichen Ergebnisses der Volksbefragung, versuchte der Verband der Vorarlberger Industriellen auf weniger öffentlichem Wege, einen nun möglich erscheinenden Schweizanschluß zu hintertreiben, indem er in einem Brief an den Schweizer Bundesrat von einer Aufnahme Vorarlbergs in den Verband der Eidgenossenschaft abriet.¹⁴

Am gleichen Tage berichtete der Leiter des eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Felix Calonder, dem Bundesrat über die Vorarlberger Anschlußfrage. Den

Vorarlberger Anschlußwünschen stand er als Graubündner aus verkehrspolitischen Gründen positiv gegenüber, nachdem ihn sein St. Galler Kollege von der Freisinnig-demokratischen Partei, Ulrich Vetsch, von der für die Schweiz verkehrspolitisch nützlichen Anbindung Vorarlbergs an die Schweiz überzeugt hatte.¹⁵ Daß aber bereits zwei Tage später Landeshauptmann Ender in Bern aufkreuzte, um die Schweizer Bedingungen für den Fall eines Anschlusses zu erfahren, war den dortigen Außenpolitikern weniger angenehm. Ihre Distanz zum Gedanken einer möglichen Aufnahme Vorarlbergs vergrößerte sich in dem Maße, in dem deutlich wurde, daß die alliierten Siegermächte bei den Pariser Friedensverhandlungen den Bestand eines österreichischen Staates sichern wollten. Das war auch ein vitales Interesse der Schweiz selbst, die nichts weniger wollte als einen Anschluß Österreichs an Deutschland und in diesem Sinne auch bei den Alliierten wirkte.¹⁶

Die Volksabstimmung

Wenn schon nicht offiziell, so erfuhr die Vorarlberger Landesregierung aus der Neuen Zürcher Zeitung, wie sich die Schweiz die weitere Vorgangsweise vorstellen könnte:

"Die Schweiz aber wird durch das Prinzip der Nichteinmischung und der vorbehaltlosen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, aber auch aus internen und externen Gründen davon abgehalten, sich in einem Vorstadium zur Angelegenheit zu äußern. Ein Ausweg aus dieser Situation würde unseres Erachtens darin liegen, daß Vorarlberg seine Meinung über den Anschluß unverbindlich auf dem Wege einer amtlichen Volksbefragung feststellte, in der Gewißheit, daß ein eventuelles Vertragsinstrument über den Anschluß nochmals dem Volke zur Abstimmung unterbreitet würde."¹⁷

Und genau das tat der Landeshauptmann, indem er

Landesregierung von Vorarlberg.

Rundmachung.

1. Auf Grund des Beschlusses der Vorarlberger Landesversammlung vom 26. April 1919, sowie des Vorarlberger Landesrates vom 6. Mai 1919 wird hienit die Abstimmung über die Frage:

„Wünscht das Vorarlberger Volk, daß der Landesrat der schweizerischen Bundesregierung die Absicht des Vorarlberger Volkes, in die schweizerische Eidgenossenschaft einzutreten, bekanntgebe und mit der Bundesregierung in Verhandlungen eintrete?“

auf Sonntag, den 11. Mai 1919

ausgeschrieben.

2. Bei der Abstimmung sind alle in die Wählerlisten zur Landtagswahl vom 27. April d. J. Eingetragenen stimmberechtigt.

3. Jeder Stimmberechtigte ist verpflichtet, an der Abstimmung teilzunehmen.

4. Die Zustimmung hat nur den Sinn, daß der Abstimmende grundsätzlich den Wunsch der Aufnahme des Landes in die Eidgenossenschaft hegt, daß aber die Bedingungen der Aufnahme erst durch Verhandlungen festgestellt werden und dann eine neuerliche Volksabstimmung erst endgültig entscheiden soll, ob unter den vereinbarten Bedingungen der Anschluß vollzogen werden soll oder nicht. Den verschiedenen Ständen im Lande wird Gelegenheit gegeben werden, Einfluß auf die Verhandlungen zu nehmen.

5. Die Abstimmung erfolgt mit „ja“ oder „nein“ mittelst Wahlstwert und Wahlzelle, überhaupt mit stimmungsgemäßer Anwendung des Landtagswahlgesetzes. Es kann ein beliebiger Zettel aus welchem Papiere verwendet werden, auf welchem ein „Ja“ oder ein „Nein“ gedruckt oder geschrieben ist.

6. Es treten bei der Abstimmung die Landtagswahlbehörden in Tätigkeit. Sie können die bereits bei der Landtagswahl gebrauchten Kuverte verwenden. Sind dieselben nicht mehr vorhanden, so hat die Wahlbehörde sofort neue zu beschaffen. Ist auch das unmöglich, so ist die Abstimmung mit gefalteten Zetteln vorzunehmen.

7. Zur Kontrolle der Ausübung der Abstimmung können die schon bei den Landtagswahlen verwendeten Wählerverzeichnisse, allenfalls auch die für die Gemeindevahlen vorbereiteten Verzeichnisse verwendet werden und zwar durch Benützung der Rubrik Anmerkung. Die Abstimmungsergebnisse sind sofort im gewöhnlichen Wege bekanntzugeben. Eine allfällige Einforderung der Akten erfolgt später.

8. Die Gemeindevorstellungen haben durch Anschlag dieser Rundmachung und auf sonst geeignete Weise die Wählerschaft sofort von dieser Volksabstimmung in Kenntnis zu setzen.

Bregenz, am 6. Mai 1919.

Der Landeshauptmann: Dr. Ender.

Am 6. Mai endgültig beschlossen, am 7. Mai öffentlich ausgeschrieben und am 11. Mai 1919 bereits durchgeführt, das war der zügige Fahrplan für die Volksabstimmung.

kurzfristig für den 11. Mai eine offizielle Volksbefragung aus- schrieb. Darin sprachen sich 80% der Wähler, die an der Abstimmung teilnahmen, für Verhandlungen mit der Schweiz aus. Der Landeshauptmann fuhr wenige Tage nach dieser deutlichen Willenskundgebung zu den Friedensverhandlungen nach St. Germain, kam dort im Kreise der österreichischen Delegation aber nicht in die Lage, das Vorarlberger Anliegen international anhängig zu machen. Der österreichische Delegationsleiter Dr. Karl Renner hatte keinerlei Interesse, das noch verbliebene österreichische Territorium zusätzlich zu schmälern, und Ender seinerseits hatte nicht den Mut oder auch nicht die Absicht, einen eigenständigen Schritt zu setzen.

Nochmals der Werbeausschuß

Als die ganze Angelegenheit über den Sommer fast ganz ins Stocken kam, die Schweiz nichts außer privaten Äußerungen hören ließ und der Landeshauptmann keine Initiativen setzte, waren es am 11. August 1919 wiederum die Anschlußbetreiber um Riedmann, die das Gesetz des Handelns an sich rissen. In einer "Sitzung der Volksdelegierten" - wie sich der Werbeausschuß nun nannte - im Bregenzer Landesregierungsgebäude forderten verschiedene Redner, daß die Regierung die Anschlußbestrebungen mit mehr Entschiedenheit vertreten sollte. Dem erscheinenden Landeshauptmann wurde die "große Erbitterung über den schleppenden Gang der Verhandlungen" unumwunden zum Ausdruck gebracht, und er wurde gebeten, über den Stand der Verhandlungen zu berichten. Nachdem Ender außer Absichtserklärungen nichts mitzuteilen hatte, beschlossen die Delegierten, einen Dreier-Ausschuß zu bilden, der selbst "die Sache nach innen und außen führen möge". In dieses Gremium gewählt wurden Riedmann, Dr. Neubner und Dr. Pirker. Die beiden letzteren wurden zur "Führung der auswärtigen Angelegenheiten einhellig bestellt"¹⁸. Sie versuchten nun die Wünsche der

Anschlußbefürworter direkt bei den Verhandlungen in St. Germain vortragen zu können, erhielten aber trotz eines Telegrammes an den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau keine Einreiseerlaubnis nach Frankreich.⁹ Pirker versuchte nun, wenigstens in der Schweiz in öffentlichen Veranstaltungen und Zeitungsartikeln für die Vorarlberger Sache zu werben.

Rückgriff auf die "Selbstbestimmung"

Nachdem aber schließlich der österreichische Staatskanzler Dr. Renner nach Beschluß des Nationalrates am 10. September in Paris den Friedensvertrag unterschrieben hatte, war die Grenze zwischen Österreich und der Schweiz am Rhein festgelegt.

Als letzten Ausweg rekurrten nun die Anschlußbetreiber auf das "Selbstbestimmungsrecht der Völker", wie es im Jahr zuvor vom amerikanischen Präsidenten angekündigt worden war. Beim neugegründeten Völkerbund trachteten sie dieses nun für Vorarlberg einzufordern. Offen ausgesprochen wurde der Plan, Vorarlberg für selbständig zu erklären und unter dem Schutze des Völkerbundes nach Liechtensteiner Vorbild eine Zollunion mit der Schweiz einzugehen. Die europäischen Mächte waren aber nicht bereit, im Falle Vorarlbergs eine Entwicklung in Gang kommen zu lassen, deren beispielhafte Folgen unabsehbar gewesen wären. Außerdem hätten sich die Überlebenschancen Restösterreichs bei einem Wegfall auch nur eines Bundeslandes weiter verringert, die Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes hätte ein zusätzliches Risiko erfahren.

Die Kämpferischen unter den Anschlußfreunden sahen in dieser Situation endgültig die Zeit zum Handeln für gekommen. Daß inzwischen die christlichsoziale Mehrheitsfraktion im Landtag geschlossen für eine Abkoppelung Vorarlbergs von Österreich zu haben war, zeigte die Abstimmung vom 6. De-

zember 1919²⁰. Das gab den Separatisten Mut. Riedmann riet dem Landeshauptmann, nun einen Putsch zur Lostrennung von Österreich zu wagen (siehe Kasten). Der Jurist Ender war aber nicht der Mann für spontane Aktionen, Sprünge ohne rechtliches Auffangnetz waren seine Sache nicht; sein Feld war das politische Taktieren, das er mit einem geschulten Blick fürs jeweils Mögliche und seiner politischen Position Zuträglichste überschaute. Ihm war die kühle Haltung der offiziellen Schweiz aus eigener Erfahrung bekannt, er wußte, daß der Bundesrat die Vorarlberger Putschisten durchaus hätte im Regen stehen lassen, wenn es darum ging, interne und externe politische Schwierigkeiten zu vermeiden.²¹ Zugleich hatten ein zweistündiger Warnstreik der Eisenbahner und der Versuch, das Riedener Kraftwerk vorübergehend abzuschalten²², auch mögliche heftige Konflikte innerhalb Vorarlbergs angedeutet.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Die schwersten Stunden Ihrer Regierungszeit sind nun gekommen, deshalb gestatten Sie mir, daß ich Ihnen - auf dessen Schultern die größte Verantwortung, die je ein Vorarlberger zu tragen hatte, lastet, ich der moralisch in der Verantwortung an zweiter Stelle steht - meine ganze Kraft neuerlich zur Verfügung stelle. Ich weiß nicht, ob es Ihnen genehm ist, meine Meinung in der Anschlußangelegenheit unverhohlen zu hören, trotzdem fühle ich mich aber verpflichtet dieselbe zu äußern, da vielleicht dieselbe Ihnen die überwältigend große Arbeit doch einigermaßen erleichtern könnte. Deshalb spreche ich wie der echteste Vorarlberger dies tut wie mir der Schnabel gewachsen ist. Durch die Rede Calonders ist die Anschlußfrage in ihr letztes Stadium getreten und ist die Zeit gekommen unverzüglich zu handeln, damit die Gegner in Schweiz und Vorarlberg, die beiderseits in einer ganz unbedeutenden Minderheit sind, nicht Zeit bekommen, Wasser in den Wein zu gießen. Es war jetzt Zeit genug zu überlegen, was das Beste sei, und braucht nur noch einen Schlag, die Frage abzuschließen. Geschieht dies nicht, so scheiden gewisse, sehr bedeutende Persönlichkeiten aus der Arbeit - Dr. Vetsch stellte uns in Vor-

schach geradezu ein Ultimatum wie Ihnen Dr. Pirker mitgeteilt haben dürfte und Minister Lardi scheidet am 1. Jänner 1920 von Bern - sie werden nie mehr zu ersetzen sein. Hier setzt unsere beiderseitige Verantwortung ein. Denn bisher war unsere Arbeit mehr getrennt, indem ich die Volksstimmung feststellte und wach erhielt hüben und drüben über dem Rhein und Sie mit den Regierungen und den Parteien sprachen. Unsere Verantwortung war dementsprechend verschieden. Heute aber hängt es von uns beiden ab, - verzeihen Sie, wenn ich Sie immer gemeinsam mit mir in einem Worte nenne -, daß der Zeitpunkt des Anschlusses nicht verpaßt wird. Für uns ist er gekommen, weil er für den Bundesrat da ist, darum gilt es jetzt zu handeln. Nun kann ich Sie versichern, daß, wenn die Regierung bei der Arbeit ist, das Volk nicht fehlen wird.

Nun wird aber die Sache großen Schwierigkeiten begegnen, denn das Volk will nichts verlieren und der Staat Österreich auch nicht. Dem Staate gegenüber gibt es zwei verschiedenen Wege, sich loszulösen:

1. Selbständigkeitserklärung durch Putsch

2. Selbständigkeitserklärung durch Volksabstimmung.

Beides, Putsch und Volksabstimmung müssen bis in die Details vorbereitet sein. Zu diesem Zwecke tritt man an die Bundesregierung mit folgenden Forderungen heran:

1. Die Schweiz muß am Tage der Selbständigkeitserklärung mit soviel Lebensmittelzügen an der Grenze bereitstehen und sofort, auf Ruf, dieselben einlaufen lassen, daß das Land für 3 - 4 Wochen ganz gleich versorgt wird wie die Schweizer Bevölkerung. Diese erleichtert die Ordnungsarbeit beim Putsche und verfolgt politische Zwecke. Die Liebe geht schließlich durch den Magen und die soz. dem. Partei denkt nur daran.

2. Die Schweiz hält an der Grenze einen Teil des Landjägerkorps bereit, sodaß je ein Mann desselben a) jedem Finanzwachtposten b) jedem Gendarmerieposten, c) jedem Volkswehrkommando gemeinsam mit je 4 - 10 Mann, der, während der Bolschewikengefahr organisierten Bürgerwehr (ausgenommen die Alldeutschen), die beeidigt wird, beigegeben werden kann. NB: Die Gendarmerie ist mindestens zu 2/3 ihres Bestandes sicher. Auch muß die Landesregierung samt

dem Landtage, der während der unsicheren Tage fortwährend tagt, durch sichere Leute geschützt werden.

3. Da vorauszusehen ist, daß die Eisenbahner streiken werden, muß die Bundesbahn mit einigen Personenzügen, die unter Schutz von bewaffneter Mannschaft stehen, einfahren. Postämter, Telegraph und Telefon sind von der christlichsozialen Organisation zu besetzen und stehen nur den Landes- und Gemeindebehörden zur Verfügung.

4. Die Schweiz hat dem Lande einen Kredit von 50,000,000 sFr zu gewähren und sofort 20 Mill. Franken in Gold und 30 Mill. in anderen Geldsorten zu übergeben. Die 20 Mill. in Gold hat sie nur von staatswegen zu garantieren und braucht sie nicht herüberzugeben.

5. Das Land hat vor der Selbständigkeitserklärung ein Vermögensabgabegesetz im Landtage (sehr dringend, nur einige Tage vorbereiten) durchzubringen und dieses bekanntzugeben, damit eventuell jetzt schon spekulativ eingeschmuggelte Gelder wieder zurückgezogen werden. Der Tag der Vermögensabgabe soll (mit alleinigem Wissen der Landesregierung) mit dem Tage der Selbständigkeitserklärung zusammenfallen.

6. Die Vermögensabgabe soll so hoch gegriffen sein, daß mindestens 35 % der gesamten Banknoten einlaufen. Sie hat am selben Tage mit der Notenabstempelung zu geschehen und auch am selben Orte.

7. Die Abstempelung hat zu erfolgen, indem man sämtliche Vorsteher des Landes ohne Ausnahme strengstens am Tage vorher zur Landesregierung beordert, dort beeidigt seperat für diesen Fall und jedem den Stempel zur Abstempelung überreicht, womit er dann am nächsten Tage, am Zeitpunkte der Selbständigkeitserklärung 9 Uhr vormittags mit der Abstempelung beginnt. Der Zeitpunkt wird bei Bekanntgabe der Vermögensabgabe genau festgelegt und das Erscheinen nach Brotnummern geordnet. - Da die Leute voraussichtlich das Bargeld nicht mitbringen werden, wenn von der Abstempelung nichts bekanntgemacht werden wird, ist jedem zu sagen, daß er am gleichen Tage noch mit dem Reste des Geldes zu erscheinen habe, denn durch die Abstempelung werde das Geld den mehrfachen Wert bekommen, und das andere werde

ungiltig. Das abgestempelte Geld wird neben der Vermögensabgabe in eine Liste eingetragen und so läßt sich dann die Vermögensabgabe kontrollieren. Das Vermögen schätzt jeder mann selbst, nach einer genauen Anweisung vonseite der Gesetzgebung, ein und wird dann nachkontrolliert. Grundlage ist bei allen Realitäten der halbe Verkehrs- oder Grundwert. Geld wird voll eingerechnet.

8. Um 11 Uhr vormittags müssen alle Gemeinden von der Selbstständigkeitserklärung unterrichtet sein und ist dieselbe nach einstündigem Glockengeläute öffentlich zu proklamieren. Auf Abend Böllerschüsse und Höhenfeuer anordnen.

8. Die noch im Volke verbliebenen Millionen werden durch die 20 Millionen Gold, das in Bern liegt, fundiert. Außerdem werden ein Teil der versetzten Wälder durch Abzahlen der Schulden gelöst und mit den noch freien als Geldgrundlage (Bedeckung) verwendet. Dies muß mit dem Tage der Proklamation bekanntgegeben werden, wodurch unser Geld emporschnellen wird.

9. Damit aber keine Lücke wird, sind durch Erlaß alle Handelswaren auf die Hälfte oder ein Drittel ihres bisherigen Wertes herabzusetzen.

10. Eventuelle Schulden an Österreich werden mit dem bei der Vermögensabgabe gesammelten Gelde oder mit von der Bevölkerung in Franken oder abgestempeltes Geld gekauften Kriegsanleihepapieren bezahlt.

11. Die Grenzen nach allen Richtungen werden während der Abstempelung strengstens geschlossen und nachher nur gegen die Schweiz geöffnet.

12. Die Geleise am Arlberg werden für einige Zeit aufgerissen, eventuell sogar der Tünneleingang bei Langen gesprengt.

13. Zur Sicherung nach einwärts werden Spione nach Innerösterreich entsendet, die chiffriert telegraphieren und zwar nach der Schweiz.

14. Die Montafoner Bevölkerung wird mit Aufruf und durch Vorarbeit durch die Landesabgeordneten Wachter und Keßler und durch Gemeinderat Stofflet, Schruns, mobilgemacht.

15. Die von der Schweiz in Vorigem genannten Beistellungen

und Unterstützungen müssen vom Bundesrate verlangt werden, bevor etwas Entscheidendes geschieht. Er wird gewiß ja sagen. Dr. Vetsch soll beim Überreichen sein.

16. Vorarlberg unterstellt sich mit seiner Selbständigkeit dem Völkerbunde und wirtschaftlich ruft es den Schutz der Schweiz an.

17. Will man keinen Putsch machen so wird durch Volksabstimmung, die innerhalb drei Tagen nach Verkündung derselben, lanciert durch die christlichsoziale Partei und durch die Bauernbündler stattzufinden hat, entschieden. Sagt Wien nein, so versperrt man ihm das Loch und macht Putsch, denn dann ist uns der Völkerbund gewonnen, weil Wien dadurch die Freiheit mit Füßen treten würde. Dies, sehr vereehrter Herr Landeshauptmann, sind meine Gedanken die wie ich durch Gespräch mit H. Schürch überzeugt wurde, auch zu gutem Ende führen würden. Mag sein, daß ich mich verrechne, da und dort, aber im großen Ganzen dürfte auf diese Art das Ziel erreicht werden, während durch Verhandlungen die Sache nur verhindert würde.

Also mit Gott zu Kampf und Sieg! Ich bitte um Antwort, ich kann schweigen. Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochschätzung zeichnet ergebenst

Ihr F Riedmann, Lehrer.

Mit dem zu Ende gehenden Jahr 1919 war zugleich auch die größte Begeisterung abgeklungen. Die Demission des für die schweizerische Außenpolitik zuständigen Bundesrates Calonder war für die Anschlußfreunde auf beiden Seiten des Rheines ein weiteres Signal dafür, daß sich innerhalb der eidgenössischen Regierung die strikten Neutralitätspolitiker durchgesetzt hatten, die wegen Vorarlberg weder mit den Ententestaaten noch mit Österreich oder Deutschland in Konflikt geraten wollten. Letzteres aber hatte Bundesrat Calonder in einer Rede vor dem Ständerat am 21. 11. 1919 getan. Das Hauptinteresse der Schweiz sei es "zu verhindern, dass das Vorarlberg an Deutschland gelange... Das Vorarlberg

wäre für die Bestrebungen Deutschlands, die Schweiz wirtschaftlich und moralisch zu durchdringen, ein vorzüglich geeignetes Betätigungsfeld"²³. Mit dieser und anderen Bemerkungen, die über den zuvor gefaßten Bundesratsbeschluß hinausgingen, hatte er nicht nur das Interesse der Schweiz an einer Annexion Vorarlbergs deponiert, sondern zugleich den Deutschen offenen Imperialismus vorgeworfen.

Von dieser Erklärung distanzierte sich der Bundesrat nicht nur nach außen, Calonder wurde auch innerhalb der Regierung isoliert. Bei der Wiederwahl zum Bundesrat im Dezember 1919 mußte Calonder als Quittung für seine Außenpolitik, wozu nicht zuletzt seine anschlussfreundliche Haltung in der Vorarlbergfrage zählte, die meisten Streichungen hinnehmen. Das veranlaßte ihn, das neue Departement nicht zu übernehmen und aus der Politik auszuscheiden²⁴. Sein Nachfolger wurde der Tessiner Giuseppe Motta, der in vielen folgenden Jahren der Schweizer Außenpolitik seinen Stempel aufdrückte. Die Vorarlbergfrage spielte für ihn dabei keine nennenswerte Rolle mehr, obwohl die Anschlußfreunde in der Schweiz kurz vor seinem Regierungseintritt mit der Gründung eines gesamtschweizerischen "Pro-Vorarlberg"-Komitees die Stimmung ihrer Landsleute für eine Aufnahme Vorarlbergs noch einmal systematisch anzuheizen versuchten. Im Standardwerk zur "Geschichte der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert" findet sich diese zweite Phase der Anschlußbemühungen in einer Form beschrieben, die auch Jahrzehnte nach den beschriebenen Ereignissen das Schweizer Verhältnis zu den Vorarlberger Bittstellern charakterisiert: "Durch seine rührende und zähe Anhänglichkeit gewann das Völkchen in der Eidgenossenschaft neue Freunde"²⁵, heißt es da nicht ohne wohlwollende Herablassung.

Im Gegensatz zu Calonder sprach der neue Bundesrat die bisher - auch wegen der Vorarlberger Frage - hinausgezögerte diplomatische Anerkennung Österreichs aus, was natürlich die Akzeptierung der Staatsgrenzen mitbeinhaltete²⁶.

Anrufung des Völkerbundes

Die Vorarlberger Landesregierung ihrerseits unternahm noch einen letzten, eher ohnmächtigen Versuch, das Selbstbestimmungsrecht von der internationalen Völkergemeinschaft garantiert zu bekommen. Dadurch, so hoffte die Landesregierung, wäre auch ohne Schweiz-Anschluß die Position gegenüber der österreichischen Bundesregierung gestärkt worden und die Türe für andere Optionen noch offengeblieben. Mit einem baldigen Zerfall Österreichs war um diese Zeit kaum mehr zu rechnen, dafür sorgten allein schon die Vorgaben der Siegermächte. So wollte aber die Landesregierung die unvermeidliche Anbindung an diesen Staatsverband so locker wie möglich halten, zumal zu dieser Zeit noch die Sozialdemokraten den gewichtigeren Teil der Wiener Koalition darstellten. Aber auch hier setzte die neue Verfassung vom 5. Oktober 1920 der Eigenständigkeit der Länder ihre Grenzen. Dieses bis heute noch nicht überholte Grundgesetz aber deshalb als "Diktatur des Parlaments"²⁷ zu diffamieren - wie das der Schweizer Historiker Daniel Witzig tut -, wird weder den Motiven der Schöpfer dieser Verfassung gerecht, noch zeugt es von einer unvoreingenommenen historischen Einschätzung dessen, was an demokratiepolitischen Leistungen innerhalb dieses Verfassungsrahmens seit 1945 geschaffen wurde. Den Konservativen des Jahres 1920 war diese Verfassung nicht zu diktatorisch, sie war ihnen zu liberal, deshalb wurde sie in den folgenden Jahren immer wieder gebeugt und 1934 ganz abgeschafft. Daß eine mangelnde verfassungsmäßig garantierte Freiheit für die Separationsbestrebungen in Vorarlberg ausschlaggebend gewesen sei, gehört ebenso ins Reich der historischen Legendenbildung wie die immer wieder vorgetragene Ansicht, der damalige österreichische Staatsrat habe die Vorarlberger Sonderwünsche aus purer Boshaftigkeit hintertrieben.

Jedenfalls beschloß der Vorarlberger Landtag im März 1920, ein Memorandum an den Völkerbund zu richten, das in einer

deutschsprachigen, englischen und französischen Version im November 1920 von Regierungsvertretern in Genf übergeben wurde²⁸. In einem ersten Kapitel wurden darin die Anschlußbemühungen an die Schweiz dargestellt, dann in einem historischen Abriß die Westorientierung Vorarlbergs zu begründen versucht und schließlich die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Verflechtungen ausgeführt²⁹. Die einzelnen Abschnitte waren von Landeshauptmann Ender, Dr. Paul Pirker und Landeshauptmannstellvertreter Barnabas Fink verfaßt und im Auftrag der Landesregierung von den

BEILAGE

zur

Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund

**Erklärung der Abgeordneten Vorarlbergs,
registriert im Protokoll der österreichischen Nationalversammlung
im September 1920**

„Die von allen Parteien der provisorischen Landesversammlung von Vorarlberg am 3. November 1918 und am 15. März 1919 einhellig gefassten Beschlüsse bestehen voll aufrecht. Auf Grund dieser Beschlüsse ist das Land Vorarlberg an die Republik Österreich nur provisorisch angeschlossen. Landtag und Volk von Vorarlberg beanspruchen nach wie vor und unter allen Umständen das unbedingte Recht, sich zu gegebener Zeit über den definitiven Anschluss des Landes an ein lebensfähiges Staatswesen frei zu entschließen. Dem derzeit in Verhandlung stehenden Gesetze über die Verfassung kann daher lediglich in dem Sinne die Zustimmung erteilt werden, dass Vorarlberg unter voller Wahrung seiner Selbständigkeit und Entschlussfreiheit auch unter der neuen Verfassung nur provisorisch im Rahmen des Staates Österreich verbleibt, wie es unter der bisher geltenden, provisorischen Verfassung Österreichs der Fall war.“

In einem Zusatz zum Memorandum an den Völkerbund, in dem der Vorarlberger Landesrat das Selbstbestimmungsrecht einforderte, sollte darauf hingewiesen werden, daß die Zugehörigkeit Vorarlbergs zu Österreich nur provisorisch sei.

deutschnationalen Dr. Helbok und Dr. Karrer nachgelesen worden.

Eine offizielle Reaktion des Völkerbundes auf die Vorarlberger Denkschrift, die stellenweise mehr Ideologie als beweisbare Fakten enthielt, blieb ebenso aus wie ein eventuell erhoffter Vorstoß der Schweiz für die Vorarlberger Wünsche.

Was nun noch an Aktivitäten zu beiden Seiten des Rheines geschah, war ein bloßer Abgesang. Die Schwerkraft der alten Verhältnisse hatte mehr Gewicht als die spontane Begeisterung weiter Teile der einfachen Bevölkerung, die professionellen Politiker hatten ein weiteres Mal die Oberhand behalten. Alle, die einer realistischen Einschätzung des politischen Entwicklungsstandes fähig waren, mußten jetzt einsehen, daß Vorarlberg auch nach den einschneidenden Veränderungen im Zuge der Auflösung der Monarchie weiterhin ein Teil jenes Staatsgebildes sein würde, in dessen Verbände es mehrheitlich auch die 500 vorausgegangenen Jahre verbracht hatte.

Politik und Wirtschaft hatten sich auf diese Faktenlage bald wieder eingerichtet, in den Köpfen mancher Leute geistert die Idee bis heute weiter. Die meisten Vorarlberger haben aber schon 1920 eingesehen, daß es zum Heiraten immer zwei braucht.

Anmerkungen

1. Zurburg-Geisser (1920), S. 6 f.
2. Pirker (1919)
3. Besonders Bilgeri (V/1987), S. 34 und Witzig (1974), S. 54 ff.
4. Vgl. Feldkircher Zeitung, 16. 1. 1867
5. VLReg.Prs. 401/XVI-126

6. Ebenda
7. Ebenda
8. Ebenda
9. VLSS 1918, S. 6
10. Vgl. Bilgeri (V/1987), S. 49 f.
11. Abschrift des Übergabedokumentes im VLA, Nachlaß Riedmann
12. Vgl. "Ergebnisliste der Unterschriftensammlung" im VLA,
Nachlaß Riedmann
13. Ender (1952), S. 13
14. Vgl. Bilgeri (V/1987), S. 50
15. Vgl. Witzig (1974), S. 73 ff.
16. Vgl. Zaugg (1982), S. 294 f.
17. Neue Zürcher Zeitung, 9. 4. 1919
18. Protokoll der Sitzung im VLA, Nachlaß Riedmann
19. Pirker (1947), S. 115
20. Vgl. Bilgeri (V/1987), S. 73
21. Auf Anfrage Dr. Neubners im Auftrage des Landeshauptmannes teilte Calonders engster Mitarbeiter Lardy mit: "Herr Calonder glaubt, dass das Schweizervolk ein revolutionäres Vorgehen nicht billigen würde." Zit. nach Witzig (1974), S. 382
22. VLReg.Prs. 985/XVI/1919
23. Zit. nach Witzig (1974), S. 377
24. Ebenda S. 410 f.
25. Bonjour (1938), S. 665
26. Vgl. Zaugg (1982), S. 25
27. Witzig (1974), S. 195
28. Ender (1952), S. 60-61
29. Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund, Feldkirch 1920

Interessenslagen - Haltungen

Die Haltung der Bevölkerung oder die Liebe geht durch den Magen

Als der Lustenauer Lehrer Ferdinand Riedmann am 13. November 1918 die erste öffentliche Versammlung für eine Angliederung Vorarlbergs an die Schweiz abhielt, in deren Anschluß ein "Werbeausschuß" gegründet wurde, geschah dies vor einem trüben politischen und wirtschaftlichen Hintergrund: Die unermesslichen Opfer an Menschen und materiellen Gütern "für Gott, Kaiser und Vaterland" hatten sich nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte als sinnlos erwiesen, das Großreich, in dem die deutschsprachige Minderheit das Sagen hatte, war zerfallen, und die am Vortage ausgerufenen Restrepublik erklärte im Gründungsakt den Wunsch nach einem Zusammenschluß mit Deutschland. Da die neue Republik solcherart Loyalitätsgefühle auch traditionell staats-treuer Bevölkerungsgruppen nicht eben förderte, ist es nicht verwunderlich, daß gerade für Vorarlberg aufgrund der geographischen Lage auch andere Optionen denkbar wurden. Zugleich war absehbar, daß sich die politische Instabilität und die materielle Not im Verbands mit Deutschland im Hinblick auf die zu erwartenden Kriegsreparationen auf Jahre hinaus nur schwer beseitigen lassen würden.

In der entbehrrungsreichen Kriegszeit war die Schweiz diesseits des Rheins zum Inbegriff bürgerlicher Wohlfahrt hochstilisiert worden. Weißbrot und Schokolade, Schüblinge und Rauchwaren, das waren die hauptsächlichen Objekte der Begehrlichkeit. All diesen Luxus gab es in der Schweiz frei zu kaufen, während in Österreich das Roggenbrot rationiert war, etliche Grundnahrungsmittel für große Teile der Bevölkerung überhaupt nicht mehr erhältlich waren und man für andere tagelang Schlange stehen mußte. Und je bedrückender



In Österreich hatte man während des Ersten Weltkrieges das Anstehen gelernt, jenseits des Rheines kannte man die Mangelwirtschaft nicht. Hier warten die Raucher von Dornbirn 1916 auf ihre Tabakration.

der die eigene Not, desto mehr wuchs in der Phantasie der Wohlstand der verschont gebliebenen Nachbarn.

Die Agitation für den Anschluß an die Schweiz begann deshalb naheliegenderweise in den Grenzgemeinden, dort wo man sich nur durch staatliche Formalitäten und bürokratische Zwangsmaßnahmen von einem besseren Leben ausgeschlossen wähnte und wo man traditionellerweise die engsten Beziehungen zum gegenüberliegenden Rheinufer pflegte. Als dann noch die ersten Lieferungen von Lebensmitteln aus der Schweiz nach Vorarlberg kamen, wurde weiten Teilen der Bevölkerung auch in grenzfernen Gebieten bewußt, wer die herrschende Not am schnellsten lindern könnte. Die propagandistische und politische Bedeutung jener ersten Lebensmittel aus der Schweiz kann kaum hoch

genug veranschlagt werden. "Die Liebe geht schließlich durch den Magen", schrieb der Anschlußbetreiber Riedmann an Landeshauptmann Ender. Und obwohl die öffentlichen Vorkämpfer für den Schweiz-Anschluß - besonders Ferdinand Riedmann und Dr. Paul Pirker - ihrer Argumentation stets einen ideologischen Überbau verpaßten, bestand die Attraktivität ihres Modells beim größten Teil der Bevölkerung in der Hoffnung auf schnelle wirtschaftliche Besserstellung.

Die Massenbasis der "Schweizer-Freunde" bildeten jene Bevölkerungsgruppen, die an den Folgen des verlorenen Krieges am unmittelbarsten zu tragen hatten. Es waren Bauern, die nicht nur ihre Söhne, sondern durch die Kriegsbewirtschaftung auch teilweise ihre ökonomische Basis verloren hatten, es war der gewerbliche Mittelstand, der seine Ersparnisse durch Kriegsanleihen eingebüßt hatte, es waren die Sticker, deren Exportmarkt durch den Krieg zusammengebrochen war, es waren kleinbürgerliche und proletarische Haushalte, die an der Lebensmittelnot am spürbarsten zu leiden hatten.

Es ist augenscheinlich, daß alle jene Gruppen, die von der elementarsten Not weniger betroffen und in ihrem sozialen Status kaum gefährdet waren, dem Schweizer-Anschluß viel skeptischer bis ablehnend gegenüberstanden: etwa der Großteil der Ärzte², zahlreiche Rechtsanwälte, die Mehrheit der Beamenschaft³, die aus geübter Loyalität und aus Angst um ihre Pensionsansprüche zu Österreich hielten, der Großteil der politischen Eliten aller Parteien, der höhere Klerus, der eine Hauptstütze des habsburgischen Legitimismus bildete⁴, schließlich der überwiegende Teil der wenigen sogenannten Intellektuellen, die auch in Vorarlberg zu deutschnational-liberalen Positionen tendierten und schließlich die Fabrikanten, die aus wirtschaftlichen Gründen den Anschluß an ein größeres Absatzgebiet wünschten und die Schweizer Konkurrenz fürchteten⁵.

Die Eisenbahner wiederum waren "entschieden gegen den



Die Oberbefehlshaber der Schweizer Armee, von Sprecher und Wille, anlässlich der Niederschlagung des Landesstreiks vom 10. November 1918 in Zürich. Beide traten später aus strategischen Gründen für einen Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz ein.

Anschluß an die Schweiz, weil die Schweizer Bundesbahnen viel die größeren Blutsauger und Leuteschinder, viel die grösseren Kapitalistenfütterer sind, als die Staatsbahnen"⁶. Diese öffentliche Stellungnahme eines Eisenbahner-Vertreter gab zugleich auch die Stimmung zahlreicher Sozialdemokraten wieder, die am Beispiel des "Landesstreiks" gesehen hatten, mit welcher Entschlossenheit das Schweizer Bürgertum weitergehende Forderungen der Arbeiterschaft nach sozialer und materieller Besserstellung abgeschmettert hatte; und zwar mit Militär und Militärgerichten⁷.

Angeichts dieser Tatsachen erwiesen sich Riedmanns klassenkämpferische Ankündigungen als überholt. In der Schweiz gebe es nicht zweierlei Menschen, "Herren und

Arbeitstiere", und die Anschlußgegner seien nur "einige Millionäre und deren Gefolge"⁸, hatte der Werbeausschuß mit Blick auf die kleinen Leute verlauten lassen.

Als letzte Gruppe blieben noch die cirka 1200 Auslandsschweizer in Vorarlberg, die von den Deutschnationalen zwar stets verdächtigt wurden, den Schweiz-Anschlußgedanken zu schüren, in Wirklichkeit dieser Bewegung aber äußerst ablehnend gegenüberstanden. Sie waren zwar bei der Volksabstimmung nicht stimmberechtigt, umso entschiedener waren aber ihre Interventionen in Bern. Dabei argumentierten die Schweizer Fabrikanten ganz offen damit, daß sie ihre Vorarlberger Niederlassungen ausschließlich dazu gegründet hatten, den österreichischen Markt ohne Zoll beliefern zu können.⁹ Bei einer Verschiebung der Grenze an den Arlberg wären die Gründungsabsichten erledigt gewesen. Die Schweizer Firmen in Vorarlberg hatten ohnehin erhebliche Markteinbußen durch die Schrumpfung Österreichs hinzunehmen.

Diese Aufstellung macht deutlich, daß - einschließlich der Sozialdemokraten - nahezu die gesamten Eliten Vorarlbergs sich gegenüber einem Anschluß an die Schweiz reserviert bis ablehnend verhielten. Pirker war der einzige Akademiker, der sich schon früh für die Schweiz engagierte. Wenn Landeshauptmann Ender im Landtag mit resignierendem Sarkasmus feststellte, "das Volk ist gescheiter als die sogenannte Intelligenz"¹⁰, so hatte er damit den Stand einer politischen Entwicklung beschrieben, die zu diesem Zeitpunkt seiner Regie beinahe zu entgleiten schien. Noch im Jänner 1919 hatte Ender das Ganze als "gefühlsschwärmerische Privatbewegung" bezeichnet, die, "wenn einmal offizielle Persönlichkeiten eingreifen, gewiß auch ernsten Erwägungen zugänglich sein wird"¹¹.

Ender stand der Bewegung anfangs sehr reserviert gegenüber: Die Anschlußbetreiber hatten ohne seinen Segen mehr Menschen mobilisiert, als ihm lieb war. Zwar hatte Riedmann

sich etwas über- und den gewieften Landeshauptmann unterschätzt, als er seinem Tagebuch anvertraute:

"Die Landesregierung mußte sich in jener Zeit mir fügen und mit oder ohne Willen mithalten... Die Staatsanwaltschaft hätte mich gerne geholt, aber ich war zu mächtig"¹².

Die Tatsache, daß der Werbeausschuß so massenwirksam agierte und den Landeshauptmann zum Reagieren zwang, muß Ender sehr verärgert haben. Auf Riedmann und seinen Werbeausschuß war er jedenfalls schlecht zu sprechen. Anfang Mai 1919 erklärte Ender gegenüber dem befreundeten Zentrumsabgeordneten Locher aus Stuttgart, der in Bregenz den Stand der Anschluß-Dinge sondierte, Riedmann und der Werbeausschuß hätten "trotz Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit den Schweizer-Gedanken nicht umgebracht"¹³.

Gerade die Tatsache, daß "die Aktion von einfachen Leuten aus dem Volke ins Leben gerufen und gegen den erbitterten Widerstand der sogenannten 'Intelligenz' auch mit außerordentlichem Erfolg durchgeführt" wurde, ist nicht nur für den Landeshistoriker Benedikt Bilgeri das nachträgliche ideologische Faszinosum. Daß aber die vom leeren Bauch diktierte politische Bewegung von weniger wohlklingendem Magenknurren begleitet wurde, wird dabei von den geschichtsschreibenden Freunden des Schweizanschlusses wohlweislich entweder kommentarlos hingenommen oder verschwiegen. Riedmanns ideologischer Fundus bestand nämlich aus jenen kleinbürgerlichen Ängsten und Vorurteilen, die später im Faschismus fatale Grundlage für das konkrete politische Handeln wurden: Es war das vereinfachende und dadurch plausibel klingende Modell, wonach einzelne Sündenböcke die herrschende Misere zu verantworten hätten und wonach in einem "neuen Staat" das Recht und das Gesetz des Handelns auf seiten der bisher Deklassierten und Fehlgeleiteten sei.

Durchgesetzt werden konnte das nur durch gewaltsame Ent-

solidarisierung von bisherigen Weggefährten und durch anti-bürokratische Rebellion. Zugleich mußte man das eigene Vorleben, etwa die Kriegsbegeisterung vom Sommer 1914, in einer veränderten Sichtweise erscheinen lassen. Argumentative Hilfestellungen zu dieser Bewältigung der groß-österreichischen Vergangenheit lieferten die Schweizer Mentoren der Vorarlberger Propagandisten¹⁴. Einige Beispiele wiederkehrender Argumente in Riedmanns Reden und Schriften:

"Wien kennt die Vorarlberger nicht, und wir wollen nichts von den Wiener Juden wissen"¹⁵.

"Wir wollen unsere Freiheit und unser Selbstbestimmungsrecht nicht durch den Anschluß an einen Staat verscherzen, in dem auch heute noch der Adel neben den Juden regiert"¹⁶.

"In Wien kennt man unser Land nicht, höchstens, wenn man es zum Zahlen braucht. Wir wurden seit jeher auf die Seite geschoben, als Außenseiter behandelt"¹⁷.

"Die Textilindustrie hat italienische Kolonien ins Land gebracht"¹⁸.

"Vorarlberg gehört schon seit jeher zur Schweiz, durch seine Sprache und sein Interesse! ... Nicht das Brot führt uns zur Schweiz, das Recht führt uns hin"¹⁹.

"Wie ist es so anders in Österreich (als in der Schweiz, Anm. MP), wo die Denkmäler jenen errichtet werden, die sie am wenigsten verdienen, jenen Volksausbeutern, die sich Minister, Herrscher nennen, jenen Massenmördern, die sich Heerführer nennen und jenen sittenlosen Kerlen, die sich Künstler heißen lassen"²⁰.

"Ich habe schon vor dem Krieg sehnsuchtsvoll nach der Schweiz geblickt, nach der freien Demokratie, in welcher der kleine Mann zu den höchsten Ehren gelangen kann"²¹.

So und so ähnlich klangen die Argumente des Hauptredners für den Anschluß an die Schweiz, der von einer "freien Demokratie" träumte, aus der aber Wiener, Juden, Italiener und Künstler ausgegrenzt sein sollten. "Man mag seine Argumente naiv und sachlich falsch finden", meinte ein deutscher Beobachter, "aber man unterschätze ja nicht seinen Einfluß in Vorarlberg"²². Für seinen Antisemitismus hatte Riedmann jedenfalls nicht nur das katholische "Vorarlberger Volksblatt" hinter sich, das am 27. November 1918 kategorisch feststellte: "Hand weg von unserem schönen Land, verdammter Jud!"²³

Wahlpflicht! **Volksabstimmung am 11. Mai 1919.** **Wahlpflicht!**

Die freundnachbarliche Schweiz fragt, ob das Vorarlberger Volk eine Verhandlung
zu der Anschlußfrage wünscht oder nicht.

Sagen wir: Nein,

Dann ist uns für alle Zukunft der Weg nach der Schweiz versperrt;

Dann bleibt nur der Weg in einen sagenhaften Schwabenstaat, der in nebelhafter Ferne
steht, oder nach Deutschland, das die Feinde in Paris und London vernichtet
haben und uns unbedingt verschlehen;

Dann bleibt uns nur noch der Wiener Judenstaat, von dem wir uns unter allen Um-
ständen trennen wollen.

Also sagen wir: Ja!

Dann wird die Schweiz mit Vorarlberg verhandeln;

Dann wird das Volk in kommenden Tagen sich nochmals frei nach jeder Richtung hin
und endgültig entschließen können.

Darum, Vorarlberger, wahrt Euch die freie Entscheidung mit einem entscheidenden

Ja!

1919
22

Werbeausschuß für den Anschluß an die Schweiz.

Im letzten Flugblatt vor der Abstimmung brachte der "Werbeausschuß" seine Argumentation auf den kürzesten Nenner. Einen Kernpunkt bildete darin ein heftiger Antisemitismus.

Wie sehr aber dieses ideologische Getöse die wahren Interessen, nämlich die Hoffnung auf materielle Besserstellung, zu kaschieren hatte, zeigte sich im Propagandaendspurt vor der Volksabstimmung vom 11. Mai 1919. Nun erst ließen die Anschlußaktivisten in ihrer Werbung frühere Hemmungen fallen. In ihren Flugblättern versprachen sie beispielsweise den Bauern, daß der Vorarlberger Käse als Schweizer Käse besseren Absatz finden werde, daß der Handel mit Holz, Vieh und Gemüse blühen würde und daß die "nationale Duldung ein gutes Mittel sein (werde), den Fremdenverkehr zu heben". Das Flugblatt schließt mit dem ungenierten Aufruf: "Werdet Schweizer! denn die Schweiz ist ein kaptialkräftiges Land."²⁴

Anmerkungen

1. Brief Riedmanns an den Landeshauptmann (undatiert), VLA, Nachlaß Riedmann
2. Vgl. Karrer (1919), S. 11
3. Der Vorarlberger "Staatsbeamtenverein" veranstaltete sogar eine Demonstration mit der Forderung, Pirker sein Professorengehalt zu entziehen. Siehe Preradovich (1971), S. 91
4. Vgl. Erklärung von Bischof Waitz im VV, 10.11.1918
5. Ausführlich dargelegt in der Schrift: Die Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschlusse an die Schweiz. Dornbirn 1919.
6. VT, 5.4.1919
7. Vgl. Gautschi (1968), bes. S. 157 ff.
8. Flugblatt des Landeswerbeausschusses vom April 1919 (Privatbesitz).
9. Vgl. Witzig (1974), S. 148
10. Zit. nach Bilgeri (V/1987), S. 72
11. Ebenda, S. 42
12. Zit. nach Witzig (1974), S. 26
13. Abdruck des gesamten Gesprächsprotokolls, das Locher angefertigt und an das Berliner Außenamt weitergeleitet hatte, bei Preradovich (1971), Anhang
14. Zurburg-Geisser (1919), S. 5
15. Zit. nach Bilgeri, (V/1987), S. 38

16. Ebenda, S. 39
17. Zit. nach VV, 18. 3. 1919. Mit dieser Aussage war aber selbst das Volksblatt nicht einverstanden und rechnete Riedmann vor, daß 1913 im Reichsdurchschnitt das Steueraufkommen pro Kopf 30 Kronen, in Vorarlberg aber nur 14,46 Kronen betragen hatte.
18. Zit. nach VV, 8. 5. 1919
19. Zit. nach Bilgeri, (V/1987), S. 39
20. Familienbuch Riedmann, VLA, Nachlaß Riedmann
21. Zit. nach Preradovich (1971), S. 68
22. Bericht des Delegierten Dr. Berger, der im Auftrag der deutschen Gesandtschaft in Wien Vorarlberg bereiste und dabei mit Riedmann ein ausführliches Gespräch führte; zit. bei Preradovich (1971), S. 69
23. Zum Antisemitismus als politischem Kampfmittel der Christlichsozialen siehe Werner Dreier: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", Antisemitismus in Vorarlberg 1880-1945. In: Dreier (1988), S. 132-249
24. Doppelseitiges Flugblatt des Werbeausschusses vom April 1919 (in Privatbesitz)

Herr im Haus?

Die Haltung der Landesregierung

Für die anfänglich sehr reservierte Landesregierung wurden seit dem Frühjahr 1919 die politischen Aussichten eines Schweiz-Anschlusses zunehmend interessanter. Als die Forderungen der Arbeiterräte nach sozialer Umgestaltung immer heftiger, die Räterepublik in Bayern Wirklichkeit und die sozialdemokratische Dominanz in der österreichischen Zentralregierung immer endgültiger zu werden drohten, machten Landeshauptmann Dr. Ender und mit ihm die christlichsoziale Partei den Schweiz-Anschluß zur offiziellen Politik der Vorarlberger Landesregierung, obwohl er Jodok Fink gegenüber den Schweiz-Anschluß als "totgeborenes Kind" bezeichnete. Enders Schwenk - er hatte bis dahin stets alle möglichen Optionen als überlegenswert bezeichnet - zur Schweizer-Bewegung hatte für die Landesregierung augenscheinliche Vorteile. Durch die Unterschriftenlisten des Werbeausschusses war deutlich geworden, welche breite Zustimmung der Schweizer-Gedanke unter der einfachen Bevölkerung, und hier besonders unter der christlich-sozialen Anhängerschaft, gefunden hatte. Wenn die damit verbundenen Hoffnungen auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse lebendig gehalten wurde, war gleichzeitig ein erhebliches Potential an Unzufriedenheit in ungefährliche Richtung abgeleitet. Daneben wollte sich Ender für den Fall einer tatsächlichen revolutionären Entwicklung die Schweizer Türe offenhalten.

Im Vorfeld des Landtagswahlkampfes vom April 1919 organisierten Christlichsoziale und Deutschfreiheitliche gemeinsame antibolschewistische Bürgerversammlungen, in denen sie angesichts der als bedrohlich empfundenen Arbeiterbewegung ihre unterschiedlichen Anschlußwünsche kurzfristig zurückstellten. Auf der ersten solchen Gemeinschaftsveranstaltung am 10. April 1919 in Bregenz erklärte Landeshaupt-



Lavierten sich durch die unterschiedlichen Anschlußwünsche: die bestimmenden christlichsozialen Politiker, links Vizekanzler Jodok Fink, rechts Landeshauptmann Dr. Otto Ender.

mann Ender: "Der Bolschewismus gleicht einer ansteckenden Krankheit, gegen die man sich nur, wie bei der Maul- und Klauenseuche durch Absperrung schützen kann"². Die Grenze nach Lindau hin hatte Ender zu diesem Zeitpunkt - zumindest für die sozialdemokratischen Wahlredner - bereits sperren lassen³, Riedmann empfahl ihm darüberhinaus, "die Geleise am Arlberg" aufzureißen oder "eventuell sogar den Tunneleingang bei Langen" zu sprengen⁴. Die Grenze zur Schweiz hin wurde jedoch offener gehalten als der österreichischen Staatsregierung und den Schweizern recht war. Der Kommissär des eidgenössischen Ernährungsamtes, Major Stingelin, sah sich jedenfalls genötigt, massiv in die internen Verhältnisse Vorarlbergs einzugreifen. In einem öffentlichen Aufruf "An die Bevölkerung von Vorarlberg" warnt er "vor weiteren Gründung und jeder Einmischung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in die Tätigkeit der Landesregierung und aller Verwaltungsorgane, insbesondere

auch der Lebensmittel-Versorgungsstellen, sowie vor Gewaltakten jeder Art" und droht mit der Einstellung weiterer Lebensmittellieferungen⁵.

Die Schweiz hatte innerhalb ihrer Grenzen den revolutionären Sozialismus mit der Niederwerfung des "Landesstreiks" bereits überwältigt und hatte sowohl für den Fall der Nachbarschaft als für jenen der Inkorporation nur ein stabil-konservatives Vorarlberg vor Augen. Der einzige anschluss-freudige Bundesrat, Felix Calonder, sah in Vorarlberg, dessen Konservative in dieser Zeit den Bolschewismus unmittelbar vor ihre Türe malten, eine "Gegenkraft gegen die bolschewistischen Elemente in der Schweiz"⁶. Und nicht nur in der Angst vor dem Bolschewismus deckten sich das offizielle schweizerische und das amtliche Vorarlberger Verhalten. Aus unterschiedlichsten Motiven ähnelte sich auch das abwartend taktierende Verhalten in bezug auf die Vorarlberger Anschlußfrage.

Ender wollte sich alle Türen möglichst lange offenhalten, um bei entsprechender Gelegenheit die ihm am günstigsten scheinende Variante zu wählen oder um lediglich mit der österreichischen Zentralregierung bessere Verhandlungsbedingungen hinsichtlich einer weitgehenden Selbständigkeit des Landes zu haben. So hat er ab dem Frühjahr 1919 im Hintergrund nach allen Seiten Politik gemacht oder machen lassen: Während er selbst mit Vertretern aus Württemberg den personellen Umbau des "Schwabenkapitels" beriet⁷, war sein Kanzleiangestellter Dr. Neubner mit einer Delegation des Werbeausschusses in Bern, und Jodok Fink beruhigte in Wien den Staatskanzler Dr. Renner, daß die Landesregierung ohne Zustimmung des Staatsrates nichts unternehme, und den deutschen Gesandten, daß Vorarlberg für Deutschland noch nicht verloren sei⁸.

Wie ausschließlich die öffentliche Option für die Schweiz in den Enderschen Überlegungen eine Absicherung vor "Kommunismus und Sozialisierung"⁹ war, dokumentiert die Tatsa-



Versammlungsorte mit Symbolkraft: Während die Deutschnationalen meist im "Deutschen Haus" (Gösser, Bregenz) tagten, traf sich der Werbeausschuß für die Schweiz im Bregenzer "Hotel Schweizerhof".

che, daß nach der Machtübernahme der Christlichsozialen Partei auf Bundesebene im Herbst 1920 der Schweiz-Anschluß für den Landeshauptmann kein Thema mehr war. Vorarlberg wurde endgültig nach Österreich ausgerichtet, obwohl gerade diese Orientierung noch im Jahr zuvor die geringste öffentliche Parteinahme gefunden hatte. Die Hoffnung auf ein näheres Zusammenrücken ganz Österreichs mit Deutschland hatte Ender allerdings nicht aufgegeben. Vielleicht nicht so sehr deshalb, weil er das Land wie ehemals für eine "Stätte urwüchsigen kernigen Deutschtums"¹⁰ hielt, sondern aus wirtschaftlichen Überlegungen. Daß dann seine 1930/31 geplante Zollunion mit Deutschland und damit auch seine Kanzlerschaft am Einspruch des westlichen Auslandes scheiterten - das ist eine Ironie der Geschichte - , verdankte Ender unter anderem seinen Schweizer Freunden. Sie waren bei den Westmächten gegen das öster-

reichische Zollprojekt vorstellig geworden, weil bei sinkenden Zolleinnahmen die schweizerischen Kredite nicht mehr entsprechend gedeckt gewesen wären. Die Schweiz besaß nämlich Pfändungsrechte auf die österreichischen Zolleinnahmen."

Anmerkungen

1. Zit. nach Preradovich (1971), S. 75
2. VT, 12. 5. 1919
3. Vgl. Dreier (1986), S. 38 f.
4. Brief Riedmanns an den Landeshauptmann (undatiert), VLA, Nachlaß Riedmann
5. VT, 15.3.1919; Stingelins plumpe Intervention fand allerdings auch in Bern keine Zustimmung, und nach Interpellation des Sozialdemokratischen Nationalrates R. Grimm wurde Stingelin lautlos von seinem Vorarlberger Posten abgezogen. Vgl. Neue Züricher Zeitung, 9.4.1919
6. Cohen (1975), S. 142
7. So meinte er etwa gegenüber dem schon genannten Locher, das Schwabenkapitel sei "in denkbar ungünstige Hände geraten". Weil der Vorsitzende Dr. Ritter aus der Schwabenpropaganda eine deutsch-nationale Parteipolitik gemacht habe, "konnten selbst diejenigen der Christlich-Sozialen, die für den Anschluß an Schwaben sind, ihre Meinung nicht mehr zur Geltung bringen". Locher schließt das Protokoll über das Gespräch mit Ender mit der Feststellung: "Ich habe den Eindruck gewonnen, daß noch etwas zu machen ist. Allerdings muß erst Dr. Ritter beiseite geschoben werden ... Konsul Padel (Leiter der deutschen Paßstelle in Bregenz, Anm. MP) wird bis zu meiner nächsten Anwesenheit in Vorarlberg diejenigen Christlich-Sozialen herauszufinden suchen, mit denen wir künftig zusammenarbeiten können. Von deutschnationaler Seite kommt in Betracht Dr. Karrer (der dann tatsächlich Sprecher des Kapitels wurde, Anm. MP) und Bürgermeister Dr. Kinz in Bregenz. Er ist vielleicht der beste von allen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß seine Zeit jetzt vorbei ist. Denn es scheint, daß es ihm in den dortigen kleinstädtischen Verhältnissen verargt wird, daß er als älterer Wittwer sein Schreibfräulein geheiratet hat." Zit. nach Preradovich (1971), Anhang
8. Ebenda, S. 97 f.
9. Ender (1952), S. 6
10. VV, 11.9.1919
11. Vgl. Zaugg (1982), S. 155 f.

Die Reaktion der politischen Eliten

"Parteien in ihrem Stühle" versus "unfähige Leute"

Gesellschaftliche Eliten versus eine Volksbewegung, offensichtliche Spannungen zwischen dem bestehenden und mehr oder minder althergebrachten politischen Establishment sowie einer Bewegung, die durchaus als "Volksbewegung" angesprochen werden darf, das verspricht vor allem interessante Einsichten in das Funktionieren der jungen Demokratie. Wie verhielten sich die Eliten, wie ernst nahmen sie die Wünsche und Bedürfnisse "des Volkes" sowie dieses selbst?

Doch vorerst müssen wir zurückgreifen und einiges nachtragen. Noch im August 1918 hatten die Durchhaltepolitiker von "ruhmreichen Waffenerfolgen des Vierbundes" gesprochen und einen baldigen "ehrenhaften Frieden" erwartet. Doch zwei, drei Monate später kam es ganz anders, die militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen waren erschöpft, die Armeen zerbrachen, der Krieg war verloren. Die führenden Schichten der alten Monarchie, vor allem das Bürgertum, sahen schon das Gespenst einer Revolution nach russischem Vorbild umgehen. Der Kaiser wurde zum Verzicht auf alle Amtsgeschäfte, tatsächlich zur Abdankung gezwungen, es konstituierten sich die Nachfolgestaaten der Monarchie, unter ihnen Deutschösterreich. Am 11. November 1918 beschloß der Staatsrat und am 12. November 1918 die provisorische Nationalversammlung das Gesetz über die Regierungsform des neuen Staates. Mit dem ersten Artikel dieses Gesetzes wurde Deutschösterreich zur demokratischen Republik, sein zweiter Artikel erklärte den soeben begründeten Staat zum Bestandteil der Deutschen Republik.

Wenige Tage zuvor, am 3. November 1918, war in Bregenz die provisorische Landesversammlung zusammengetreten, die sich zur "gesetzgebenden Körperschaft für das Land Vorarlberg" erklärte, für ein Land Vorarlberg, das sich in der-

selben Sitzung aus der Verwaltungsgemeinschaft mit Tirol löste und als "eigenes, selbständiges Land im Rahmen des deutsch-österreichischen Staates" konstituierte.²

Das Haus Habsburg, über das man sich mit dem großen Österreich verbunden gefühlt hatte, war abgesetzt und hatte sich in die Schweiz zurückgezogen. Otto Ender formulierte die Konsequenzen auf der Salzburger Länderkonferenz am 16. Februar 1920 so:

"Der Herr Abgeordnete Grüner hat gesagt, daß die Länder durch die Habsburger zusammengehalten wurden. Ich unterschreibe das vollständig, ziehe daraus aber auch die Konsequenz. Die Habsburger sind mit ihrem Gelde über den Rhein gegangen und jetzt halten sie nicht mehr zu uns. Diejenigen, die bisher zusammengehalten wurden, sind von dem Bande los und sind jetzt vor die Wahl gestellt, sich wieder zu entscheiden, sich irgendwohin binden zu lassen. Wir Vorarlberger haben bekanntlich im Herbst 1918 die Situation in diesem Sinne erfaßt. Wir haben uns sofort selbständig erklärt und wir haben sofort die Orientierung genommen auf den Anschluß nach einer Richtung, nämlich nach der Schweiz."³

Dieses allumfassende "wir" ist wohl - wie wir noch sehen werden - nicht ganz präzise, und die Sache mit der Selbständigkeitserklärung ist etwas komplexer, als es Ender in der Diskussion darstellte. Einmal hatte sich Vorarlberg "im Rahmen von Deutschösterreich selbständig erklärt" und versuchte die Landesregierung immer wieder, die Anerkennung des Selbständigkeitsrechts von der Bundesregierung zu erlangen, und war - mit, wie wir noch sehen werden, guten Gründen - nicht bereit, Vorarlberg einfach tatsächlich für selbständig zu erklären.⁴

Im Herbst 1918 war die Welt im Umbruch, nichts schien selbstverständlich, nicht die Grenzen, nicht die Staatsform, nicht die wichtigsten Orientierungspunkte, an denen sich eine Gesellschaft orientiert: War Österreich ein Teil Deutsch-

lands, würde es besetzt von deutschen Truppen, von italienischen Truppen, war es eine demokratische Republik oder eine sozialistische, sollte sogleich die bolschewistische Revolution folgen, die allgemeine Verstaatlichung, oder sollte Kaiser Karl etwa die Restaurierung der Monarchie gelingen? Wie würden sich die neuen Machthaber, die Parteien verhalten, welche Rolle die Sozialdemokratie spielen? Konnte Österreich nun wirtschaftlich existieren oder würde es in Krisen und Hungersnöten untergehen?

So viele Fragen und wenig sichere Antworten, dafür politischer Wildwuchs, ein Treibhausklima für skurrile Ideen. Vor allem schien über den Winter 1918/19 der Bereich des politisch Machbaren unüberschaubar groß, bis dann im Frühjahr 1919 die Siegermächte in Paris deutliche Markierungen setzten und den Vernünftigeren der enge Spielraum für politisches Handeln klar wurde.⁵

Wie reagierten nun die alten und neuen politischen Eliten auf die gleich im November 1918 aufkommende Agitation für einen Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz?

Mit der Basis zur Schweiz,

mit der Führung nach Deutschland,

mit den Füßen in Österreich: Die Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war die jüngste der im Vorarlberger Landtag vertretenen Parteien - erst in der Republik war sie mit fünf der dreißig Mandatare dort präsent, und doch bildete auch sie relativ schnell ein politisches Establishment heraus. Waren auch ihre Strukturen in der Zeit der Monarchie noch nicht sehr gefestigt, so konnte sie doch ihre Organisation ziemlich schnell straffen.⁶ Bei den Nationalratswahlen vom 16. Februar 1919 gaben ihr

14.641 Vorarlberger - 21,8 Prozent der gültig Wählenden - das Vertrauen, bei den Landtagswahlen vom 27. April 1919 sank ihr Anteil auf 18,8 Prozent bzw. 11.662 Stimmen.⁷ Ihre Positionen zur Schweizer-Anschluß-Bewegung waren ebensowenig von Anfang an klar und gefestigt wie ihre Positionen zu zahlreichen anderen wichtigen politischen Fragen. Auf der ersten Seite der Ausgabe vom 8. November 1918 der "Vorarlberger Wacht", der in Dornbirn erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung, findet sich nicht nur ein dramatischer Aufruf des deutschösterreichischen Staatsrates "An das deutsche Volk von Österreich!", in welchem zur Bildung einer neuen deutschösterreichischen Armee aufgerufen wird, um angesichts der zerfallenden alten Armee Plünderungen und Ausschreitungen zu verhindern, sondern bereits ein erster grundsätzlicher Artikel zu einem möglichen Anschluß an die Schweiz. Ausgehend von der Prämisse, das neue, sich soeben bildende kleine Deutschösterreich sei "...in wirtschaftlicher Beziehung, auf sich selbst angewiesen, kaum lebensfähig" und werde daher, "gezwungen durch die Verhältnisse, den Anschluß an ein Wirtschaftsgebiet suchen müssen, das ihm die Möglichkeit bietet, seine ganzen Kräfte zu entfalten, und das wäre in diesem Fall das Deutsche Reich". Doch für Vorarlberg werden Sonderinteressen, namentlich wegen der großen Bedeutung der mit der Schweiz eng verbundenen Stickerei, festgestellt:

"Es wird uns daher in der heutigen Zeit niemand einen Mangel an vaterländischem Empfinden vorwerfen können, wenn wir den Gedanken eines Anschlusses an die Schweiz in der gegebenen Zeit aufrollen. Daß ein sehr großes Interesse hiefür vorhanden ist, beweist das eine, daß trotz der gegenwärtig umwälzenden Ereignisse ein solcher Anschluß bei der Mehrzahl der Bevölkerung im Ländle den Hauptgesprächsstoff bildet."

Auch profitierte die gesamte Wirtschaft davon und gehörten die Vorarlberger "als Alemannenvolk eigentlich nicht zu den

Bajuwaren, sondern zu ihren Stammesgenossen, den Schweizern."

Fraglich war für den Redakteur, ob die Schweiz am "Ländle" interessiert wäre und ob ein derartiger Anschluß die Zustimmung der kommenden Friedenskonferenz finden könnte.⁸

Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Vorarlbergs sprach sich am 19. März 1919 für eine Volksabstimmung über die Anschlußfrage aus und stellte es jedem einzelnen Mitglied frei, "...nach eigenem Urteile Stellung zu dieser Frage zu nehmen", nachdem sowohl Nationalrat Hermann Hermann eine entschiedene Stellungnahme dafür oder dagegen abgelehnt als auch Landesrat Fritz Preiß vor übereilten Beschlüssen gewarnt hatte.⁹

Als in der 16. Sitzung der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung am 25. April 1919 Otto Ender den Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung einbrachte, stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten dem zu. Die Volksabstimmung sollte nur ein Verhandlungsmandat für die Vorarlberger Landesregierung ergeben. Über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Schweizer Stellen sowie über einen möglichen Anschluß selbst sollte demnach noch extra das Volk entscheiden. Auch schloß der Antrag Enders einen Anschluß an Deutschland nicht aus. Interessant ist, wie der sozialdemokratische Landesrat Franz Rauscher, von Beruf Eisenbahner, namens seiner Partei die Zustimmung begründete: Rauscher erklärte den Wunsch der Bevölkerung "hinüber zur Schweiz" so:

"Nicht das nationale Gefühl allein ist es, was das Volk von Vorarlberg hinüberzieht über den Rhein zum Schweizer Volke. Nicht der Stammeszug von Alemannen zu Alemanen, nicht allein die Ideale, sondern es sind reale Fragen, die reale Wirklichkeit, sogenannter menschlicher Egoismus für sich selbst."

Zudem sei der Anschlußwillen ein Erbstück der Monarchie,

ihrer Unterdrückungsmaßnahmen und Mißwirtschaft. Doch nun könne das Volk Deutschösterreichs einen eigenen Staat aufbauen, womöglich noch vollkommener als die Schweizer Republik. Allerdings setzten "bestimmte Kreise, Parteikreise" alles daran, die neue Republik und ihre Institutionen in Mißkredit zu bringen, und zudem erhofften sich "Tausende und Tausende von Leuten..., daß von dem Moment, wo der Rhein nicht mehr als Grenze gilt, Brot und Nahrung reichlich für sie fließen sollten. Das Lebensbedürfnis allein ist es von Tausenden, die sich hinüber wünschen, die aus Hunger keinen klaren Blick finden, so daß der Blick tief in die Zukunft getrübt ist."

Die Sozialdemokraten stellten sich auf den Standpunkt, selbstverständlich stehe den Vorarlbergern das Selbstbestimmungsrecht zu und in ruhiger Entscheidung - ohne parteipolitische Hetze - sollten sie davon Gebrauch machen. Eine endgültige Festlegung eines Anschlusses sei zur Zeit gar nicht möglich, die Schweiz halte sich betont zurück, die Verhandlungen mit Deutschland müßten erst noch aufgenommen werden, zudem wisse niemand, wie sich Tirol entscheide.¹⁰ Das wichtigste jedoch sei der Respekt der Politiker vor dem Volk und auch die Befürchtung, das Volk werde die Politiker nötigenfalls Respekt lehren. Rauscher:

"Hier erkläre ich als Sozialdemokrat, es ist notwendig, daß wir die Erbitterung, die in den Volksmassen herrscht, nicht noch weiter steigern, indem die Landesregierung als solche die Türe zuschlägt und erklärt, ihr versteht das nicht, ihr müßt warten, bis sich die Gelegenheit bietet, um besser sprechen zu können."¹¹

Doch war das keine offizielle Stellungnahme der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum Anschluß an die Schweiz. Die folgte einige Monate später in der 6. Sitzung des Vorarlberger Landtags vom 8. Juli 1919. In der Zwischenzeit änderte sich der Ton von distanzierterem Abwarten zu einer klaren Absage an die Freunde der Schweiz. Bekenntnisse zu Deutschland mehrten sich, endlich auch zur Republik

Deutschösterreich.

Franz Rauscher hatte sich in der Sitzung vom 25. April 1919 ganz selbstverständlich als Deutscher deklariert und dieses Selbstverständnis auch historisch aus dem Nationalitätenkampf abgeleitet: Habe doch die Doppelmonarchie großes Elend verursacht durch "die Unterjochung und das Zusammenwerfen der Nationen in Zwangsformen, in Zwangsstaaten."¹²

Am 5. Mai 1919 konnte das "Schwabenkapitel", jene Organisation also, die den Anschluß Vorarlbergs an Deutschland in Form eines Zusammenschlusses zu einem noch zu bildenden "Großschwaben" betrieb, den sozialdemokratischen Nationalrat Hermann Hermann gewinnen. Hermann, ein Harder Sticker, kritisierte die Schweiz als "kapitalistischen Wirtschaftsstaat, in dem die gleiche wirtschaftliche Bedrückung herrsche wie einst im alten Österreich", und er bekannte sich zum Anschluß an Deutschland.¹³ Ein ähnliches Zitat aus der "Vorarlberger Wacht" druckte das deutschnationale "Vorarlberger Tagblatt" am 10. Mai 1919, dem Tag vor der Volksabstimmung, ab:

"Die Arbeiterschaft als solche hat gar kein Interesse, daß unser Ländle der Schweiz angegliedert werden soll. Die Schweiz ist eine durch und durch kapitalistische Bürgerrepublik, in welcher sich die Arbeiterschaft auch noch so kümmerliche Rechte nur durch erbitterte Kämpfe holen kann..."

Der sozialdemokratische Journalist Kloß, Redakteur der "Vorarlberger Wacht", erhielt da für seine Ausführungen vor der Gründungsversammlung der Dornbirner Ortsgruppe des "Schwabenkapitels" vom 11. Mai 1919 von den Deutschnationalen höchstes Lob:

"Wenn wir Herrn Kloß als den Führer der Sozialdemokraten ansehen könnten, wenn nicht gerade in jetziger Zeit eine Anzahl zweifelhafter Elemente sich als die

Führer aufspielen würden, wenn alle Sozialdemokraten das gleiche Maß an Nationalgefühl besitzen möchten, dann würde auch uns von der sozialdemokratischen Partei keine so weite Kluft mehr trennen. Denn in ernsten Dingen mit den Klerikalen zu gehen, ist für ernste und ehrliche Politiker unmöglich. Das hat man kürzlich und in Fragen der Anschlußbewegung aufs neue erleben müssen. Mit dieser Judaspartei, die unsere Heimat um die Silberlinge einiger Schweizer Fabrikanten, und was wohl noch viel abscheulicher ist, um der politischen und uneingeschränkten Macht willen in die Hände der französischen Heißsporne spielt, mit diesen Leuten darf es ein Liebgelien nie und nimmer geben."¹⁴

Hermann Hermann ergriff dann am 8. Juli 1919 im Vorarlberger Landtag das Wort, um die Positionen der Sozialdemokraten zur Schweizer-Anschluß-Bewegung zu verdeutlichen. Hermann bekannte sich dazu, im Nationalrat - im Gegensatz zu den übrigen Vorarlberger Abgeordneten - im März 1919 für den Anschluß an Deutschland gestimmt zu haben. Auch jetzt stelle er sich wie mittlerweile die gesamte Vorarlberger Sozialdemokratie ganz auf den Standpunkt der Staatsregierung. Den Schweizer-Anschluß lehnte er ab, weil einerseits die Pariser Friedensverhandlungen nicht damit belastet werden sollten und weil andererseits dieses Anschlußbegehren die Positionen Deutschösterreichs im Kampf um die losgetrennten deutschen Gebiete Deutschböhmen, Sudetenland, Deutschsüdtirol, Teile Kärntens und der Steiermark belasten würde. Für den Anschluß an Deutschland machte sich Hermann nicht mehr stark, zu eindeutig war das Anschlußverbot, welches der am 28. Juni 1919 von Deutschland unterzeichnete Versailler Friedensvertrag enthielt.¹⁵

Hermann hatte damit die Positionen der österreichischen Staatsregierung und vor allem des Staatskanzlers Dr. Karl Renner übernommen, der Deutschösterreich erhalten und als ganzes ans Deutsche Reich anschließen wollte. Renner ver-

suchte vorerst, die Vorarlberger Frage aufzuschieben, bis erst einmal in Paris der Friedensvertrag abgeschlossen war. Auch war er, im Verein mit der Außenpolitik des Deutschen Reiches - wie wir noch sehen werden - diplomatisch aktiv, um französisch-italienischen Widerstand gegen diesen Anschluß hervorzurufen, vor allem, um gegebenenfalls die Schweiz mit italienischer Hilfe zu verunsichern, damit diese schon allein aus Furcht vor der italienischen Irredenta bzw. um ihre italienischsprachigen Teile einem Anschluß Vorarlbergs nicht näher trete. Allerdings lag es nicht an ihm, den Schweizer-Anschluß zu verhindern, denn die Schweizer Außenpolitik war aus eigenem zuvörderst an der Erhaltung eines unabhängigen Österreich interessiert.¹⁶

Im Vorarlberger Landtag meldete sich auch der sozialdemokratische Parteisekretär Anton Linder zu Wort und kam auf den Entscheidungsprozeß innerhalb seiner Partei zu sprechen: Auch die Arbeiterschaft habe sich als Schweizer gefühlt und zu jenen gehört, "...die auf Grund der Propaganda Riedmann ohne großes Nachdenken einzig und allein von der Ansicht ausgegangen sind, daß da drüben Milch und Honig fließt..." Diesem Separatismus sei die sozialdemokratische Führung entgegengetreten mit der Perspektive, in Österreich "nach Überwindung dieser schweren Jahre" den Sozialismus zu schaffen. Zudem wisse die Arbeiterschaft, "...daß jener Gewaltfrieden, der Deutschland aufoktroziert wurde, nicht ewig bestehen bleiben wird und daß es trotz aller Hindernisse möglich sein wird, uns dorthin anzuschließen, nicht als Vorarlberger, nicht als Kärntner, als Steiermärker oder als Deutschösterreicher, sondern als Deutsche dorthin, wo wir eben hingehören, zur großen Deutschen Nation."

Der Schluß - und das blieb die Position der Vorarlberger wie der österreichischen Sozialdemokratie, bis diese 1933 unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland ihren Anschlußparagrafen aus dem Partei-



XIII. Vorarlberger Landtag 1928:

*1. Reihe Mitte: Landeshauptmann Otto Ender, rechts von ihm die Landesräte Fritz Preiß und Johann Josef Mittelberger;
2: Reihe 4. v. r. Franz Rauscher, 7 v. r. Anton Linder;
hintere Reihe 5. v. r. Dekan Barnabas Fink*

programm entfernte:¹⁷

"Auch ich kenne die Schweiz, auch ich habe (wie Ender, WD) zufällig eine Schweizerin zur Frau, aber, trotzdem ich sehr viel Sympathien für die Schweiz habe, sage ich, ist es im Interesse der Arbeiterschaft, bei Deutschösterreich zu bleiben und die Stunde abzuwarten, wo wir, vereint mit der deutschösterreichischen Arbeiterschaft, uns an die große Schwesterrepublik Deutschland anschließen werden."

Die größtenteils sozialdemokratisch organisierten Eisenbahner hatten sich von Anfang an gegen den Anschluß an die Schweiz ausgesprochen, befürchteten sie doch, bei den schweizerischen Bahnen wesentlich schlechtere Bedingungen anzutreffen. Am 5. Dezember 1919 streikten sie sogar kurze Zeit gegen neuerliche Anschlußbestrebungen. Dabei

wurden sie durch sozialdemokratische Betriebsräte und Vertrauensmänner unterstützt, die in einer Kundgebung in Dornbirn ihre volle Solidarität mit den Eisenbahnern verkündeten. Als am 5. Dezember 1919 die christlichsoziale Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Sozialdemokraten den Landesrat ermächtigte, das Begehren der Vorarlberger nach dem Selbstbestimmungsrecht beim Obersten Rat in Paris sowie beim Völkerbund in Genf nötigenfalls selbst vorzubringen, verließen die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Protest den Saal.¹⁸ Am 20. Dezember 1919 schließlich konnte die "Vorarlberger Wacht" berichten: "Der Oberste Rat verbietet den Anschluß."¹⁹

"Der intelligentere Teil des Vorarlberger Volkes": Die Deutschnationalen

Die deutschnationale politische Elite wie auch ihre Parteigänger hatten eine Position bezogen und behielten sie bei, bis das Deutsche Reich unter Adolf Hitler ihre Träume wahr machte: Sie forderten den Anschluß an Deutschland.

Blieben die Deutschnationalen auch zahlenmäßig stets mit etwa 10 Prozent der gültigen Stimmen klar in der Minderheit, so beanspruchten sie doch auf Grund ihrer sozialen und ökonomischen Positionen ein weit höheres Maß an Einfluß: Sie waren die "in der Sache Unterrichteten" (Vorarlberger Tagblatt, 9. 4. 1919), der "intelligentere Teil des Vorarlberger Volkes" (Vorarlberger Tagblatt, 16. 5. 1919). Als eine Umfrage der Vorarlberger Ärztekammer eine klare Mehrheit gegen den Anschluß an die Schweiz ergab, interpretierte das die deutschnationale Tageszeitung "Vorarlberger Tagblatt" in ihrer Ausgabe vom 11. Mai 1919 so:

"Das Ergebnis der Rundfrage der Ärztekammer ist sehr bezeichnend. Es bringt die Stellung der Gebildeten unse-

res Landes der Anschlußfrage gegenüber klar und deutlich zum Ausdrucke. Mit Ausnahme einiger klerikaler Politiker im Ländle, die in der Schweiz eine Rolle zu spielen hoffen, will die Intelligenz Vorarlbergs alles eher als die Aufrichtung des Kantons 'Übrig'."

Besonders Vertreter der Vorarlberger Industrie machten sich gegen den Schweizer-Anschluß stark, etwa in der als Druckschrift verbreiteten "Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschlusse an die Schweiz." Dort appelliert "die Industrie" an die "Führer des Volkes..., insbesondere an die verantwortliche Mehrheit der Landesversammlung und die Führer der Arbeiterschaft", "in der Anschlußfrage nicht das Fluchtgefühl walten zu lassen, welches heute weite Kreise der Vorarlberger Bevölkerung beherrscht und den klaren Blick trübt... Ohne richtunggebenden Einfluß der berufenen Führer kann leicht eine Entscheidung fallen, die Vorarlberg nicht nur zu einem industriearmen, sondern zu einem wirklich armen Lande machen würde...", zudem entspreche es "vielleicht dem Wortlaute, nicht aber dem Geiste einer demokratischen Verfassung..., Tausenden, die keine Ahnung von dem Aufbau des Landes und seiner Wirtschaft haben, die Verantwortung für die Zukunft unserer Heimat aufzuladen."²⁰

Für den "Verband der Industriellen von Vorarlberg" richteten am 7. März 1919 der Obmann Julius Rhomberg sowie der Schriftführer Martin Hämmerle ein Schreiben an den schweizerischen Bundesrat in Bern, den sie bezüglich der Wirtschaftsstruktur Vorarlbergs instruierten - "Vorarlberg besitzt eine unverhältnismäßig große Industrie", welche nach einem Anschluß mit der Schweizer Textilindustrie in einen "ungesunden Konkurrenzkampf" treten müsse, der den "Untergang einer Anzahl von industriellen Unternehmen" nach sich zöge. Nicht nur bringe Vorarlberg "alle Wehen eines verlorenen Krieges mit sich", auch sei es mit dem "ideellen Gedanken" der Anschlußbewegung nicht weit her, denn es dominiere "der Gedanke an die Flucht in die vom Kriege nicht direkt

berührte Schweiz." Unter "normalen Verhältnissen" werde sehr rasch der traditionelle Deutschnationalismus wieder überwiegen und "der erst kurz erworbene Kanton Vorarlberg in der Schweiz ein Fremdkörper sein, der seine Rücklösung an seine eigentliche Heimat 'Deutschland' erstreben müßte." Vor allem teilte der Industriellenverband dem Bundesrate mit, die Industriellenschaft des Landes Vorarlberg könne "bei aller Sympathie für die benachbarte Schweiz den Anschluß Vorarlbergs... nicht gutheißen".²¹

Die Deutschnationalen trugen das "Schwabenkapitel", auf das an anderer Stelle ausführlich eingegangen wird, sie agitierten in Versammlungen sowie vor allem im "Vorarlberger Tagblatt" vehement gegen die Schweizer-Anschluß-Bewegung. Umso schmerzlicher traf sie die deutliche Abstimmungsniederlage am 11. Mai 1919. Angesichts dieser Niederlage besann sich wohl die Redaktion des "Vorarlberger Tagblatts" zumindest kurzfristig der demokratischen Tradition des Liberalismus, denn es hieß am 14. Mai 1919 in einem Kommentar:

"Auch der Hinweis darauf muß verstummen, daß die ablehnenden Stimmen höher zu werten sind, weil bei ihnen teils tiefe nationale Überzeugung, teils höhere volkswirtschaftliche Einsicht zum Ausdruck gelangt, während den Anschlußwerbern Unzufriedenheit und Fluchtgefühl weiter Bevölkerungskreise Vorspann leistete. Gewiß wird der Vorderwälder Bauer, der dem 'Volksblatt' zum Trotz 'Nein' sagte, diese Stellungnahme besser begründen können als sein Berufsgenosse aus dem Hinterwalde oder dem Oberland. Aber im demokratischen Staate werden die Stimmen gezählt und nicht gewogen."

Doch hielt sich diese Einsicht nicht lange, war doch schon zwei Tage später wieder vom "intelligenteren Teil des Vorarlberger Volkes" die Rede.²²

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Anton Zumtobel, ein Rechtsanwalt aus Dornbirn, brachte dann am

5. Dezember 1919 im Vorarlberger Landtag sein demokratisches Verständnis auf den Punkt:

"Heute habe ich die Galle herausgelassen und das gesagt, was ein großer Teil der Intelligenz denkt; die Intelligenz stellt allerdings der Natur nach nicht den größten Teil des Volk dar."²³

*Verräter? Taktiker? Staatsmänner?: Otto Ender,
Jodok Fink (und die christlichsoziale Volkspartei)*

Sowohl Otto Ender - seit 3. November 1918 Vorarlberger Landeshauptmann - als auch Jodok Fink - Vizekanzler des christlichsozial/sozialdemokratischen Koalitionskabinetts Renner - waren wesentliche Entscheidungsträger sowohl in Vorarlberg als auch in der Republik Deutsch-Österreich. Beide hatten Schlüsselpositionen inne, die sie zu wichtigen Ansprechpartnern und Entscheidungsträgern in der Anschlußfrage machten.

Bezüglich der Haltung Jodok Finks in der Anschlußfrage herrscht eher noch Übereinstimmung, doch Otto Ender ist extrem umstritten. War Otto Ender nun ein entschiedener Vertreter des Schweizer-Anschlusses²⁴, wollte er nur weg von Österreich²⁵, oder war an seiner Loyalität zu Österreich überhaupt nie zu zweifeln?²⁶ Über Ender geht so manchem die Luft aus: In einem Atemzug wird er zum "Schweizer", der "den Anschluß an die helvetischen Eidgenossen versuchte", der diesen Anschluß "befürwortete", jedoch nie "ein überzeugter Freund dieses Anschlusses" war, vielmehr ein von einer Volksbewegung Getriebener, nämlich im Herzen ein Österreicher, an dessen Loyalität nie zu zweifeln war, und "wenn Enders österreichische Loyalität angezweifelt werden kann, dann nur bezüglich Deutschland".²⁷ Wie denn nun?

Im Herbst 1918 schien vieles möglich, am 27. November 1918 konnte man im "Vorarlberger Volksblatt" auf der ersten Seite lesen:

"Wir können also Auslug halten, wie es in der Welt zugeht, wie die Völker sich neu zusammenschließen. Wir können selbst prüfen, was für uns besser ist, ob wir ein kleiner Freistaat sind, neutral wie das kleine Liechtenstein oder die freundnachbarliche Schweiz, oder ob wir mit den anderen Alpenländern, mit Tirol, Salzburg etc. eine Art Eidgenossenschaft bilden oder gar Schweizer werden oder als eigener Bundesstaat wie Bayern, Württemberg und Baden uns ans Deutsche Reich anschließen wollen."

Auf der zweiten Seite findet sich eine "Zuschrift aus Leserkreisen", die ihrem Inhalt nach auch von Otto Ender selbst stammen könnte: Nur keine voreiligen Entscheidungen, abwarten, in Interessensvertretungen, Parteien und unter Fachleuten diskutieren, die Stellungnahme der Kirche hören und dann erst durch den Landesrat der Landesversammlung zur Entscheidung zuführen.

Erst in der Landtagssitzung vom 15. März 1919 - inzwischen war die private Unterschriftensammlung für den Schweizer-Anschluß schon längst abgeschlossen - sah Otto Ender den Zeitpunkt gekommen, "wo sich die Landesversammlung mit der Angelegenheit befassen muß, weil sie dafür reif geworden ist." Vorher, so sagte er, hatte "der Landeshauptmann kein persönliches Bedürfnis, vorzeitig in dieser Sache einzugreifen."

In seiner Rede vom 15. März 1919 streifte Ender zuerst die vielen Optionen, die sich nach Ansicht jeweils bestimmter Gruppen für Vorarlberg zu ergeben schienen. Nach seiner geographischen Lage sei Vorarlberg sowohl nach der Schweiz als auch nach Deutschland hin offen, nur nicht nach Deutschösterreich; die Vorarlberger - "teils Alemannen, teils Walser, teils germanisierte Romanen" - seien sowohl mit den Schweizern als auch mit den Württembergern und Schwa-

ben verwandt, dorthin weise jedenfalls ihre Sprache eher als nach Tirol.

Für die Schweiz sprächen vor allem die demokratische Tradition und die gute Verwaltung sowie die Tatsache, daß ihr Wohlstand vom Krieg verschont geblieben und ungebrochen attraktiv sei. Die "zweitstärkste Anziehung" auf die Vorarlberger übe Württemberg aus, zumal wenn es noch um den Kreis Neuburg und Schwaben verstärkt würde. Doch bei Deutschösterreich könne man bleiben, ohne "Amputations-schmerzen" erleiden zu müssen, außerdem sei Vorarlberg durch historische Bande eng mit Österreich verbunden - "unser Schicksal war Österreichs Schicksal; auch das knüpft Bande, innige Bande" - und: "Österreich hat unserem Lande auch viel Gutes erwiesen." Doch sei das heutige Deutschösterreich nicht mehr Österreich-Ungarn, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, zudem sei es einschließlich Deutschböhmen "ein absolut unnatürliches Gebilde".

Gehe man vom Selbstbestimmungsrecht der Vorarlberger aus, dann stehe man vor der Wahl zwischen der Schweiz als einer bekannten Größe, Württemberg mit noch unbekanntem Grenzen, Deutschösterreich, welches sich möglicherweise dem Deutschen Reich anschließe und dessen Grenzen ebenfalls noch nicht feststanden. Ein Zusammenschluß mit weiteren österreichischen Ländern zu einer Alpenrepublik könne auch nur Bestand haben als Teil des Deutschen Reiches.

Wichtiger jedoch als alle diese Pläne war für Ender die Frage, ob sich die Vorarlberger überhaupt frei entscheiden könnten, denn:

"wenn wir es nüchtern anschauen und ehrlich aussprechen, sind wir im Weltkriege unterlegen und sind die Besiegten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entente mit uns machen kann, was sie will. ... Man hat wohl das schöne Wort vom 'Selbstbestimmungsrecht' ausgegeben, aber mehr als ein schönes Wort ist es nicht."

Auch wenn die Vorarlberger sich frei entscheiden könnten, sei es - im Gegensatz zu den anderen vermeintlichen Optionen - bei der Schweiz noch gar nicht sicher, ob sie überhaupt an einem neuen Kanton interessiert sei, allzu kühl habe sie sich bis jetzt gezeigt.

Wohl die Erfahrungen des österreichischen Nationalitätenkampfes führten Ender in dieser Landtagsrede dann zu Überlegungen, die in der Schweiz für beachtliches Aufsehen sorgten und dort die Anschlußgegner stärkten. Er sinnierte laut über die Schweiz als "national gemischtes Staatswesen", das möglicherweise dasselbe Schicksal wie die Vielvölkermonarchie erleiden und auseinanderbrechen werde. Doch werden Österreich und Deutschland vermutlich "ein Menschenalter zu tun haben, um wieder auf die Höhe zu kommen" und die Folgen des Krieges zu überwinden. Wenn die Schweiz später auseinanderfiele, "so würden wir dann als Bestandteil der deutschen Schweiz an das große deutsche Reich kommen. ... Sie wäre dann für uns quasi der Unterstand für eine Generation gegen die Unbill der Witterung."²⁸

Ender wollte die Schweizer-Anschluß-Bewegung unter Kontrolle halten. Zu diesem Zwecke entsandte er mit Dr. Gustav Neubner einen Angestellten seiner Anwaltskanzlei in die Leitungsgremien, wie er auch mit Dr. Josef Feuerstein einen weiteren Mitarbeiter in die Landesleitung der Vorarlberger Heimwehren als Vertrauensmann entsandte.²⁹

Als vorsichtiger Politiker suchte er sich auch alle Optionen offen zu halten und jeder Entwicklung wohlvorbereitet entgegenzutreten. Wenn die Schweiz Vorarlberg wollte und die Entente dem zustimmte, so würde es wichtig sein, vorher in Verhandlungen die rechtliche Stellung Vorarlbergs geklärt zu haben - es müßte schon ein eigener Kanton mit der in der Schweiz üblichen weitgehenden kantonalen Autonomie sein. Auch gegenüber Deutschland war er um die Sicherung seines Einflusses und des Einflusses seiner Partei bemüht. Als ihm der mit Verhandlungen beauftragte preußische Ge-

schäftsträger Hans von Moltke in Stuttgart am 16. November 1919 – also bereits nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge mit ihren Anschlußverboten – die Möglichkeit eines Anschlusses Vorarlbergs an Deutschland als selbständiges Land eröffnete, unterbrach ihn Ender "mit einem Ausruf freudiger Überraschung". Moltke faßt in seinem Bericht zusammen und beschreibt Person und Ziele Enders so:

"Eines dürfte jedenfalls sicher sein: Ender wird, nachdem er Aussicht hat, auch bei einem Anschluß an Deutschland überhaupt eines selbständigen Staates zu sein, weniger großes Gewicht darauf legen, aus Vorarlberg um jeden Preis einen Kanton der Eidgenossenschaft zu machen."³⁰

Auch gegenüber der österreichischen Staatsregierung trat Ender ähnlich auf. Obwohl er an der Realisierbarkeit der Vorstellungen der Volksbewegung für den Schweizer-Anschluß seine Zweifel hatte, konnte er diese Bewegung doch dazu benutzen, von der österreichischen Regierung ein möglichst hohes Maß an Länderautonomie zu verlangen, um so den eigenen Einfluß bzw. den Einfluß der eigenen Partei zu verstärken. In einem Brief Enders an die Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Karl Renner – Jodok Fink war Vizekanzler – vom 27. April 1919 tritt diese Politik offen zu Tage. Er schreibt, die für den 11. Mai angesetzte Volksabstimmung solle die Dynamik der Volksbewegung auffangen, die Anschlußfrage so hinausgezögert werden:

"Wir glauben, daß die eingeschlagene Taktik die beste ist, weil sich das Volk dabei beruhigt. ... Was Deutschösterreich angeht, so halte ich dafür, es wäre nicht klug, absolut Widerstand zu leisten, sei es direkt oder durch indirekte Maßregeln. Das gäbe eine böse Stimmung. Das Beste wäre, wenn Deutschösterreich bald zu einer Verfassung käme, die der Länderautonomie weitest entgegenkommt. Dann würde die Freude Vorarlbergs an Deutschösterreich zunehmen. Zentralistische Bestrebungen verschmücken bei uns sehr. ... Mein Bestreben ist es, ohne Gewaltsam-

keit das Volk möglichst bald zu klarer Einsicht seiner Lage und der seinen Wünschen entgegenstehenden Schwierigkeiten zu führen."³¹

Die Landtagsrede vom 15. März 1919 ließ Ender als Broschüre in hoher Auflage im Lande verteilen - wohl als Beitrag zur Information der Bevölkerung.³²

In einer Zuschrift an den "Schweizer-Bund", das Mitteilungsblatt des Komitees "Pro Vorarlberg" in Bern und der Schweizer Anschlußfreunde in Vorarlberg, faßte Otto Ender drei Jahre später die Entwicklung zusammen und meinte, nur ein Tor könne "in der rauhen Wirklichkeit" die "realen Mächte" mißachten:

"So ist es eine Tatsache, daß in der Schweiz im Herbst 1918 und im Frühjahr 1919 das damals ziemlich heftige Werben Vorarlbergs erst sehr langsam Verständnis und Liebe zu finden vermochte. Jedenfalls war zur Zeit der Friedensverhandlungen in St. Germain in der Schweiz das Verständnis keineswegs in jenem Maße erwacht, daß eine genügende Unterstützung der Vorarlberger Anschlußbewegung zur rechten Zeit eingesetzt hätte. So kam das Friedensdiktat von St. Germain, und nach diesem Friedensdiktat gehört Vorarlberg zu Österreich. Von Selbstbestimmung war keine Rede. Gefragt wurde nicht. Es wurde befohlen. ... Die offizielle Schweiz hat sich ganz auf diesen Boden der Tatsachen gestellt. ... Sie erklärte wiederholt feierlich, daß es für sie keine Vorarlberger Anschlußfrage gebe, solange Österreich besteht und es sei ihr Wunsch, daß Österreich lebe und gedeihe. Erst für den Fall, daß Österreich sich nicht als lebensfähig erweise und zerfallen sollte, hat sie ein Interesse für die Vorarlberger Frage angekündigt."

Daraus war nur eines abzuleiten:

"Wir haben demnach auch im Vorarlberger Landtag beschlossen, unter Aufrechterhaltung unseres grundsätz-

lichen Standpunktes uns in die gegebenen Verhältnisse zu fügen, als Glied im Bundesstaate Österreich zu leben und mitzuarbeiten und nur für den Fall, daß derselbe sich nicht als lebensfähig erweisen sollte, wieder für unser Volk die Freiheit des Entschlusses zu verlangen. Damit ist Ziel und Aufgabe für die öffentliche Wirksamkeit für mich und alle meine Parteifreunde gegeben: Wir haben dort zu wirken, wo wir heute allein wirken können: in Österreich."³³

Ender hielt weder viel von der in Vorarlberg 1918/19 grassierenden Anschluß euphorie noch waren ihm die Führer dieser Bewegung - allen voran Ferdinand Riedmann - besonders sympathisch. Für ihn waren das "unfähige Leute"³⁴, denen er gerade 20 Minuten Audienz gewährte, als sie ihm am 1. März 1919 die Anschlußpetition übergaben.³⁵ Andererseits war ihm und auch seiner Partei der Gedanke an einen solchen Anschluß durchaus sympathisch, wenn er auch zu sehr Realist war, um die großen Schwierigkeiten einfach zu übersehen.

Die Schweiz war attraktiv, denn sie war wohlhabend, denn in ihr sind die Kantone weitgehend autonom, sie war - im Gegensatz zu der teils anarchischen Lage in Österreich und Deutschland - ein "Ordnungsstaat", hatten die Schweizer Behörden doch im November 1918 gerade den von der Sozialdemokratie ausgerufenen Landesstreik durch den Einsatz der Armee niedergeschlagen. Einzig das schweizerische Asylrecht war den Konservativen ein Dorn im Auge, denn allzuleicht könnte die Schweiz zur "Freistatt für alles politische und andere Gelichter"³⁶ werden.

Doch die Entscheidungen über die Zukunft Vorarlbergs fielen nicht in Vorarlberg, weder im Landhaus in Bregenz noch im Zuge einer Volksabstimmung, diese Entscheidungen fielen im Frühjahr sowie im Sommer 1919 in Paris. Harlan Kurtz Cohen und Rolf Zaugg-Prato zeigten in ihren Arbeiten eindringlich, daß es nicht in erster Linie die österreichische Staatsregierung und auch nicht eine antivorarlbergische Ge-

sinnung der Entente-Diplomaten war, welche in Paris jede Anschlußmöglichkeit für Vorarlberg verschloß, sondern die schweizerische Politik. Die Schweiz war vor allem an einem intakten Österreich interessiert und an Vorarlberg nur dann, wenn dieses Österreich zerbrechen sollte. Denn eines wollte die Schweiz auf keinen Fall: eine noch längere Grenze mit Deutschland.³⁷

Vor diesem Hintergrund ist das Agieren Otto Enders bzw. vielmehr seine Untätigkeit in Paris zu erklären. Gleich nach der Volksabstimmung war er mit der deutschösterreichischen Friedensdelegation nach Paris gereist, hatte dort aber keine Möglichkeit gefunden, initiativ zu werden. Daher fuhr er Anfang Juni wieder nach Bregenz - sehr zur Verwunderung jener Schweizer Kreise, welche einen Anschluß Vorarlbergs favorisierten, ohne sich jedoch in der innerschweizerischen Diskussion durchsetzen zu können.³⁸ Ender jedenfalls war schon am 10. Juni in Bern beim schweizerischen Bundesrat Calonder, einem Verfechter des Anschlusses. Noch am 3. Mai hatte ihm derselbe Calonder zugesagt, die Schweiz werde die Anschlußfrage dann offiziell behandeln, wenn die Volksabstimmung in Vorarlberg ein positives Ergebnis erbracht habe. Nun erfuhr Ender, die Schweiz warte zuerst eine positive Stellungnahme der Wiener Staatsregierung ab. Doch war deren ablehnende Position im Sommer 1919 beileibe kein Geheimnis mehr. Die Antwort der Staatsregierung auf das Ersuchen der Vorarlberger Landesregierung nach der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes fiel so aus, wie es zu erwarten war: Kein klares Nein, doch sei das derzeit nicht zu entscheiden.³⁹

Am 28. Juni dann sagte Calonder im Nationalrat gar, der schweizerische Bundesrat werde sich erst mit dem Anschlußbegehren Vorarlbergs befassen, wenn sowohl die österreichische Regierung als auch die Pariser Friedenskonferenz das Recht der Vorarlberger auf Selbstbestimmung, d.h. tatsächlich den Anschluß, befürworteten.⁴⁰ Und gerade

weil die Schweiz die Vorarlberger Anschlußfrage nie der Pariser Friedenskonferenz vorlegte, konnte Frankreich mit der Forderung nach einem unabhängigen Österreich samt Anschlußverbot durchdringen - das wiederum lag durchaus im schweizerischen Interesse. Daran änderte auch eine aus den Herren Dr. Paul Pirker und Dr. Gustav Neubner bestehenden "Delegation des Vorarlberger Volkes" nichts, welche von den schweizerischen Anschlußbetreibern angeregt worden war.

Dieselben Schweizer Kreise um Bundesrat Felix Calonder, den Chef des Politischen Departements, und Charles Lardy, den Chef der Abteilung für Auswärtiges, hatten für den 10. August in Vorarlberg "Kundgebungen des Vorarlberger Volkes" verlangt, möglichst machtvolle Demonstrationen, die vor allem auf Beeinflussung der schweizerischen Öffentlichkeit und Stärkung der Positionen der schweizerischen Anschlußbefürworter abzielten sowie die Verhandlungen in Paris beeinflussen sollten. Doch die vom Vorarlberger Werbeausschuß entsandten Vertreter kamen mangels Visa gar nicht nach Paris, sondern gerade bis Bern, von wo aus sie mit Telegrammen Einfluß zu nehmen suchten.⁴¹

Vor diesem Hintergrund mutet es seltsam an, daß gerade jene deutschschweizerischen Kreise, die in der innerschweizerischen Diskussion den Anschluß Vorarlbergs nicht durchzusetzen vermochten, die ruhige und abwägende Politik Enders kritisierten und von ihm forderten, er möge die Schweiz und die Welt in Zugzwang bringen, indem er Vorarlberg von Österreich lossagt.⁴²

Der Werbeausschuß hatte im Vertrauen auf die Schweizer Freunde bereits massiv für die Loslösung von Österreich agitiert, doch als der Vorarlberger Landtag am 5. Dezember 1919 zu seiner Sitzung zusammentrat, hatte keine Revolution mehr stattzufinden. Die vorsichtigen Realisten behielten die Zügel in der Hand, Jodok Fink hatte vor unbedachtem Vorgehen gewarnt und konnte von Staatskanzler Renner die Zusage überbringen, die Staatsregierung werde keinen gesetz-

Redaktion des „Bund“
Bern

Bern, den 7. XI. 1919

Sehr geehrter Herr,

Wir haben die Aktion pro Vorarlberg nun in der ganzen Schweiz eingeleitet und hoffen bestimmt auf ein gutes Ergebnis. Lassen Sie mir den Mut nicht sinken!

Und helfen Sie bitte auch uns überall wo wir Vorträge über Vorarlberg veranlagt. Könnten Sie uns vielleicht einige Landschaftsaussichten, Städtebilder etc. verschaffen? Oder gar Diapositive für Projektionsvorträge?

In Hochachtung

E. Schürch, Zewilling
Bern

Die Schweizer Anschlußverfechter erbaten sich von den Kollegen in Vorarlberg Anschauungsmaterial, um ihren Landsleuten "das Vorarlberg" schmackhaft zu machen.

lichen Weg untersagen, vielmehr sogar das Anschlußbegehren Vorarlbergs an den Obersten Rat in Paris weiterleiten. Wenige Tage später wurde aus dem Obersten Rat nur mehr der Völkerbund, und zudem behielt sich die Regierung vor, dem Vorarlberger Antrag eine ablehnende Stellungnahme beizuschließen. Otto Ender erklärte im Landtag, er könne nicht soweit gehen wie jene Leute, "die glauben, es sei schon heute der Moment gekommen, wo sich Vorarlberg von Österreich loslösen und sich zu reiner Selbständigkeit erheben und auch wirtschaftlich an die Schweiz anschließen soll". Denn es fehle denen, die das fordern, die nötige Einsicht, und

zudem sei es leicht, "in Zeiten der Not und des Elends Umwälzungen ins Werk zu setzen."⁴³

Der Landtag beschloß mit den Stimmen der Christlichsozialen jedenfalls nicht die Unabhängigkeit Vorarlbergs, sondern nur eine Option darauf für den Fall, daß Österreich zerfalle. Auch wurde die Landesregierung ermächtigt, mit dem Obersten Rat sowie mit dem Völkerbund von sich aus in Verhandlungen zu treten. Otto Ender soll sich, wie Fink berichtete, durchaus zufrieden über den Gang der Dinge geäußert haben.⁴⁴

Die christlichsozialen Politiker dürften in ihrer Mehrheit den Anschluß an die Schweiz befürwortet haben - namentlich etwa der Priester und Landeshauptmannstellvertreter Barnabas Fink, der Bürserberger Bauer und Landtagsabgeordnete Bernhard Neyer sowie der langjährige Finanzlandesrat und nachmalige Finanzminister Johann Josef Mittelberger⁴⁵ -, doch für eine gewaltsame Lösung waren sie nicht zu haben.

Die Anschlußbefürworter in der Schweiz hatten im Spätherbst 1919 also neuerlich versucht, sich auf dem Rücken der Vorarlberger in der innerschweizerischen Auseinandersetzung durchzusetzen. Als das mißlang, zogen sie sofort zurück. Wiederum war Otto Ender massiven Vorwürfen aus der Schweiz ausgesetzt, sein Zögern verhindere den Anschluß.⁴⁶ Lassen sich diese Angriffe auch mit der enttäuschenden Niederlage der Anschlußbefürworter in der Schweiz erklären, so mutet es doch seltsam an, daß der Schweizer Historiker Daniel Witzig diese Vorwürfe zu den seinen macht, wenn er in seinem 1974 erschienen Buch über Ender schreibt:

"Wenn auch keine Zweifel bestehen, daß er sein Bestes im Auftrag des Landes tat, fehlte ihm doch in entscheidenden Augenblicken der Mut zur persönlichen Selbständigkeit und damit auch zu derjenigen seines Landes."⁴⁷

Auch Benedikt Bilgeri macht Otto Ender den Vorwurf, er habe die Selbständigkeitserklärung und damit den Schweizer-Anschluß scheitern lassen, "weil ihm das Unternehmen zuwider war."⁴⁸

So einfach geht es jedoch nicht. An der Politik Otto Enders und auch an seinem Demokratieverständnis ist vieles zu kritisieren⁴⁹, doch sind ihm in der Frage des Schweizer-Anschlusses durchaus politischer Weitblick und angemessenes Handeln zu attestieren.

Noch schärferen Vorwürfen ist Jodok Fink ausgesetzt: Er habe als Vertreter einer großdeutschen Lösung den Schweizer Anschluß hintertrieben sowie sich von Staatskanzler Renner willfährig verwenden lassen.⁵⁰ Gerade Fink als Vizekanzler war durch deutsche Diplomaten über die politische Entwicklung in der Schweiz bestens informiert und sah nur zu scharf den geringen politischen Spielraum, mit dem sich die Vorarlberger begnügen mußten.⁵¹

Beide, sowohl Ender als auch Fink, bemühten sich, aus dieser Lage ein Optimum herauszuschlagen: Sie nutzten die Furcht der Deutschen vor dem Schweizer-Anschluß und verlangten umfangreiche Lebensmittellieferungen zur Versorgung der hungernden Bevölkerung. Fink, den die Deutschen für ihrer Sache gewogen hielten - im Gegensatz zu Ender, der ihnen als Schweizer-Freund galt -, konnte dem deutschen Verhandlungsbeauftragten von Moltke glaubwürdig versichern, der Schlüssel zur gesamten Anschlußfrage liege in der ausreichenden Versorgung Vorarlbergs mit Lebensmitteln.⁵²

Die Volksabstimmung vom 11. Mai 1919

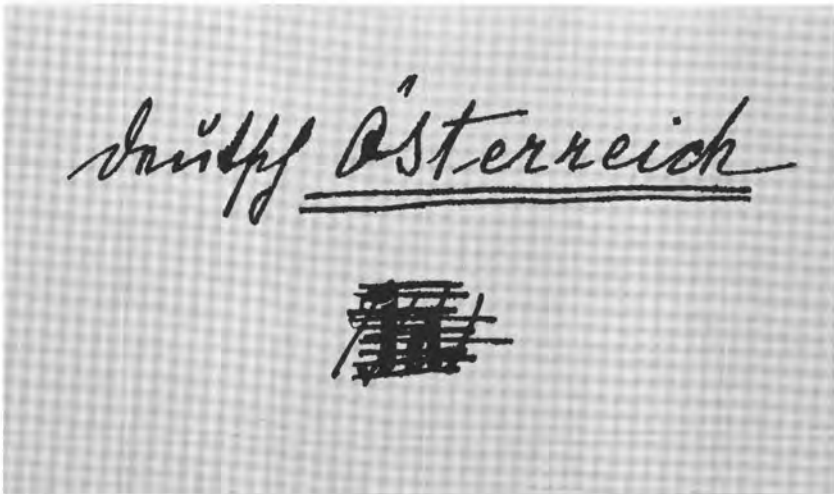
Die Volksabstimmung vom 11. Mai 1919 kann durchaus als ein klares Votum für den Anschluß an die Schweiz aufgefaßt werden, wenn auch die Fragestellung nur auf die Einleitung von Verhandlungen abzielte. 47.208 oder 80 Prozent der

gültigen Stimmen waren für diese Verhandlungen, 11.378 Vorarlberger sprachen sich gegen Anschlußbestrebungen an die Schweiz aus, nicht einmal ganze 20 Prozent - allerdings immer noch wesentlich mehr, als die Deutsche Volkspartei bei Wahlen erzielt hatte.

Die Gegner standen wohl zu mehr als der Hälfte der deutschnationalen Partei nahe, zur anderen Hälfte waren es offenbar sowohl Christlichsoziale als auch Sozialdemokraten.

Vergleicht man die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 27. April 1919 mit jenen der Volksabstimmung vom 11. Mai desselben Jahres, so fällt auf, daß die Entscheidung für bzw. gegen den Schweizer-Anschluß nicht klar nach parteipolitischen Scheidelinien verlief. Es stimmtem fast doppelt soviele Vorarlberger gegen den Schweizer-Anschluß wie für die Deutsche Volkspartei. Auch können einzelne Gemeindeergebnisse nur mit sozialdemokratischen bzw. christlichsozialen Stimmen gegen den Anschluß erklärt werden.

Die Deutsche Volkspartei erzielte bei den Landtagswahlen im Vorderwald relativ schwache Ergebnisse, die Christlichsozialen dominierten klar. Und doch waren in vielen dieser Gemeinden die Nein-Stimmen bei der Volksabstimmung beachtlich, in Hittisau und Bolgenach sogar in der Mehrzahl. Auch in vielen anderen Gemeinden, besonders in den Städten, reicht die Stärke der Deutschen Volkspartei nicht zu Erklärung der Zahl der Anschlußgegner aus. So stimmten etwa in Bürs bei den Landtagswahlen nur 13 Bürger deutschnational, doch 123 lehnten den Anschluß an die Schweiz ab. Das könnten in Bürs sowohl Christlichsoziale als auch Sozialdemokraten gewesen sein, im Bregenzerwald dagegen war die Sozialdemokratie praktisch nicht existent, dort müssen Christlichsoziale gegen den Anschluß gestimmt haben. Möglicherweise war ein guter Teil der Monarchisten, welche christlichsozial wählten, gegen den Anschluß an die republikanische Schweiz. Sicher ist auch das nicht. Völlig aus jeder Ordnung



Dieser Stimmzettel aus einer Bregenzer Wahlurne war zwar ungültig, der Wähler wollte aber zeigen, wohin er Vorarlberg orientiert sehen wollte.

fällt das Schrunser Abstimmungsergebnis: Dort hatten bei den Landtagswahlen 138 Bürgerinnen und Bürger die Deutschen Volkspartei gewählt, doch stimmten nur 120 gegen den Anschluß.⁵³

Anmerkungen

1. Kommentar zur Schweizer-Anschlußbewegung in *VV*, 21. 11. 1918:
"Naheliegend wäre es, daß zunächst die Parteien in ihrem Stübli die Sache klären oder daß die Führer zu gemeinsamer Beratung zusammen treten."
Otto Ender meinte gegenüber dem württembergischen Landtagsabgeordneten Georg Locher, "im Herbst habe sich ein Werbeausschuß gebildet der den Anschluß an die Schweiz betreiben sollte. Dieser Ausschuß habe in Händen von unfähigen Leuten gelegen und sei ungeschickt vorgegangen. Besonders habe sich hierbei der Lehrer Riedmann in Lustenau ausgezeichnet. Trotz Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit hätten diese Leute aber doch den Schweizer Gedanken nicht umgebracht, so stark sei dieser."
Nach Preradovich (1971), Anhang (Bericht des Abgeordneten Locher über seine Reise nach Vorarlberg); vgl. auch Zimmermann (1973), S. 119 ff.
2. Siehe Bilgeri (1987), S. 15 ff.; Dreier (1986), S. 24 ff.
3. Zit. nach Zimmermann (1973), S. 91 f.
4. Siehe VLSS 9. Sitzung vom 5. 12. 1919 sowie 14. Sitzung vom 15. 3. 1919
5. Siehe etwa Zaugg-Prato (1982), S. 45
6. Siehe Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. In: Greussing (1984), S. 73-132 sowie Dreier (1986), S. 163 ff.
7. Dreier (1986), S. 270 ff.
8. Ähnlich auch schon in *VW*, 18. 10. 1918; vgl. Bilgeri (1987), S. 35.
9. *VW*, 22. 3. 1919
10. In Tirol gab es abenteuerliche Pläne, nicht nur bezüglich eines Anschlusses an Deutschland, sondern ventiliert wurde etwa eine eigenständige Republik Nordtirol, eine vergrößerte Republik Tirol unter Einschluß Vorarlbergs, Liechtensteins, Salzburgs, Teilen Kärntens und der Steiermark sowie des Berchtesgadnerlandes bis hin zur Bildung eines neuen Kirchenstaates unter päpstlicher Oberhoheit; siehe dazu Kuprian, Hermann J. W.: Tirol und die Anschlußfrage 1918 bis 1921. In: Albrich, Eisterer, Steininger (1988), S. 43-74
11. VLSS, 16. Sitzung der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung 1918/19, 25. 4. 1919, S. 14 ff.
12. VLSS, 16. Sitzung der provisorischen Landesversammlung 1918/19 vom 25. 4. 1919, S. 14
13. *VT*, 10. 5. 1919
14. Ähnlich lobend auch *VT*, 16. 5. 1919
15. VLSS, 6. Sitzung des Vorarlberger Landtags 1919 vom 8. 7. 1919, S. 91 ff.; zum Anschlußverbot siehe Zaugg-Prato (1982), S. 44 f.

16. Cohen (1975), S. 224 f.; vgl. dazu Witzig (1974), S. 195 f.; Witzig, Daniel: Die Vorarlberger Frage. In: Jahrbuch Vorarlberger Landesmuseums-Verein 1973, Bregenz 1975, S. 204-216, v.a. 211 ff.; zu den Zielen der Schweizer Außenpolitik vgl. v.a. Zaugg-Prato (1982), etwa S. 61
17. Skalnik, Kurt: Auf der Suche nach Identität. In: Weinzierl/Skalnik (1983), S. 11-24
18. VLSS, 9. Sitzung vom 5. 12. 1919, S. 6-59; möglicherweise fand die Sitzung auch am 6. 12. 1919 statt, siehe dazu Witzig (1974), S. 393, Anm. 299
19. VW, 4. 12. 1918, 10. 12. 1919, 18. 12. 1919, 20. 12. 1919; VLSS, 1. Sitzung vom 5. 12. 1919; VLReg. Prs. 985/1919: Der Streik selbst war eher ein Mißerfolg, einzig der Zug Bregenz-Feldkirch stand von 18.20 Uhr bis 20.10 Uhr im Bahnhof Bregenz, das Linienschiff nach Lindau konnte nicht zurückgehalten werden, ebenso gelang es nicht, die Stromversorgung der Stadt Bregenz zu unterbinden.
20. Die Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschlusse an die Schweiz, o.O. o.J. (1919)(Vorarlberger Landesbibliothek); bei Witzig (1974) zitiert als Rhomberg, Julius: Die Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschluß an die Schweiz, Bregenz 1919
21. Abschrift des Briefes vom 7. 3. 1919 in: Die Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschlusse an die Schweiz, o.O. o.J.(1919), S. 15 f.
22. VT, 16. 5. 1919, auch 23. 5. 1919: "Die Intelligenz überhaupt ist vorwiegend gegen die Schweiz aufgetreten."
23. VLSS, 9. Sitzung vom 5. 12. 1919; vgl. Witzig (1974), S. 178
24. Zuderell (1946), S. 70
25. Cohen (1975), S. 213
26. Witzig (1974), S. 30; Bilgeri ergeht sich hier wieder einmal in seltsamen Andeutungen, die insgesamt eher darauf schließen lassen, Ender habe "zweifelhaftig" und "ohne jede Zielstrebigkeit" den Anschluß an die Schweiz hintertrieben.
27. Das alles auf sechs Seiten unterzubringen gelang; Wanner, Gerhard: Otto Ender 1875-1960. In: Weissensteiner, Friedrich / Weinzierl, Erika: Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk, Wien 1983, S. 160-172, hier S. 161-166
28. Ender in VLSS, 14. Sitzung vom 15. 3. 1919, S. 5-13
29. Siehe Rape (1977), S. 161, sowie den Aufsatz von Meinrad Pichler in diesem Band
30. Preradovich (1971), S. 94 f.; siehe dazu Cohen (1975), S. 220 ff.
31. VLReg. Prs. 305/191
32. Wohin strebt Vorarlberg, Bregenz (Deutsch) 1919; ein Exemplar liegt in VLReg. Prs. 305/1919

33. Schweizer-Bund 2. Jg. Nr. 8, Lustenau, 22. 5. 1922; Ender ähnlich in einem Brief vom 8. 9. 1922, zit. bei Witzig (1974), S. 31 f.; ähnlich auch im Landtag im Juni 1921, siehe Bilgeri (1987), S. 82
34. Siehe Preradovich (1971), S. 75, 76
35. Nach Preradovich (1971), Anhang (Bericht des Abgeordneten Locher über seine Reise nach Vorarlberg); vgl. auch Zimmermann (1973), S. 119 ff.; vgl. den Beitrag von Meinrad Pichler in diesem Band. Zur Audienz: Protokoll der Sitzung des Landeswerbeausschuß, Engeres Komitee, vom 1. 3. 1919, Nachlaß Ferdinand Riedman, VLA M 194
36. VV, 20. 11. 1918; zum Landesstreik bes. Gautschi (1968)
37. Cohen (1975), S. 132-204 v.a. S. 188; Zaugg-Prato (1982), S. 55-62
38. Ender (1952), S. 24 ff.; Witzig (1974), S. 278 ff., Cohen (1975), S. 176 ff.
39. Ender (1952), S. 28 ff.
40. Cohen (1975), S. 142
41. Siehe Zaugg-Prato (1982), S. 60 ff.; zur Vorarlberger Delegation siehe Ender (1952), S. 37-40, Witzig (1974), S. 303, 310-315 - siehe auch den Beitrag von Meinrad Pichler in diesem Band.
42. Witzig (1974), S. 333
43. Zit. nach Bilgeri (1987), S.72
44. VLSS, 9. Sitzung vom 5. 12. 1919, die Sitzung selbst war möglicherweise am 6. 12. 1919 - siehe dazu Witzig (1974), S. 393, Anm. 299; siehe Cohen (1975), S. 226-231, hier S. 230; Witzig (1974), S. 376-395; Zaugg-Prato (1982), S. 55 ff.
45. Bilgeri (1987), S. 72, 80
46. Witzig (1974), S. 394 f.
47. Witzig (1974), S. 33
48. Bilgeri (1987), S. 74
49. Kritisch zu Ender etwa Dreier (1985), v.a. S. 220-244
50. Witzig (1974), S. 200 f., 331
51. Der deutsche Botschafter in Bern, Müller, war stets bestens informiert, der deutsche Botschafter in Wien, Riepenhausen, hielt Kontakt zu Fink: Witzig (1974), S. 167 f., 171; Cohen (1975), S. 227 f.
52. Cohen (1975), S. 231; siehe dazu weiter unten.
53. Ergebnisse der Landtagswahlen: VT, 29. 4. 1919; Ergebnisse der Volksabstimmung: VT, 14. 5. 1919

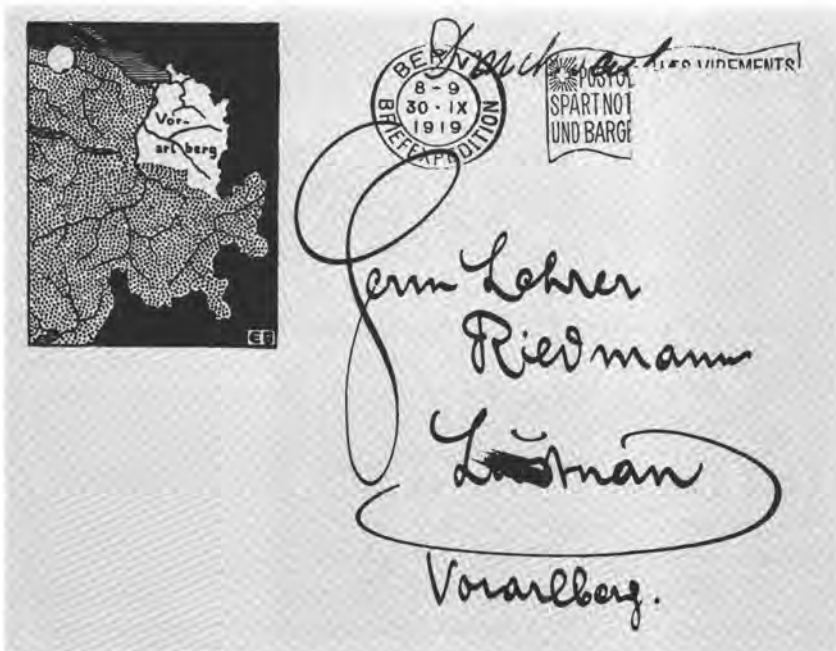
Kalkül statt Gefühl -

Die Haltung der offiziellen Schweiz

In der Schweiz selbst lagen die Verhältnisse ähnlich wie in Vorarlberg. Da gab es anschlussbegeisterte und -ablehnende Gruppen und Einzelpersonen und eine äußerst reservierte Regierung. In den Überlegungen der offiziellen Schweiz war die Vorarlberger Frage ein politisches, wirtschaftliches und vor allem strategisches Problem. Emotionen, wie sie von den Anschlußfreunden beiderseits des Rheins vorgetragen wurden, beeinflussten die offiziellen Entscheidungen kaum. Auf seine pathetisch vorgetragene Frage: "Schweizer! Sind wir Eure Brüder?" hat Pirker jedenfalls nie eine offizielle Antwort erhalten. Auch der vielbeschworene gemeinsame Alemannismus stieß in der Schweiz nur auf bescheidenes Echo, da es dort nie eine vergleichbare Abgrenzungspolitik gegeben hatte, wie sie in Vorarlberg gegenüber Tirol mit stammesgeschichtlicher Argumentation betrieben wurde.² Ebensowenig Eindruck machte bei den realpolitisch denkenden Schweizern die schwülstige Phrase, wonach "das Blut der alten freien Walser nach seiner Quelle zurückflute"³.

Die offizielle Schweiz hatte durch ein aktives Eintreten für den Anschluß Vorarlbergs realpolitisch gesehen mehr zu verlieren als zu gewinnen. Nicht nur die Doktrin der "territorialen Wunschlosigkeit"⁴, welche die Integrität der Schweizer Grenzen gegen Begehrlichkeiten angrenzender Großmächte mitsicherte, wäre mit einem Schlag ausgehöhlt worden. Auch die mühsam hergestellte Ausgewogenheit zwischen den ethnischen und konfessionellen Gruppen wäre empfindlich gestört worden. Für die Schweiz war auch noch ein anderer Aspekt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sie hatte sich während des Krieges zu offensichtlich an das Deutsche Reich angelehnt, weil sie in ihm die zukünftige Siegermacht sehen wollte und weil gerade auch große Teile der

Schweizer Armeeführung voller Bewunderung für den deutschen Generalstab waren. Der oberste Militär, General Ulrich Wille, hatte in einem Brief an den Bundesrat im Sommer 1915 sogar den Kriegseintritt der Schweiz auf seiten der Mittelmächte empfohlen.⁵ Dies hatte zu einer offenen Krise im Verhältnis zu den romanisch sprechenden Bevölkerungsgruppen geführt. Die schweizerische Bundesregierung hatte nun bei Kriegsende alle Hände voll zu tun, besonders gegenüber der französischen Regierung diese ungünstige Optik zu verwischen⁶. Zudem hatte Frankreich die Aufhebung der nord-savoyischen Zollfreizonen rund um Genf bei den Versailler Verhandlungen zur internationalen Disposition gestellt, der die Schweiz schließlich als Gegenleistung für die Anerkennung ihrer Neutralität zustimmen mußte.⁷ Zu offensichtliche Bemühungen um eine Erweiterung des deutschsprachigen Territoriums konnten zu diesem Zeitpunkt dem inneren Schweizer Ausgleich und der Verbesserung des schweizerischen Verhältnisses zu den westlichen Alliierten nicht zum Vorteil gereichen. Politisch und strategisch verfolgte die Schweiz in Vorarlberg ein einziges Ziel: Sie wollte weder Deutschland noch Italien als rechtsrheinischen Nachbarn. Vor allem aus militärischen und verkehrspolitischen Gründen wünschte die Schweiz den Weiterbestand Österreichs, und diesen sah sie nur realisierbar, wenn keiner der noch verbliebenen Teile abgetrennt wurde. Damit teilte die Schweiz weitgehend den Standpunkt Frankreichs und den des österreichischen Staatskanzlers Dr. Karl Renner, der mit allen Mitteln eine Abtrennung Vorarlbergs von Österreich zu verhindern suchte. Dazu inszenierte er nicht nur eine Reihe diplomatischer Intrigen, er dachte sogar laut darüber nach, durch einen Einmarsch italienischer Truppen in Vorarlberg mit der "ganzen Enderei" Schluß zu machen. In den Einfluß Jodok Finks setzte er zu diesem Zeitpunkt (November 1919) keine besonderen Hoffnungen mehr, "da es dem alten Herrn an Beweglichkeit und Kampffreudigkeit fehle"⁸. Die offizielle Schweizer Position - nachdem in einer Reihe von Gutachten



Briefpapier der Anschlußfreunde: Vorarlberg als Lichtblick

das Für und Wider eines Anschlusses von den einzelnen Departements abgewogen worden war⁹ - wurde im Geschäftsbericht des Bundesrates folgendermaßen festgelegt:

"Wir wünschen aufrichtig, daß Österreich, wie es aus dem Friedensvertrag hervorgegangen ist, lebt und sich entwickelt. Unsere Politik wird sich auch in Zukunft an diese Linie halten. Sollte Österreich wider Erwarten und gegen den Wunsch und das Interesse der Schweiz sich auflösen, dann müßte die Schweiz das freie Entschließungsrecht für Vorarlberg verlangen".¹⁰

Als die Schweizer Politik zu Beginn der zwanziger Jahre alle Anschlußüberlegungen verworfen hatte, begann sie unter den gegebenen territorialen Bedingungen ihre Interessen in Vorarlberg (und Österreich) durchzusetzen.

Zwar waren auch die Lebensmittellieferungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Schweizer Seite politisch und wirtschaftlich gut kalkuliert, die Kreditpolitik der zwanziger Jahre war aber noch weit gewinnträchtiger." Daß die Schweizer Lebensmittellieferanten mehr Geschäftsmänner als Wohltäter waren, konnte auch den damaligen Käufern nicht entgehen, soweit sie nicht von der weithin herrschenden Schweiz-Begeisterung in ihrer objektiven Wahrnehmungsfähigkeit beeinträchtigt waren. Landeshauptmann Ender verwahrte sich zwar öffentlich gegen den Vorwurf des Großdeutschen Dr. Karrer, daß die Schweizer Lebensmittel zu teuer seien;¹² im bereits erwähnten Privatgespräch mit dem deutschen Cartellbruder Locher beklagte er sich allerdings über die von der Schweiz verlangten Preise.¹³ Tatsächlich waren die Lieferungen keine Almosen. Die Vorsteher des schweizerischen Volkswirtschaft- und Finanzdepartements vertraten im Frühjahr 1919 gegenüber dem Bundesrat den Standpunkt, "die zur Zeit noch günstigen Konjunktoren für den Export von Nahrungsmitteln auszunützen, um größere oder doch leicht nachfüllbare Lagerbestände des Bundes zu vorteilhaften Preisen zu reduzieren, soweit dies ohne Gefährdung der Inlandsversorgung möglich ist. Durch derartige Transaktionen sollen auch die Defizite des Bundes, die er im Interesse der Verbilligung der Lebenshaltung bringen muß, vermindert werden"¹⁴. Bis zum 31. Oktober 1919 hatte die Schweiz an Vorarlberg Waren für insgesamt sFr. 9,229.921,- geliefert, und bis auf sFr. 429.621,- hatte das Land Vorarlberg bis zu diesem Zeitpunkt alles bezahlt. Daraus ergab sich für die Schweiz, gemessen an den Marktpreisen des Oktober, ein vermiedener Lagerverlust von sFr. 869.743,-.¹⁵ Als im September 1919 die Schweizer Kriegsdepots weitgehend abgebaut waren, wurde der Vorarlberger Landesregierung mit 1. Oktober die Einstellung weiterer Lebensmittellieferungen mitgeteilt. Die Landesregierung bat die Vertreter der Presse zu sich und ersuchte sie, über das Ende der Schweizer Lieferungen zu schweigen.¹⁶ Das scheint

mit ein Grund dafür zu sein, daß die Schweizer Lebensmittellieferungen an Vorarlberg bis heute fälschlicherweise als humanitäre Hilfe statt als reguläres Geschäft in Erinnerung blieben. Für die gute Nachrede sorgten aber vor allem die zahlreichen, privat gespendeten Hilfsgüter, die von Institutionen und Privatpersonen in der Schweiz für die notleidende Vorarlberger Bevölkerung zu Verfügung gestellt wurden.¹⁷

In dem bereits erwähnten Gutachten für den Bundesrat hatten nur die Militär- und Verkehrsexperten einen Anschluß Vorarlbergs für die Schweiz als vorteilhaft bezeichnet. Der Kernsatz des militärischen Gutachtens lautete: "Vorarlberg gehört zum schweizerischen Machtbereich"¹⁸, und danach handelten die eidgenössischen Militärs bis in die zwanziger Jahre hinein. Noch im Oktober 1923 hielten sich drei schweizerische Offiziere zehn Tage lang in Vorarlberg "zur Sammlung von Erfahrungen über die militärische Gangbarkeit der Straßen und Wege"¹⁹ auf. In ihrem "Rekognoszierungsbericht mit sieben Photobüchern" schlugen die Offiziere aufgrund ihrer Erkundungen dem Generalstab drei mögliche Verteidigungslinien auf Vorarlberger Boden vor:

1. Dreiländerspitze-Arlberg-Biberkopf;
2. vom Lünensee über die Rote Wand zum Hochifen und
3. von Feldkirch zum Hochifen²⁰.

So wie die Militärs setzten auch die schweizerischen Verkehrspolitiker in Vorarlberg ihre Interessen durch, obwohl der von ihnen gewünschte Zusammenschluß nicht zustande gekommen war. In den verkehrspolitischen Überlegungen der Schweiz bezüglich Vorarlberg spielte die Arlbergbahn die zentrale Rolle. Die Schweiz - und auch Frankreich - hatte größtes Interesse an einer von Deutschland unabhängigen West-Ost-Bahnverbindung, die auch kapazitäts- und tempomäßig mit der deutschen konkurrenzfähig sein sollte. Nachdem der Arlberg aber endgültig nicht zum schweizerischen Staatsgebiet gekommen war, fand die dortige Verkehrslobby andere Wege zur Verwirklichung ihres Wunsches nach ei-

ner leistungsfähigen Arlbergbahn. So sorgte der Präsident des Schweizerischen Bankvereins, Leopold Dubois, als Vorsitzender jenes Finanzkomitees, das die Völkerbundanleihe für Österreich abwickelte, dafür, daß 88 Millionen Kronen aus dem Anleihevolumen für die Elektrifizierung der Strecke Buchs-Salzburg zweckgebunden wurden.²¹ Das war langfristig gesehen zwar eine vorteilhafte Investition auch für Vorarlberg, zum damaligen Zeitpunkt aber hätten die Österreichischen Staatsbahnen angesichts der niedrigen Kohlenpreise diese Investitionspriorität niemals gesetzt.²² Das in der unmittelbaren Nachkriegszeit als erstes Großprojekt entstandene Spullerseekraftwerk verdankt seinen Bau der Schweizer Interessenspolitik in Österreich.

Diese Beispiele zeigen, daß die vorrangigen Schweizer Interessen in Vorarlberg allemal auch ohne die internationalen und nationalen Komplikationen, welche ein Anschluß mit sich gebracht hätte, durchgesetzt werden konnten. Bei genauer Kalkulation und unter Hintansetzung der in Vorarlberg beschworenen Gefühle der Zusammengehörigkeit sprach die Kosten-Nutzen-Rechnung eindeutig gegen eine Eingliederung Vorarlbergs. Das ausgeprägte eigenstaatliche Denken und das haushälterische Wirtschaften, das viele Vorarlberger an der Schweiz so bewunderten, wurden zu Hauptgründen für die Ablehnung des Vorarlberger Anschlußoffers. Genau das, was sich der Großteil der Vorarlberger von einem Anschluß erhofft hatte, war die Schweiz nicht zu geben bereit: nämlich einen Teil ihres Wohlstandes.

Anmerkungen

1. So lautete der Titel von Pirkers Werbeschrift.
2. Vgl. Bamay (1988), S. 273-312
3. Zit. nach Bonjour (1938), S. 664
4. Witzig (1974), S. 114

5. Vgl. Jost (1983), S. 119
6. Vgl. Fahrni (1982), S. 78
7. Vgl. Jost (1983), S. 140 f.
8. Zit. nach Preradovich (1971), S. 97
9. Vgl. Cohen (1975), S. 173
10. Zit. nach Zaugg (1982), S. 61
11. Vgl. ebenda, S. 109 ff.
12. Ender (1952), S. 22
13. Preradovich (1971), Anhang
14. Zit. nach Zaugg (1982), S. 96
15. Ebenda
16. Preradovich (1971), S. 83
17. Vgl. Pirker (1947), S.130 und Zaugg (1982), S. 103-108
18. Zaugg (1982), S. 78; siehe auch Küng (1974).
19. Zaugg (1982), S. 79
20. Ebenda
21. Ebenda, S. 67
22. Acworth (1923), S. 53 f.

Vorarlberg als Objekt deutscher Geheimdiplomatie und Propaganda

Aus deutscher Sicht war Vorarlberg nur eines der vielen deutschen oder potentiell deutschen Gebiete, die nach der Niederlage im Weltkrieg für das Reich verloren gingen oder verloren zu gehen drohten. So war es zum einen ganz grundsätzliches Interesse, das die deutsche Außenpolitik auf den Plan rief, zum anderen stand den deutschen Stellen der ökonomische Stellenwert Vorarlbergs von allem Anfang an klar vor Augen: Textilindustrie, vor allem Stickerei, Holz, Fleisch, Milchprodukte, Investitionsmöglichkeiten für das deutsche Kapital, besonders beim Ausbau der Wasserkräfte. Gerade das Wasserkraftpotential, welches in Vorarlberg zu erschließen war - und schließlich auch ab 1924 durch deutsche Elektrizitätsversorgungsunternehmen mittels der Vorarlberger Illwerke Ges.m.b.H erschlossen wurde - reizte das deutsche Großkapital, namentlich die Deutsche Bank, die Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) und den Stinnes-Konzern.¹ In dieses Bild fügt sich durchaus die Bemerkung Horst Zimmermanns, die AEG hätte die Ulmer Zentrale des Schwabenkapitels mit Geldern bedacht.²

Vorarlberg mangelte es an Mehl und Kartoffeln, doch glaubten deutsche Stellen, es könne damit und womöglich auch mit Kohle leicht durch das Deutsche Reich versorgt werden.³

Die deutsche Außenpolitik hatte in ihren Aktivitäten immer die Siegermächte mit im Kalkül zu behalten. Auch aus dieser Perspektive betrachtet, sprach alles für die Verhinderung des Anschlusses von Vorarlberg an die Schweiz, fürchtete man doch deutscherseits, er böte womöglich der Entente eine Handhabe gegen den angestrebten Anschluß ganz Österreichs ans Reich.⁴ Andererseits erforderte es die Berücksichtigung der realen Lage Deutschlands nach dem verlorenen Krieg, die tatsächliche expansionistische Politik gegen-

über Österreich und Vorarlberg nicht offen zu Tage treten zu lassen. Nichts sprach gegen die Politik der wirtschaftlichen Durchdringung Vorarlbergs, die ja dann in den zwanziger Jahren vor allem mit den Illwerken erfolgreich fortgesetzt werden konnte. Allerdings kam deutsches Kapital erst zum Zuge, nachdem das schweizerische kein Interesse an der Erschließung des Vorarlberger Wasserkraftpotentials gezeigt hatte.⁵

Die deutsche Anschlußpolitik gegenüber Vorarlberg konnte nur mit äußerster Vorsicht und Diskretion vorangetrieben werden, zumal da sie ja mit der Unterzeichnung der Verträge von Versailles und St. Germain und der in ihnen enthaltenen Anschlußverbote im Sommer bzw. Herbst 1919 nicht aussetzte.⁶ Erst im April 1919 begannen die Bemühungen um Vorarlberg, denn noch das von Österreich und Deutschland unterzeichnete Berliner Protokoll vom 2. März 1919 hatte den gesonderten Anschluß eines einzelnen österreichischen Bundeslandes an das Deutsche Reich nicht vorgesehen. Im deutschen Außenamt sammelte sich zwar Material über die Umtriebe züglich eines Anschlusses von Vorarlberg an, u.a. Eingaben der Stadtverwaltungen von Kempten und Memmingen, doch aktiv wurde die deutsche Diplomatie erst, als sich einerseits im März/April 1919 die Untersagung des gesamtösterreichischen Anschlusses durch die Alliierten abzeichnete, andererseits der Schweizer-Anschluß mit der Volksabstimmung auf eine Entscheidung zuzusteuern schien.⁷ Vordringlich schien der deutschen Außenpolitik, den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz zu verhindern, wie es auch das vorerst wichtigste Ziel der schweizerischen Außenpolitik war, den Anschluß Vorarlbergs bzw. Österreichs an Deutschland zu verhindern.⁸ Der kleinste gemeinsame Nenner beider Konzeptionen war daher ein selbständiges Österreich einschließlich Vorarlberg.

Die deutsche diplomatische Offensive um Vorarlberg bewegte sich auf zwei Ebenen, einmal suchte sie mittels diploma-

Nr. <u>664</u>	Betreff: <u>Anschluss von Vorarlberg an Deutschland.</u>
Stadtmagistrat Memmingen	
In die	
Stadtvorsteherung	zu / vom /
<u>B r e g e n z , V o r a r l b e r g</u>	Beilagen: /

Memmingen, den 31. März 1919.

Der Stadtmagistrat Memmingen hat beschlossen, sich bezüglich des Anschlusses von Vorarlberg an Deutschland dem Vorgehen des Stadtmagistrats Kempten anzuschließen. Wir würden es begrüßen, wenn Vorarlberg, dieses urdeutsche Land schwäbischen Stammes, dem deutschen Vaterlande sich anschließen würde, und sind der Ueberzeugung, dass die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen dadurch nur gewinnen werden.

1529
 J. L. O.
 F. 1418
 Stadtrat Bregenz
 5. APR. 1919
 Zahl 15291 Beilagen
 109/14
 38 /

Das "deutsche Vaterland" ruft: Grenznahe Städte und Gemeinden intervenierten beim deutschen Außenamt und bei einzelnen Vorarlberger Gemeinden.

tischer Interventionen vorwiegend in der Schweiz sowie in Österreich dem Schweizer-Anschluß entgegenzuwirken, dann sollten die deutschnationalen Kräfte in Vorarlberg selbst gestärkt und nach Möglichkeit einflußreiche Persönlichkeiten für Deutschland gewonnen werden.

Wenn wir uns zunächst den diplomatischen Interventionen zuwenden, so kommt jenen in der Schweiz selbst die größte Bedeutung zu. Besonders erfolgreich war die Arbeit des deutschen Botschafters in Bern, Adolf Müller, dem es gelang, sowohl schweizerische Spitzenpolitiker bis in den Bundesrat hinein für das deutsche Anliegen zu gewinnen, als auch Teile der schweizerischen Presse.⁹ Zu den Aufgaben des deut-

schen Botschafters gehörte es, die Vorarlberger Motive für den Schweizer-Anschluß zu diskreditieren: Statt der Ideale bewege die Vorarlberger vor allem die Furcht vor hohen Steuern und Wirtschaftsprobleme zur Schweiz hin. Der schweizerischen Politik hatte er zu eröffnen, Deutschland verwundere, daß die Schweiz ihr Prinzip der territorialen Unverletzbarkeit aufgebe, und Deutschland empfinde einen Anschluß Vorarlbergs als schweizerischen Beitrag zu seiner Zerstückelung - was die Beziehungen der beiden Staaten selbstredend belasten würde. Mittels in der Presse lancierter Artikel sollten die Bedenken der protestantischen schweizerischen Landesteile gegen die Stärkung des Katholizismus durch den Anschluß bestärkt werden, auch sollte die italienische Presse ermuntert werden, auf mögliche italienische Territorialforderungen aufmerksam zu machen, welche die Aufnahme eines weiteren deutschsprachigen Kantons provozieren könnte. Zuletzt möge er dafür sorgen, daß auch die Gefahren einer deutschen Irredenta der Schweiz bewußt würden.⁹

Deutschland intervenierte gleichfalls in Wien bei Otto Bauer, dem Staatssekretär für Äußeres, damit die österreichische Staatsregierung mehr Druck auf Vorarlberg ausübe - was jener jedoch erst einmal mit dem Hinweis auf die relative Schwäche der staatlichen Zentralgewalt ablehnte.¹¹ Doch auf der Grundlage übereinstimmender Interessen entwickelte sich eine recht enge Zusammenarbeit zwischen Wien und Berlin: Beiden war daran gelegen, den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz zu verhindern.¹² Auch versuchte Deutschland über den Botschafter am Vatikan, die Jesuiten gegen den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz zu aktivieren, hatte die doch das Wirken dieses Ordens verboten.¹³

Mit der Koordination der in Vorarlberg selbst zu setzenden Maßnahmen war der preußische Geschäftsträger in Stuttgart, Hans Adolf von Moltke, beauftragt. Ihm standen - wie auch dem deutschen Außenamt - unter anderem die Berich-

te von Generalkonsul Wilhelm Padel, des Leiters der deutschen Paßstelle in Bregenz, zur Verfügung.

Um weitere Informationen zu gewinnen und Kontakte zu knüpfen, entsandten deutsche Stellen Vertrauenspersonen nach Vorarlberg. So bereiste einmal im April Assessor Dr. Ernst Otto Berger Tirol und Vorarlberg im Auftrage der deutschen Botschaft in Wien. Es handelte sich dabei um eine "verdeckte Erkundung", getarnt als private politisch-wirtschaftliche Exkursion ohne jegliche Beziehung zu offiziellen deutschen Stellen. Berger sprach in Vorarlberg nicht nur mit führenden Politikern, sondern auch etwa mit Ferdinand Riedmann, dem wichtigsten Agitator für den Schweizer-Anschluß. Berger hatte sich u.a. durch seine langjährige Tätigkeit im Deutsch-Österreichischen Alpenverein empfohlen, welcher im übrigen auch für den Anschluß an Schwaben mobilisiert wurde.¹⁴ Er regte in seinem Bericht etliche Maßnahmen an, die ihm geeignet schienen, den drohenden Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz doch noch zu verhindern. Unter anderem sollten die Kontakte zu Vorarlberger deutsch-nationalen Kreisen intensiviert, zugleich aber auch Kontakte seitens der deutschen christlichen Volkspartei mit führenden Vorarlberger Christlichsozialen angeknüpft werden, um diese Deutschland gewogener zu stimmen.¹⁵

Im Juni 1919 wurde Berger, diesmal für Moltke, neuerlich nach Vorarlberg gesandt - versehen mit 10.000 Reichsmark, umgerechnet mehr als 19.000 Kronen. Aus diesen Mitteln wurden sehr wahrscheinlich die Druckkosten für Bruno Karrers Schrift "Vorarlberg. Eine Entgegnung auf Dr. Pirkers Schrift 'Das Vorarlberg'" bestritten.¹⁶ Moltke verfügte offiziell über weitere 10.000 Reichsmark zu Propagandazwecken, die er zu einem Teil der Ulmer Leitung des Schwabenkapitels übergab. Dieses finanzierte sich zu einem guten Teil selbst aus Beiträgen württembergischer Gemeinden und Städte, sodann möglicherweise durch Zuwendungen deutscher Konzerne und der österreichischen Staatsregierung.¹⁷

Auch das "Vorarlberger Tagblatt" soll durch deutsche Gelder mitfinanziert worden sein.¹⁸

Berger und Moltke stimmten darin überein, die Kontakte mit den Vorarlberger deutschnationalen Kreisen weiterhin zu pflegen, sie wußten jedoch, daß der Schlüssel zur Anschlußfrage bei den Christlichsozialen und damit bei Landeshauptmann Otto Ender lag. Mit ihm galt es Kontakte herzustellen, ihn galt es zu gewinnen.¹⁹

Dabei waren die heftigen Attacken des "Vorarlberger Tagblattes" auf den Landeshauptmann und seine Partei eher hinderlich. Im Sommer 1919, als Ender gerade in St. Germain die Unzuverlässigkeit der schweizerischen Anschlußfreunde erlebt hatte²⁰, schien Moltke der Zeitpunkt gekommen, sich Otto Enders anzunehmen. Er ersuchte vorerst seinen deutschnationalen Ansprechpartner Bruno Karrer - von Albert Ritter hielt er nicht viel und darin traf er sich mit der Meinung Otto Enders²¹, das "Tagblatt" möge seine scharfen und teils persönlichen Angriffe auf Ender einstellen.²³ Moltke setzte weniger auf das Schwabenkapitel als auf die Aktivitäten württembergischer Christpolitiker, besonders auf den württembergischen Landtagsabgeordneten Georg Locher - wie Ender ein CV-Mitglied. Locher hatte bereits Ende April/Anfang Mai 1919 mit Otto Ender Kontakt aufgenommen und diesen in Bregenz zu einem ausführlichen Gedankenaustausch getroffen. Locher resumierte in seinem Bericht, er habe den Eindruck bekommen, daß noch etwas zu machen sei. Allerdings müsse man sogleich Dr. Ritter beiseite schieben.²³ Locher meinte, Ender neige zwar zur Schweiz, wolle aber die Tür nach Württemberg offen halten. Er erhielt für seinen allerdings wenig erfolgreichen Plan, innerhalb der Vorarlberger Christlichsozialen eine pro-schwäbische Organisation auf die Füße zu stellen, auch Gelder zur Verfügung gestellt.

Locher war mehrmals in Vorarlberg, unter anderem intervenierte er - wie auch Generalkonsul Padel - gegen die

Volksabstimmung vom 11. Mai²⁴, doch ist er nicht der einzige württembergische Christpolitiker und CVer, der auf Ender angesetzt wurde. Vor allem ist der Konstanzer Rechtsanwalt Dr. Baur zu erwähnen, ein Schwager Georg Lochers. Baur und Locher trafen im August 1919 ihren Verbindungsbruder Otto Ender scheinbar zufällig im appenzellerischen Weißbad, wo sie "in unaufdringlicher Weise" auf die Schattenseiten des Schweizer-Anschlusses hinwiesen. Dr. Baur wollte auch ein vorarlbergisches Cartellverbands-Treffen besuchen - wohl wieder, um Ender oder andere führende Vorarlberger Politiker zu beeinflussen.²⁵ Beide dürften auch im Oktober bei Ender gewesen sein. Zumindest Baur's Aktivitäten waren gut bezahlt, erhielt er doch für eine ein- bis zweitägige Vorarlberg-Reise 100 Reichsmark samt Spesen.²⁶

Doch nicht nur die CV-Verbindungen kamen zum Tragen, sondern auch die etwas rauheren Bande, welche die deutschen Burschenschaften knüpften. So vermutet Nikolaus von Preradovich, Eugen, Hermann und Theodor Rhomborg aus der Dornbirner Textilindustriellen-Familie hätten als Mitglieder der Münchner Burschenschaft "Arminia" bei ihrem Verbindungsbruder Bürgermeister Otto Merkt aus Kempten eine Intervention beim Auswärtigen Amt in Berlin angeregt.²⁷

Die Propaganda

Wenn wir uns mit der Propagandatätigkeit der Deutschnationalen beschäftigen, dann tun wir das mit der Skepsis des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts, die schon lange gelernt hat, dem bloßen Worte zu mißtrauen. Die Ziele deutschnationaler Propaganda aus 1919 liegen offen vor uns: Verhinderung des Anschlusses an die Schweiz, Anschluß an Deutschland im Rahmen Deutschösterreichs oder Anschluß

Vorarlbergs an ein zu schaffendes Großschwaben. Wir kennen auch den Ausgang der Volksabstimmung vom 11. Mai 1919²⁸ und wissen, wie sehr die Verfechter dieser Ziele in der Minderheit blieben. Auch die Zeitgenossen wußten schon vor dem 11. Mai darum, deshalb betonten sie ja gerade die Qualität der Gegner des Schweizer-Anschlusses und nicht deren Quantität. Interessant ist der Versuch, in dieser Situation mit Hilfe intensiver Propaganda doch noch eine Mehrheit zu schaffen.

Betrachten wir die Argumente selbst, die in Zeitungen und Flugschriften verbreitet wurden, so herrschen zwei Stränge vor. Den einen bilden wirtschaftliche Themen, den anderen völkische. Die Frage nach dem Ursprung bzw. einem möglichen gemeinsamen Urgrund beider Argumentationsweisen kann hier außer acht bleiben, denn es ändert sich für unsere Betrachtungsweise nichts, wenn wir in der völkische Argumentation den bloßen Überbau der bürgerlichen Ökonomie erkannten. Die wirtschaftlichen Argumente - formuliert von Vertretern der Industrie - beschworen den Untergang der Textilindustrie bei einem Anschluß an die Schweiz und deren Aufblühen innert kurzer Frist bei einem solchen an Deutschland. Dazu kamen mit der Zeit noch Argumente, welche von der Wissenschaft gestellt wurden, etwa von Werner Sörgel in seiner Arbeit "Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Vorarlberg und Schwaben in der Vergangenheit" oder von Richard Mandler in seiner Dissertation über "Die Stickerei-Industrie Vorarlbergs".²⁹

Dr. Ernst Otto Berger erkundete im Auftrag des Deutschen Außenamtes im April 1919 die Lage in Vorarlberg. Er ging in seinem Bericht ziemlich ausführlich auf die von Riedmann vorgebrachten wirtschaftlichen Argumente ein, die für den Anschluß an die Schweiz sprechen sollten. Berger kommentierte Riedmanns Ausführungen und gibt die Bedeutung dieser Propaganda wieder:

"Soweit Riedmann. Man mag seine Argumente naiv und

sachlich falsch finden, aber man unterschätze ja nicht seinen Einfluß in Vorarlberg. Gerade seine wirtschaftlichen Konstruktionen finden blindes Vertrauen, sogar bei den Leitern anderer politischer Parteien. Es kommt nicht darauf an, ob Riedmann recht hat, sondern darauf, ob ihm das Volk glaubt, und das ist der Fall."

Einzig der Erfolg zählt in der Politik. Nicht was ist, ist der Fall, sondern was geglaubt wird. Dabei ist keineswegs alles erfunden, manchmal haben die Worte tatsächlich eine Entsprechung in der Wirklichkeit, manchmal bauen sie auf einem Stück Wirklichkeit ein eigenes Szenario auf, manchmal wiederum ist allein das Szenario die Wirklichkeit. Nur, wer vermag das immer zu unterscheiden?

Auch die Deutschnationalen arbeiteten mit solchen Propagandamethoden. In einer Zeit großer materieller Not war es allerdings schwierig, gegen ein Bild von der Schweiz anzukämpfen, das sich in den Köpfen der meisten Vorarlberger festgemacht hatte und in dem die Tische sich bogen, die Töpfe überquollen, wo alles von feinem Zigarrenduft durchzogen war. Ein Ansatzpunkt bot jedoch die Angst vor dem starken Franken, mit dessen Hilfe tatsächlich Schweizer in Vorarlberg billig kauften, was es zu kaufen gab - gleich wie heute Österreicher in Ungarn hamstern oder Touristen der Dritten Welt Reichtum vorspiegeln können.

Die Preußische Gesandtschaft in Stuttgart berichtete darüber:

"Schon die Art, wie von Schweizer Seite fast alles, was an Wertobjekten im Land war, von den Häusern und Gütern herunter bis auf die Spindeln der Hausindustrie, für wenige Franken weggekauft wurde, hat den hilfsbereiten Nachbarn wenig Liebe eingetragen. Ganz besonders erbittert aber hat die in rücksichtslosester Weise vorgenommene Kündigung der seinerzeit bei Beginn der Krise den Landwirten mit allen Mitteln aufgedrungenen und aufgeschwätzten Frankendarlehen."³⁰

Als 1922 der schweizerische Generalstab im Falle von Unruhen die Besetzung von Teilen Vorarlbergs plante, konnte der Generalstabschef dazu nicht die St. Galler Truppen vorsehen. Denn:

"Unter den St. Galler Truppen aber findet sich eine große Zahl Leute in allen Graden, die zur vorarlbergischen Bevölkerung persönliche Beziehungen hatten, die vielleicht während der letzten außergewöhnlichen Jahre nicht immer ganz einwandfrei waren. Es ist da an Schieberei und Auskauferei gar manches gegangen, was bei der Vorarlberger Bevölkerung in schlechtem Andenken steht, und es müßte als fehlerhaft gelten, nun gerade diese Leute als Nothelfer und Ordnungsstifter hinauszuschicken."³¹

Die schweizerischen Grenzgemeinden profitierten am meisten, und so verwundert es nicht, daß sich gerade in den Grenzgemeinden massiver Widerstand gegen einen Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz rührte.³²

Die deutschnationalen Anschlußgegner suchten dem Bild von der generösen, zuvorkommenden Schweiz gerade das Bild der geschäftstüchtigen, gierigen Schweizer entgegenzustellen. So berichtete das "Tagblatt" am 9. April 1919 von einer Versammlung der Anschlußfreunde im schweizerischen Au, wo die dortigen Bauern damit für einen Anschluß Vorarlbergs gewonnen werden sollten, daß ihnen Alprechte in Vorarlberg in Aussicht gestellt wurden. Das "Tagblatt" dazu:

"Unsere Alpen sind derzeit und schon lange mit unserem eigenen Vieh besetzt; wenn nun die Schweizer Nachbarn ihr Vieh auf unsere Alpen bringen, dann werden sie mit ihren Franken unseren Bauern ihre Alprechte abkaufen und unsere Bauern werden ihren Viehstand aufgeben oder sie werden ihr Hab und Gut im Tal mitsamt den Alpen den Käufern übergeben können. Ob das ein Glück für unseren Bauernstand sein wird?! Jedenfalls wird der Anschluß dadurch gründlich durchgeführt, wenn das Vorarlberg allmählich von dem Schweizer Geldsack aufge-

kauft wird und uns Vorarlbergern dann nur mehr der Wandersack übrig bleibt. - Wer den Nutzen aus dem Anschlusse zöge, ist klar: nicht wir, sondern die Schweizer."

Die Propaganda des Schwabenkapitels wandte sich mit unterschiedlicher Argumentation an verschiedene soziale Gruppen, so an Sticker und Kleingewerbetreibende, vor allem aber an zwei: die Bauern und die Arbeiter.³³

40 Prozent aller Erwerbstätigen waren Arbeiter, von der Landwirtschaft lebten ungefähr 30 Prozent der Vorarlberger.³⁴ Wie die Bauern sollten auch die Arbeiter sich, von der schieren Existenzangst gepackt, von der Schweiz abwenden. Fänden schon die Bauern keinen Absatz für ihre Produkte bei der Schweiz, weder für Vieh, noch für Molkereiprodukte, so drohte auch der Arbeiterschaft die Vernichtung ihrer Lebensgrundlage:

"Unsere Fabrikanten haben einmütig erklärt, der Anschluß an die Schweiz wäre gleichbedeutend mit dem Ruin dieses blühenden Industriezweiges. Diese Erklärung ist entscheidend für alle jene, die ihre Brot bis jetzt in der Fabrik verdienten. Sie müssen sich die Frage vorlegen, was dann, wenn die Fabriken stehen? Da unser Land ohne Fabriken nicht alle ernähren kann, nicht für alle Arbeit hat, so käme nur eines in Betracht: Auswanderung."³⁵

Die wenigsten dieser Argumente sind ein Beitrag zu einer vernünftigen, abwägenden Diskussion der Anschlußfrage, vielmehr zielen sie auf die emotionale Ebene, versuchen, Gefühle zu wecken, Angst und Hoffnung zumeist. Neben der schieren Existenzangst wurde auch mit den Schrecken des gerade überstandenen Krieges Propaganda getrieben. Ferdinand Riedmann, der Promotor des Schweizer-Anschlusses war vom Weltkrieg geprägt und um die Sicherung des Friedens besorgt. Er schrieb etwa, es sei die Pflicht eines jeden wahren Anschlußfreundes, dafür einzutreten,

"...daß möglichst allgemein, insbesondere aber bei der Jugend sich die Einsicht durchringt, daß der Krieg für den Kulturmenschen eine entwürdigende, mit Religion, Bildung und Moral nicht zu vereinbarende Leidenschaft ist, die nur dem Hasse entspringt..."³⁶

Im Organ der Schweizer-Anschlußbewegung, dem "Schweizer-Bund", wird schon früh vor deutschem Revanchismus gewarnt. In einem dort abgedruckten Brief heißt es:

"Ich bin Vater einer größeren Zahl heranwachsender Söhne. Schließen wir uns an Deutschland an, so werden diese meine Kinder seinerzeit im kommenden Kriege an der Westfront gegen die Franzosen verbluten müssen, dazu habe ich meine Söhne nicht erzogen, daß man sie mir wieder zusammenschießt."³⁷

Auch die Deutschnationalen suchten sich die Kriegsängste zunutze zu machen, nur sahen sie das anders:

"Die Vorarlberger wollen einem künftigen Kriege entfliehen; wahrscheinlich kämen wir gerade recht, denn es läßt sich nicht denken, daß die Scheidung der Nationen in der Schweiz kampflos vor sich gehen werde. Da ist die Wahrscheinlichkeit für eine friedliche Zukunft der jetzigen Generation viel größer bei einem Anschluß an Deutschland, denn seine Nachbarn haben trotz des siegreichen Ausganges des Krieges so schwere Verluste erlitten, daß auch sie wohl auf lange genug Krieg haben. Die Meinung aber, für alle Zukunft jedem Kriege entrinnen zu können, hat wohl die gleiche Berechtigung wie die Hoffnung, dem Tode entlaufen zu können."³⁸

Da klingen recht bedrohliche Untertöne durch, und man verspürt schon erste Anzeichen für jenes neuerliche deutschnationale Aufplustern, das über Hitler in den Zweiten Weltkrieg führte. Ihr Krieg war 1918 nicht zu Ende, sondern es begann nur die Zeit des Atemholens, bevor sich Deutschland wieder über die Welt hermachen konnte. Hans Nägele konnte im Mai

1919 noch ganz klar den Deutschen vom Feind scheiden. Er appellierte in einem seiner "Offenen Briefe an Herrn Lehrer Ferdinand Riedmann" noch skrupellos an deutsches Heldentum:

"Warum haben diese Staaten eigentlich viereinhalb Jahre lang mit Deutschland Krieg geführt? Unsere Feinde haben es doch immer und immer wieder deutlich erklärt: um das Deutsche Reich und das deutsche Volk zu vernichten. Millionen deutsche Männer sind als Helden gefallen, um dieses Ziel der Feinde zu verhindern. Und nun kommen Sie als Erzieher der deutschen Jugend in einem rein deutschen Lande in öffentliche Versammlungen und erklären, wir müssen die Bildung eines großen Deutschlands verhindern, weil unsere Feinde dies ebenfalls wünschen! Schämen Sie sich denn nicht, für die Zerstückelung Deutschlands einzutreten, um das deutsche Volk nach dem Willen seiner Feinde dauernd zu schwächen? Haben Sie denn ganz vergessen, daß Sie doch auch ein Deutscher - sein sollten? Wenn unsere Feinde mit allen Mitteln die Einigung aller deutschen Stämme in einem Staatswesen verhindern wollen, haben wir als Deutsche um so mehr die Pflicht, alles daran zu setzen, um diese Vereinigung endlich herbeizuführen. Wer die Geschäfte unserer Feinde besorgt, ist ein Landesverräter!"³⁹

Einen ganz besonderen Stellenwert hatte damals das "Völkische". Nägele, Ritter und Co. glaubten an ihr deutsches Volk. Nägele:

"An Geldschulden ist noch kein Volk zugrunde gegangen, wohl aber an innerlicher, an sittlicher Fäulnis. Unser Volk hat den dreißigjährigen Krieg überdauert, es hat sich nach Jena und Austerlitz wieder erhoben und wird auch nach diesem Kriege zu neuem Leben erblühen. ... Wenn sich auch Hölle, Tod und Teufel gegen das deutsche Volk verbünden sollten: Das Reich muß uns doch bleiben!"⁴⁰

Albert Ritter beschwor in seiner Rede zur Gründungsver-

sammlung des Schwabenkapitels am 30. April 1919 das "Alemannentum" der Vorarlberger. Die Befürworter des Anschlusses von Vorarlberg an die Schweiz jenseits des Rheins betonten gerade das - wie in der Schweiz - gemischte Volkstum. So gebe es neben den Alemannen ebenso den Schweizern verwandte Walser sowie "germanisierte Rhätoromanen" oder auch eine ganze Menge Leute von "ladinischem Gepräge"⁴¹. Auch Otto Ender meinte im März 1919 im Landtag, die Vorarlberger seien "teils Alemannen, teils Walser, teils germanisierte Romanen. In der Schweiz drüben finden wir genau dieselbe Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung und dieselbe Sprache..." Doch, so fügte Ender hinzu, mit Württemberg und Schwaben sei "ein Großteil des Landes ebenfalls enge stammverwandt."⁴²

Der "Werbeausschuß für den Anschluß an die Schweiz" sah in den Schweizern Alemannen und demzufolge "unsere nächsten Verwandten."⁴³ Die Deutschnationalen betonten ihrerseits gerade den "gemischtvölkischen" Charakter der Schweiz⁴⁴ und unterstellten der Schweiz, sie besorge die Geschäfte Frankreichs, also der Entente, des "Feindes".⁴⁵ Julius Rhomberg, Vertreter der Interessen der Industrie, schloß seine Rede am 30. April 1919 mit einem flammenden Appell ab:

"Man hat vom idealen Charakter der Schweizer Anschlußfrage gesprochen. Als in den Jahren deutscher Siege von den Häusern der Anhänger aller Parteien unseres Landes die schwarzweißroten Fahnen flatterten, als überall die Wacht am Rhein erklang, als alle sich begeistert als Deutsche fühlten, war das vielleicht keine ideale Bewegung? Und nun kommt man mit der spät entdeckten Liebe zur Schweiz daher, die immer mehr in den Einfluß der Entente kommt. In welschschweizerischen Blättern ('Journal de Geneve') ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Vorarlberg der Festungseckpfeiler gegen die deutsche Grenze werden soll. Für uns Vorarlberger ein

schöner Ausblick in die Zukunft! Wir, die wir mit Deutschland gekämpft und geblutet haben, wir sollen einmal die erste Meute sein, die aus diesem Eckturn auf Frankreichs Geheiß über die deutschen Gaue herfällt... Es erhebt sich in uns die heilige Pflicht, uns selbst und unseren Stammesbrüdern im Schwabenlande und der großen deutschen Heimat die Treue zu halten. Am Tage der ersten Wahl über die Anschlußfrage an die Schweiz werden wir nicht ihr zum Trutz, aber uns zu Nutz und Ehr - ein entschiedenes Nein! sprechen."⁴⁶

Die Industrie sah ihre Interessen bei Deutschland besser aufgehoben als bei der Schweiz, das hatte sie ausführlichst und oft genug dargelegt. Wenn sich der Obmann des Vorarlberger Industriellenverbandes zu solch deutschnationalem Pathos aufschwingt, dann wird deutlich, wie leicht aus klaren Gruppeninteressen eine zur allgemeinen Verbindlichkeit erhobene "heilige Pflicht" werden kann. Auch bliebe zu fragen, wo denn der Herr "mit Deutschland gekämpft und geblutet" hat, außer in seinem Kontor? Die Deutschnationalen selbst stellten an andere durchaus die Frage nach den Interessen, die sie hinter Wortgewölk zu verbergen suchten. Im "Tagblatt" vom 6. April 1919 vermuteten sie christlichsoziales Vormachtstreben hinter der Anschlußbewegung an die Schweiz:

"Ein klerikales Tirol, ein schwarzer Kanton Vorarlberg ist den Christlichsozialen natürlich lieber, als ein freiheitlich regiertes großes deutsches Reich. Es geht um die Zukunft des deutschen Volkes, aber die Klerikalen sind bereit, mit den Feinden Deutschlands, mit dem 'kirchenfeindlichen' Frankreich Arm in Arm zu gehen, nur um wenigstens in Tirol und Vorarlberg ihre klerikale Parteiherrschaft zu retten."

Doch die tatsächliche Politik unterscheidet sich meist von den markigen Worten und klaren Linien der Propaganda. Ganz selbstverständlich kontaktierte die Deutsche Außen-

politik Italien oder intervenierte gar beim Vatikan, um den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz zu behindern.

Anmerkungen

1. Zur Bedeutung der Wasserkraft siehe Bilgeri (1987), S. 49; Cohen (1975), 209; zu den Vorarlberger Illwerken siehe Dreier (1986), S. 140 ff.; zum Interesse des deutschen Kapitals Witzig (1973), S. 172 ff.
2. Zimmermann (1973), S. 117
3. Cohen (1975), S. 209
4. Ebda.
5. Siehe Witzig (1973), S. 173; zur Rolle von Auslandskapital in der Ersten Republik siehe die umfassende Arbeit von Matthes (1979), v.a. Abschnitt B S. 70-193
6. Cohen (1975), S. 215, 223 f.
7. Preradovich (1971), S. 60 f.; Zaugg-Prato (1982), S. 44 f.
8. Cohen (1975), S. 211 f.; Zaugg-Prato (1982), S. 61
9. Siehe Witzig (1973), S. 171, 167 f.
10. Cohen (1975), S. 211
11. Cohen (1975), S. 211
12. Cohen (1975), S. 223
13. Preradovich (1971), S. 94, Cohen (1975), S. 224
14. Zum Alpenverein siehe Preradovich (1971), S. 103
15. Preradovich (1971), S. 67-74
16. Karrer (1919)
17. Preradovich (1971), S. 74, 78, 91; Zimmermann (1973), S. 117; Cohen (1975) zitiert S. 225 Stelle aus einem Schreiben des deutschen Gesandten in Wien, in welchem eine diesbezügliche Äußerung Staatskanzler Renners wiedergegeben wird.
18. Witzig (1974), S. 174
19. Cohen (1975), S. 216
20. Vgl. den Abschnitt über die Eliten in diesem Band.
21. Cohen (1975), S. 214; Preradovich (1971), S. 76

22. Preradovich (1971), S. 78
23. Preradovich (1971), S. 77
24. Preradovich (1971), S. 66
25. Preradovich (1971), S. 87
26. Bericht Mollke an Legationsrat v. Grünau vom 1. Oktober 1919, S. 8; Faksimile im Anhang von Preradovich (1971)
27. Preradovich (1971), S. 85 f.
28. Vgl. den entsprechenden Unterabschnitt in diesem Band.
29. Sörgel, Werner: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Vorarlberg und Schwaben in der Vergangenheit. In: Heimat, Heft 6, Bregenz (= Kurzfassung der Dissertation); Mandler, Richard: Die Stickerei-Industrie Vorarlbergs. Diss. München 1923; vgl. zur wirtschaftlichen Argumentation auch den Abschnitt über das Schwabenkapitel.
30. Zit. nach Zimmermann (1973), S. 117; vgl. Witzig (1974), S. 145
31. Zit. nach Witzig (1974), S. 146
32. Ebda.
33. Siehe etwa Flugblatt in VT, 10. 5. 1919
34. Nach Dreier, Werner: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in Vorarlberg. Diss. Innsbruck 1984, S. 5 ff.
35. VT, 9. 5. 1919; in den Flugblättern und in zahlreichen weiteren Nummern des VT ganz ähnlich.
36. Aus Schweizer-Bund, Mitteilungen des Komitees "Pro Vorarlberg" in Bern und der Schweizer Anschlußfreunde in Vorarlberg, 1. Jg. Nr. 6, 1921
37. Ebda., 1. Jg. Nr. 4 vom 28. 5. 1921
38. VT, 9. 5. 1919
39. VT, 10. 5. 1919; VT, 4. 5. 1919 - hier ist von "Volksverräter" die Rede.
40. VT, 10. 5. 1919
41. Bamay (1988), S. 366 f.
42. VLSS, 14. Sitzung 1918/19 vom 15. 3. 1919
43. Flugblatt zur Volksabstimmung "Wie stimmen wir am Sonntag in der Anschlussfrage?", Nachlaß Pirker, VLA
44. Etwa in VT, 9. 5. 1919
45. Etwa Bruno Karrer in VT, 10. 5. 1919; auch VT, 3. 5. 1919; oder VT, 9. 5. 1919 - hier wird zusätzlich an antisemitische Gefühle appelliert.
46. VT, 3.5.1919

"Hör uns Helvetia"

Propheten vom "gelobten Land"

*Allein der Vortrag macht
des Redners Glück. (Goethe)*

Die beiden wichtigsten Propagandisten für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz waren der Lustenauer Lehrer Ferdinand Riedmann, der die Initialzündung für die ganze Bewegung gab, und der Bregenzer Professor Dr. Paul Pirker, der etwa ab April 1919 die aktivste Rolle spielte. Beider lebensgeschichtlicher Hintergrund soll im folgenden ein wenig ausgeleuchtet werden, damit ihre Motivlage und ihre politische Argumentation auch unter einem persönlichen Blickwinkel etwas besser verstanden werden können.

Riedmann - Der Kleinbürger als Volkstribun

Ferdinand Riedmann wurde am 20. Mai 1886 in Lustenau geboren. Sein Vater war Hafnermeister, gehörte also jener Lustenauer Berufsgruppe an, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts am absteigenden Aste war. Noch um die Mitte des Jahrhunderts hatte es in Lustenau an die 30 Hafnerbetriebe gegeben, doch das industriell gefertigte Geschirr und die besseren Verdienstmöglichkeiten in der Stickerei brachten das Ende für ein traditionsreiches Gewerbe.

Die soziale und wirtschaftliche Lage des Elternhauses hat vermutlich nicht nur Riedmanns spätere politische Haltung mitgeprägt, sondern ebenso sehr die Entscheidung beeinflußt, sich durch eine höhere Bildung bessere berufliche Perspektiven zu öffnen. Vom Elternhaus, in dem neun Kinder zu versorgen waren, gab es dafür allerdings keine finanzielle Unterstützung. Riedmann verdiente sich als Briefträger das Geld, das er zum Studium an der Innsbrucker Lehrerbildungsanstalt benötigte.



Sommer 1918: Riedmann noch als stolzer österreichischer Leutnant mit Gattin Karolina

Aus dieser sozialen Situation heraus, aus der erlebten wirtschaftlichen Deklassierung werden seine heftigen Ressentimentes gegen die "jetzt herrschende Macht, 'Modernismus' genannt," verständlich, die alles, "was Religion und Charakter" heiÙe, "in den Kot" ziehe'. Zu diesem Antimodernismus, der auch immer wieder in Riedmanns Stellungnahmen zur Kunst besonders unduldsam durchbrach, gehört andererseits ein beharrliches und energisches Streben, für sich und seinesgleichen den wirtschaftlichen und sozialen Abstieg aufzuhalten. So entwickelte Riedmann, nachdem er einmal die Kraft seiner Rednergabe erkannt hatte, ein ausgeprägtes Sendungsbewußtsein. Zudem hatte er sich schon früh verschiedene Arbeiten zur Volkswirtschaftslehre und zur sozialen Frage angelesen.²

All das und seine aus eigenem Erleben gespeiste Kenntnis der Stimmungslage weiter Bevölkerungskreise machten ihn zum erfolgreichen Volkstribun. Und neben dem Engagement für die Sache vereinigten sich in Riedmann persönliche Dispositionen, die den öffentlichen Auftritt forderten. Es war dies nicht sosehr ein Geltungsbedürfnis als vielmehr ein Drang zur Selbstinszenierung und ein Ringen um öffentliche Anerkennung. Zehn Jahre nach seiner "großen Zeit" veröffentlichte er ein Handbuch zur Gemeindepolitik, in dem die zukünftigen Gemeindepolitiker im Kapitel "Redner" folgendermaßen belehrt werden:³

"Lieber Redner! Du darfst nicht finanzielle Erfolge erhoffen. Auch keinen Dank für die Zukunft wirst Du ernten. Aber Deiner warten ganz eigene Freuden, wenn Du siehst, wie Du durch Deine eigenen Gaben Hunderte von Menschen auf Stunden hinaus geistig beherrschest und ihre Zuneigung auf dich konzentrierst. Du empfindest echtes Glück, wenn die leuchtenden Augen Deiner Hörer auf Dich gerichtet, keine Sekunde von Dir abgewendet, Dir sagen, daß Du ihre schlummernde Seele geweckt und erlöst hast. Du bist der Brennpunkt der Augenstrahlen, die

Du entzündet, Du bist der Knotenpunkt der gemeinsamen Gefühle aller Deiner Zuhörer. Du erzeugst, verbreitest und erweckst neue große Gedanken, Du bist die Wurzel der großen Werke. Du bist der Vermittler zwischen Führer und Volk. Du zeigst dem Volke den Zauberspiegel, in dem es die ideale Zukunft schaut. Du bist der Richter über die gewissenlosen Großen und der tapfere Held für die Besitzlosen. Du bist vielleicht der einzige Mensch, der einige Stunden des Lebens die wahre, echte Liebe einer größeren Menschengruppe gleichzeitig genießt. Und wenn Du all dieses erkannt hast und doch noch bescheiden bleibst, so bist Du ein Großer dieser Erde. Das ist Dein Lohn."

Wohl selten hat ein Politiker seine innersten Wünsche derartig offen preisgegeben und damit im nachhinein einen Motivbericht für sein öffentliches Engagement geliefert. Der kleine Bildungsaufsteiger stilisiert sich zum Messias, der "erlöst", zwischen oben und unten vermittelt, die Großen richtet und den Armen hilft und dafür mit allgemeiner Liebe beschenkt wird.

Inhaltlich bot Riedmann als Redner eine "Erlösung" in zwei der Religion entlehnten Schritten an: Erstens sollte ein tatkräftiger Antisemitismus als "Totalprogramm gegen die Moderne"⁴ aus den bestehenden Bindungen befreien, und zweitens die Schweiz als "Gelobtes Land" ein neues Leben ermöglichen.

Die Wirklichkeit jedoch gestaltete sich prosaischer. Der Landeshauptmann beispielsweise verzichtete auf Riedmanns Vermittlung - er empfand den erfolgreichen Wanderprediger eher als unerwünschten Störenfried, der ihm das politische Kalkül durchkreuzte und ihn zum Reagieren zwang.

Riedmann artikuliert die Ängste und Wünsche der ländlichen kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung wesentlich kraftvoller und ungebrochener als der Landeshauptmann selbst, der zur bürgerlichen Elite gehörte und not-

wendigerweise auch deren Interessen vertrat, selbst wenn das in der politischen Propaganda anders klingen mochte. Das spürten auch die Angesprochenen.

Doch zurück zu Riedmanns biographischen Stationen: Nach einem Probejahr in Alberschwende hatte Riedmann 1907 in Lustenau zu unterrichten begonnen und sich auch bald öffentlich engagiert. Da das Gehalt gering war und das Unterrichten die Arbeitskapazitäten des agilen Junglehrers keineswegs erschöpfte, gründete er 1911 mit seinen Brüdern in Lustenau ein Kino, die heutigen Rheinlichtspiele⁵. Trotz seiner öfters formulierten Abneigung gegen Erscheinungen der Moderne war er damit einer der Pioniere der neuen Zeit in seiner Heimatgemeinde geworden.

Im Sommer 1912 heiratete der Lehrer und Kinobesitzer die Lustenauerin Karolina Bösch. Die Hochzeitsreise führte das junge Paar in die Innerschweiz, wo Riedmann an den klassischen Orten der Schweizer Geschichte seiner Frau etwas von seiner Begeisterung für die Schweiz zu vermitteln suchte. Schon als Student hatte er bei einigen Schweiz-Reisen festgestellt, daß ihm die dortige Landschaft und die politischen und sozialen Verhältnisse mehr imponierten als jene in Österreich. Und daß er sich schon sehr früh überhaupt der Schweiz zugewandt hatte, hängt bestimmt mit seiner Lustenauer Herkunft zusammen. Den Höhepunkt der Reise bildete der Besuch der Telskapelle an der Axenstraße am südlichen Vierwaldstätter See, wo der Lustenauer Lehrer seine Entzückung schriftlich festhielt:

"Wie muß hier jedem Schweizer das Herz höher schlagen, wenn er jenes Denkmal der wahren Freiheit betrachtet. Auch mir, der ich mit mehr Liebe an der Schweiz als an dem korrumpierten Österreich hänge, tat es wohl, das Bewußtsein, daß es doch noch echte Denkmäler, von echten verehrenswerten Helden gebe."⁶

Die Erlebnisse der folgenden Jahre waren keineswegs dazu angetan, Riedmanns Österreichertum zu fördern. Auf Inter-

vention eines großdeutschen Lustenauer Gemeinderates wurde er bei Kriegsbeginn 1914 nicht wie andere Lehrer anfänglich zurückgestellt, sondern am 31. Juli 1914 im Zuge der ersten Mobilisierungswelle zum Kriegsdienst eingezogen. Bereits im Herbst desselben Jahres wurde seine Einheit an die russische Front verlegt und in ungeheuerlichen Gewaltmärschen geschunden. Die teilweise Mißhandlung der eigenen Leute durch österreichische Offiziere hat im Soldaten Riedmann ein unvergeßliches Gefühl zorniger Ohnmacht hinterlassen. So notiert er beispielsweise am 2. Oktober 1914:

"Ein Mann wurde wegen schmutzigen Bajonetts drei Stunden angebunden. Grauenhafte Strafe: Die Hände werden am Rücken zusammengebunden, dann an einem erhöhten Pfosten oder Haken befestigt, indem man den Bindestrick aufzieht bis der hängende Mann nur noch auf den Zehenspitzen stehen kann. Nach 1/4 bis 1/2 Stunde wird so jeder Sträfling bewußtlos."⁷

Damit hatte Riedmann Erfahrungen wiedergegeben, die ihm mit Tausenden von jungen Vorarlbergern gemeinsam waren und die er - wahrscheinlich als einer der wenigen ehemaligen Offiziere - ohne Beschönigung öffentlich aussprach. Die verherrlichende Legendenbildung über die k.u.k. Armee begann erst Jahre später breitflächig zu wuchern. Daß die Wirklichkeit innerhalb des Heeres die literarische "Soldatenherrlichkeit" nicht kannte, bezeugen auch die authentischen Tagebuchaufzeichnungen anderer Vorarlberger Kriegsteilnehmer.⁸

Nach schwerer Krankheit kam Riedmann noch an verschiedenen anderen Frontabschnitten zum Einsatz, ehe er aus Laibach kommend am 1. November 1918 in Linz die Ausrufung einer Republik erlebte. Die Bildung eines Staatsrates und die feierliche Republikerkklärung erfolgten allerdings erst etliche Tage später. Hier in Linz, berichtet Riedmann, habe er bereits am 2. November in einer Rede zu den Vorarlberger Soldaten erstmals den Anschluß an die Schweiz propagiert⁹.

Die zweite große Rede folgte am 13. November nach der Rückkehr in die Heimat und fand in Riedmanns eigenem Etablissement, den Rheinlichtspielen, statt.

Damit begann jener Abschnitt, den Riedmann selbst als seine große Zeit bezeichnete. Er hatte das Gesetz des Handelns an sich gerissen, zog als Propagandaredner durch das ganze Land, gründete den "Werbeausschuß für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz" mit zuarbeitenden Bezirks- und Ortskomitees und suchte Unterstützung auch auf Schweizer Seite. Die wichtigste Hilfestellung leistete ihm dabei der nach Zug ausgewanderte Vorarlberger Anton Wehinger-Riederer, der Riedmann bereits zu Weihnachten 1918 ein Dossier mit Argumentationshilfen zukommen ließ.

Wehinger hatte bei Schweizer Industriellen, Landwirtschaftsfunktionären und Verkehrsexperten informelle Meinungen zu einem eventuellen Anschluß Vorarlbergs eingeholt und daraus für Riedmann einen Katalog erstellt, der ein breites Spektrum an Wünschen, Einwänden und Sachargumenten enthielt". Wehinger selbst sparte auch nicht mit eigenen Ratschlägen, etwa jenem, die scharfen Attacken auf das alte Österreich einzustellen, um nicht jene Teile der Bevölkerung Vorarlbergs abzustoßen, die bisher treu zum Kaiserhaus gehalten hatten. Und tatsächlich ist festzustellen, daß Riedmanns scharfe Abrechnung mit der Monarchie in der Folgezeit in moderaterem Tone geschah als in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Daß Riedmann nicht nur seine öffentlichen Auftritte genoß und dabei Wirkung erzielte, sondern auch ein gewiegener Taktiker und umsichtiger Organisator war, zeigen am nachdrücklichsten die Sitzungsprotokolle des "Werbeausschusses". In diesem Gremium beherrschte er zumindest in den ersten Monaten die Szene nach Belieben. Als es etwa bei der konstituierenden Sitzung am 7. Dezember 1918 um die Wahl des Landesobmannes ging, begann Riedmann nicht ohne Koketterie seine Ambitionen zu unterspielen:

"Ich möchte der Sache nicht schaden. Es ist eine kitschige Sache, Stadt und Land in einer Sache zusammenzubringen. Ein Lehrer vom Lande bringt die Städter nicht dazu, ihm das nötige Vertrauen entgegenzubringen. Die Städte haben eine große Einwohnerzahl und einen großen Einfluß. In den Städten gibt es vielfach Männer und Vorteile, die das Land nicht hat. Dazu ist Lustenau ganz draussen. Ich werde ganz gleich mitarbeiten und helfen wo es nötig ist, wenn ich auch nicht Obmann bin."¹²

Einer der dreißig Sitzungsteilnehmer, nämlich Herr Stark aus Mäder, gab darauf die Antwort, die Riedmann vermutlich hören wollte:

"Das Fass ist im Rollen und woher kam es ins Rollen? In allen Rheingemeinden sagt man von Lustenau. Herr Lehrer Riedmann könnte die Obmann-Stelle ganz gut übernehmen, wir brauchen nicht immer Doktoren bei allem. Wir wollen uns die Sache nicht von oben herab geben lassen. Warum soll nicht der kleine Mann herauskommen? Ich kann nur den Wunsch äußern, Herrn Riedmann als Obmann zu wählen."¹³

Auf diese Worte hin ließ Riedmann sofort abstimmen, wurde gewählt und zog einen fertigen Aktionsplan für das weitere Vorgehen aus der Tasche. Dieser enthielt eine gezielte Medienarbeit ("Zeitungen bedienen") in Vorarlberg und der Schweiz, die Erstellung eines organisatorischen Unterbaues auf Bezirks- und Ortsebene, die Suche nach prominenten Fürsprechern aus verschiedenen sozialen Gruppierungen und Parteien und schließlich die gezielte Vorbereitung einer Volksabstimmung.

Erst gegen Ende 1919 versuchten die städtischen "Doktoren" den "kleinen Mann" aus Lustenau aus der politischen Arena zu verdrängen, nachdem er bis dahin in Sachen Schweiz-Anschluß Ton und Tempo angegeben hatte. Um die Jahreswende 1919/20 begann sich der Bregenzer Ortsauschuß selbständig zu machen. Der Exekutor dieser Maßnah-

me, Dr. Neubner, im Zivilberuf Mitarbeiter in der Rechtsanwaltskanzlei von Landeshauptmann Dr. Ender, forderte von Riedmann mehrfach die Herausgabe der Unterschriftenlisten zur Einleitung der Volksbefragung¹⁴. Zugleich teilte er Riedmann mit, daß die Organisierung der Schweizer-Freunde straffer werden müsse. Er, Neubner, habe diese Aufgabe übernommen, eine Mitarbeit Riedmanns unter den geänderten Voraussetzungen sei durchaus erwünscht. Riedmann scheint allerdings von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht zu haben. Hinter dieser Zurückdrängung Riedmanns ist nur unschwer die Handschrift des Landeshauptmannes zu lesen, der das selbstbewußte Auftreten Riedmanns von Anfang an als ungebührliche Störung seines Regierungskurses empfunden hatte.

In Enders autoritärer Gedankenwelt bedeutete das unkontrollierbare öffentliche Auftreten des Lustenauer Lehrers Insubordination. Noch Jahre nach dessen schließlicher politischer Demontage im Jahre 1924 demonstrierte Ender seine Abneigung gegen Riedmann durch augenfällige Geringschätzung. In seinem 1952 erschienenen Buch über die Schweiz- Anschluß-Bewegung spricht der ehemalige Landeshauptmann abwertend von "einem Lehrer Riedmann"¹⁵, während genehmere Personen von weit geringerer Bedeutung mit vollem Namen und Titel erwähnt werden.

Vorläufig, nämlich anlässlich der Gemeinderatswahlen vom Frühjahr 1919, war der populäre politische Kämpfer aber zumindest auf lokaler Ebene noch gut zu gebrauchen. Mit ihm als Wahlkampflokomotive gelang es der christlichsozialen Fraktion von Lustenau erstmals, die liberal-großdeutsche Rathausmehrheit zu kippen. Riedmann selbst wurde zum Vizebürgermeister und Finanzreferenten gewählt. Beide Funktionen begann er unverzüglich mit dem ihm eigenen Elan auszuüben.¹⁶

Riedmanns politisches Ende kam von "oben": Im Anschluß an ein vom Landesschulrat durchgeführtes Disziplinarverfahren

wurde er nicht nur als Lehrer suspendiert, sondern auch zur Niederlegung der politischen Ämter angehalten. Ob diesem Verfahren im Jahre 1924 tatsächlich eine dienstliche Verfehlung vorangegangen war oder ob der Präsident des Landes-schulrates, Landeshauptmann Dr. Ender, einen geringen Anlaß zur Ausschaltung Riedmanns benutzte, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Der betreffende Akt ist im Landes-archiv nicht mehr vorhanden.

Riedmann jedenfalls bestritt seinen Lebensunterhalt fortan als Grundstücks- und Darlehensvermittler, wobei ihm seine guten Kontakte in die Schweiz sehr zupaß kamen. Öffentlich aufgetreten ist er ab dieser Zeit nicht mehr, wenn man davon absieht, daß er seine Erfahrungen als Kommunalpolitiker in einem "Handbuch für den Gemeindepolitiker", allerdings unter einem Pseudonym, veröffentlichte.¹⁷

Für die Schweiz-Anschluß-Bewegung in ihrer aufregendsten Phase war Riedmann die unumstrittene propagandistische Zugnummer gewesen. Ohne institutionellen Rückhalt zwang er den politischen Machthabern über weite Strecken seinen Willen auf. Er war der selbsterwählte Sprecher der bis dahin schweigenden Mehrheit, sein Gedankengut war ein klassisch kleinbürgerlich-christlichsoziales: antisozialistisch und antikapitalistisch zugleich, allen Erscheinungen der Moderne gegenüber skeptisch bis ablehnend, in religiösen Angelegenheiten unduldsam, aber dem Klerus gegenüber durchaus nicht unterwürfig, antisemitisch.

Was ihn aber von vielen seiner Parteigänger unterschied, war sein furchtloses Engagement für ein politisches Modell, das er für gut hielt; das war sein unbotmäßig-selbstbewußtes Auftreten, als die Autoritäten Raison forderten; und das war schließlich sein beharrliches Festhalten an einer politischen Vision, in der sich wirtschaftlicher Vorausblick und rückwärtsgewandte Ideologie vereinten, und das noch zu einem Zeitpunkt, als der Schweizer-Anschluß-Zug schon längst ohne Vorarlberg abgefahren war.

Bis Mitte des Jahres 1921 hat Riedmann in rührender Einsamkeit die Zeitung "Schweizer-Bund" herausgegeben. Darin hat er nicht nur die Mehrzahl der Artikel selbst verfaßt. Zum Schweizer Nationalfeiertag hat er sogar ein feierliches "Vorarlberger Bundeslied" gedichtet, das - wie die Schweizer gefordert hatten - den "idealen Charakter"¹⁸ der Anschluß-Bewegung nachdrücklich bekräftigen und die Vorarlberger vom Ruf der Wirtschaftsflüchtlinge befreien sollte. Zugleich demonstriert dieses Gedicht Riedmanns Möglichkeiten im Bereich der pathetischen Rhetorik:¹⁹

Hör uns Helvetia
Söhne, die dir so nah
Hilf uns befrein!
Wir sind vom gleichen Blut,
Schützen der Freiheit Gut,
Streben mit Mannesmut,
Schweizer zu sein.

Schirm' uns Helvetia,
So oft Gefahren da
Sei unser Hort!
Wenn unsres Blutes Drang
Sprengt der Knechtschaft Zwang,
Sprich dann beim Glockenklang,
Frei uns das Wort.

Führ' unser Heimatland
Mutter mit sicherer Hand
Aus aller Not!
Mutter dir schwören wir,
Bleiben als Söhne dir
Dankbar und für und für
Treu bis zum Tod.

Lodert ihr Feuer heut'
Die ihr den Schwur erneut,
Schweizer zu sein.
Bringet der Welt die Kund',
Daß unser Schweizer-Bund
Reichet in dieser Stund'
Über den Rhein.

Dr. Paul Pirker - Der Freigeist als Agitator

Ein armer Handwerksbursch aus dem Kärntner Drautal ließ sich im Jahre 1877 als Schmied in Bregenz nieder und heiratete die einheimische Bürgerstochter Katharina Rienzler. Durch Sparsamkeit und Fleiß brachten es die beiden zu einem gewissen Wohlstand, der durch eine gediegene Berufsausbildung für die drei Kinder auch nach außen hin demonstriert wurde.

Der älteste Sohn Paul, geboren am 18. November 1880, besuchte bis zur sechsten Klasse das Feldkircher Gymnasium, ehe er nach einem Studentenstreik zusammen mit einigen Kollegen von der nationalen Studentenverbindung "Nibelungia" von der Schule verwiesen wurde. Wie andere Vorarlberger auch beendete er das Gymnasium schließlich in Freistadt in Oberösterreich. Nach Ableistung des Militärdienstes bewarb er sich ohne Erfolg um Aufnahme in die Wiener Konsularakademie. Während seines nun folgenden Lehramtsstudiums war er auch Hauslehrer für einen jüdischen Fabrikantensohn, wodurch er Einblick in die Lebensverhältnisse des Wiener Großbürgertums um die Jahrhundertwende erhielt. Außerdem konnte er in dieser Stellung jährlich eine größere Reise in verschiedene europäische Länder unternehmen. Nach einem Studienjahr in Grenoble begann Pirker schließlich in Karlsbad und ab 1910 in Pola zu unterrichten.²⁰

Schon bevor er in den Kriegsjahren an unterschiedlichen Fronten zum Einsatz kam, hatte er also weite Teile Europas

gesehen, kannte bürgerliche Salons ebenso wie Offiziersmessen, war umfassend belesen und sprach Französisch und Italienisch. Er war ein Kind der Habsburgermonarchie, die er in nahezu allen sozialen Schichtungen und in der gesamten geografischen Ausbreitung kennen und schätzen gelernt hatte. Obwohl er sich in diesem Staate eingerichtet hatte, stand er etlichen Erscheinungen sehr kritisch gegenüber: Er gab sich für einen Staatsbeamten unkonventionell, verweigerte von seiner intellektuellen Position aus die trennscharfe Abgrenzung zwischen dem liberalen und christlichsozialen Lager und traf immer wieder spontane Entscheidungen von erheblicher Tragweite.

So auch im April 1919. Als ihm bei der Gründungsversammlung des "Schwabenkapitels" das Wort entzogen wurde, wandte er sich anfangs aus "persönlicher Kränkung"²¹ und dann mit immer stärker werdendem Elan dem Schweiz-Anschluß zu. Am 6. Mai hielt Pirker im Bregenzer Hotel Central seine erste große politische Ansprache, bei der er sich selbst in eine solche Begeisterung redete, daß noch viele weitere folgen sollten.

Zeit dazu hatte er, da er wie viele andere Kriegsheimkehrer noch keine Anstellung gefunden hatte. Im Herbst 1919 bewarb er sich um eine Lehrerstelle am Feldkircher Gymnasium und erhielt schließlich den Zuschlag, obwohl der Lehrkörper zwei anderen Bewerbern den Vorzug eingeräumt hatte. Ob der Landesschulrat mit dieser Entscheidung Pirker für seine Werbetätigkeit belohnen oder seine öffentlichen Aktivitäten eher bremsen wollte, ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls hatte auch Pirker ab 1920 seine politische Schuldigkeit getan. Noch stattfindende Auftritte wurden amtlicherseits als Störung der offiziellen Politik empfunden, der Spielraum für freischwebende Geister wurde zusehends enger. Das bekam Pirker zu spüren, als er 1925 in die Sowjetunion reiste, um sich ein eigenes Bild vom dortigen Kommunismus zu machen²². Auch in der Schule wurde ihm sein eigenwilliges Auftreten zunehmend verübelt.



Im Jahre 1947 ließ sich Dr. Paul Pirker von Hans Strobl porträtieren und auf dem Bild seinen Einsatz um die Rettung von Bregenz vermerken. Pirker hatte nämlich am 1. Mai 1945 die französischen Befreiungstruppen über den Haggen nach Bregenz geführt.

Wie sehr er schließlich in landesherrliche Ungnade gefallen war, zeigt der folgende Fall: Während Pirker zur Zeit der Blüte des Anschluß-Gedankens in seinen öffentlichen Reden ohne jede Beanstandung gegen das ehemalige Kaiserhaus und die Verhältnisse während der Zeit der Monarchie gewettert hatte, wurde er von Landeshauptmann Dr. Ender in dessen Funktion als Präsident des Landesschulrates 1933 offiziell dafür gerügt, daß er in einer Unterrichtsstunde Kaiser "Ferdinand den Gütigen" als "Ferdinand den Trottel" bezeichnet hatte. In der Begründung der amtlichen Rüge wurde Pirker vorgeworfen, "ein regierendes Mitglied des früheren österreichischen Kaiserhauses unter einem verächtlich machenden Beinamen angeführt" und damit gegen die Lehredienstpragmatik verstoßen zu haben²³.

Pirkers Disziplinierung ist nicht die einzige Parallele zu Riedmann. Trotz unterschiedlicher lebensgeschichtlicher Erfahrungen verfolgten sie nicht nur ein gemeinsames politisches Ziel, auch etliche Persönlichkeitsmerkmale kennzeichneten die beiden, wobei Pirker in allem die feinere, gewandtere, weltläufigere Variante verkörperte. Beide waren sie für ihren jeweiligen Status überdurchschnittlich gebildet, überdurchschnittlich selbst- und sendungsbewußt, beide genossen sie ihre Auftritte im öffentlichen Rampenlicht nicht ohne Eitelkeit, beide waren sich der Wirkung ihrer rhetorischen Fähigkeiten voll bewußt und führten auch eine spitze Feder. Beide waren sie keine bedingungslosen christlichsozialen Parteigänger, ihre Eigenwilligkeit ließ Unterordnung nur bedingt zu. Keiner von beiden hat deshalb politische Karriere gemacht.

Beide waren sie Männer der Stunde, die die Stimmung der Bevölkerung spontan und kräftig zu artikulieren vermochten. Nicht offizielle politische Gremien waren ihre Wirkungsstätten, sondern die hitzige Atmosphäre von überfüllten Wirtshaussälen, in denen sie den Wettbewerb des Wortes suchten.

Riedmann feierte seine Triumphe im ländlichen Raum. Seine

Argumentation vereinfachte und vergrößerte je nach Bedarf, vieles in seinen Reden – z.B. Zahlenangaben über Steuerleistungen oder Kriegsschulden – hielt einer genaueren Überprüfung nicht stand. Dem Demagogen geht es aber nicht um Wahrheit, sondern um Wirkung.

Pirker dagegen ging nicht über die Dörfer, er war fürs gehobene Publikum zuständig, deshalb in seiner Argumentation fundierter, im Ton geschmeidiger, in der Sache aber um nichts nachgiebiger; in der entscheidenden Situation aber kein Putschist.²⁴ Sie beide waren es, die als Wanderprediger den Anschlußgedanken verkündeten, die Bevölkerung mobilisierten und die Politiker zum Handeln zwangen. Nicht immer in ihrem Sinne allerdings. Die Verwirklichung ihrer Vision blieb ihnen vorenthalten. Das ist ihnen mit vielen berühmteren Volkshelden gemeinsam, die sich allesamt mit dem Rückfall in die Bedeutungslosigkeit nicht leicht taten. Unsere unbedankten Helden fanden immerhin in der schriftstellerischen Selbst- und in der historiographischen Fremddarstellung eine bescheidene Entschädigung.

Anmerkungen

1. Ferdinand Riedmann, Familienbuch der Familie Riedmann-Bösch, Handschr. Manuskript im Riedmann-Nachlaß im VLA.
2. Laut Witzig (1974), S. 25 hatte Riedmann Werke der Volkswirtschaftler Heinrich Peesch und Adolf Wagner, die grundlegenden Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels und die christlichen Sozialprogramme von Alois Liechtenstein und Karl Vogelsang gelesen.
3. Jakob Vitze (Pseudonym für F. Riedmann): Gemeindepolitik. Dornbirn 1930, S. 171
4. Kurt Greussing: Der ewige Antisemit - heillos. Überlegungen zur Dynamik des jüdenfeindlichen Vorurteils, in: Dreier (1988), S. 303
5. Vgl. Bösch (1977), S. 9
6. Familienbuch Riedmann, VLA Nachlaß Riedmann
7. Ebenda
8. Vgl. beispielsweise die bisher nur teilweise veröffentlichten Kriegstagebücher der Brüder Romedius, Franz und Rudolf Wacker aus Bregenz.
9. Familienbuch Riedmann, o.S., VLA, Nachlaß Riedmann
10. Ebenda
11. Siehe Nachlaß Riedmann, VLA
12. Protokoll über die Versammlung zur Konstituierung des provisorischen Landes-Werbe-Ausschuss, verfaßt von Rudolf Hofer, im Riedmann Nachlaß, VLA
13. Ebenda
14. Briefe Neubners vom 21.11.1919 und 20.3.1920 im Riedmann Nachlaß, VLA
15. Ender (1952), S. 7
16. Vgl. Nachruf in den Vorarlberger Nachrichten, 22.3.1968
17. Jakob Vitze, Gemeindepolitik. Dornbirn 1930.
18. Neue Zürcher Zeitung, 19.4.1919
19. Schweizer-Bund 8/1921
20. Pirker (1947), S. 7-88
21. Ebenda S. 113
22. Gespräch mit Frau Ida Lill, geb.Pirker(†) am 26.9.1985
23. Schreiben des Landesschulrates für Vorarlberg vom 15.2.1933, ZI.183/1, Nachlaß Pirker (Privatbesitz)
24. Vgl. Pirker (1947), S. 125

Der deutsche Anschluß

Deutsch - in unverbrüchlicher Treue

Der Deutschnationalismus bis 1918

Vorarlberg in der Monarchie: Ein deutsches Land, Teil der deutschen Nation - darin zumindest stimmte die politische Elite vor dem Spätherbst 1918 weitgehend überein.

Im "Boten für Tirol und Vorarlberg" vom 19. 1. 1849 formulierten die Liberalen ihre Vorstellungen für den Fall eines Zusammenschlusses aller Deutschen:

"Dann aber wollen wir allerdings keine Vorarlberger mehr kennen, aber auch keine Tiroler, sondern nur ein einziges, großes, deutsches Volk."

Einige Monate vorher hatte sich mit dem Dornbirner Arzt Dr. Mathias Schmidt der Kandidat der Liberalen für die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt in einem Vortrag so deklariert:

"Nicht der halbe, nein! der ganze Anschluß an Deutschland ist für Österreich zur Lebensfrage geworden, damit es durch Deutschland gestärkt, seinen Einfluß in Italien, Ungarn und Polen behält! Ganz und nicht halb muß es sich entschließen, damit es durch das Übergewicht deutscher Bildung und deutscher Gesittung die slawischen Bestandteile im Osten und Süden allmählich assimilieren könne."

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wandelte sich das ursprünglich egalitäre Konzept einer deutschen Nation - als dem gleichberechtigten Zusammenschluß aller Deutschen - immer mehr zum aggressiven Anspruch auf Vormachtstellung dieser Nation gegenüber anderen.

Dr. Albert Ritter aus Weiler - wir werden ihn noch als eifrigen und eifernden Verfechter des Anschlusses von Vorarlberg an Deutschland kennenlernen - forderte, nachdem er mit zwei Stickereibetrieben im vorarlbergischen Weiler und in Götzis

Konkurs gemacht hatte,² 1913 in seinem Buch "Berlin-Bagdad. Neue Ziele für die mitteleuropäische Politik" ein noch weiteres Ausgreifen des deutschen Nationalismus: Unter deutscher Führung sollte Mitteleuropa zusammengeschlossen werden, diese Großmacht wäre nicht nur jedem Gegner gewachsen, sie könnte vielmehr über den Balkan hinaus bis in die Türkei hinein, ja noch weiter bis nach Bagdad ausstrahlen - es entstünde so eine Vormacht und Schutzmacht Vorderasiens.³

Die liberal-deutschnationale Bewegung setzte sich vor allem aus Fabrikanten und Kaufleuten sowie aus dem Bildungsbürgertum zusammen, also aus Beamten, Ärzten, Juristen, Lehrern und - später - der Mehrzahl der Angestellten. Ihr gehörten aber auch zahlreiche Handwerksgesellen an und mancherorts auch Bauern. Sie war nicht nur in der liberalen Partei, sondern ebenso in zahlreichen Vereinen organisiert, nicht nur in ausdrücklich politischen wie dem "Patriotischen Verein der Volksfreunde"⁴ oder in der politischen Partei, sondern vor allem in den ab 1842 entstehenden Gesangs- und Turnvereinen oder in der 1869 gegründeten Sektion Vorarlberg des Deutschen Alpenvereins.⁵ Zentren der liberalen Bewegung waren die drei Städte Bregenz, Feldkirch und Bludenz, sowie einige Industrieorte. Doch auch in manchen Landgemeinden, so in Lingenau und vor allem in Hittisau oder im Innerbregenzerwald, fand sie Resonanz.⁶

Als die Liberalen 1861 im neu errichteten Vorarlberger Landtag die Führung übernahmen, taten sie das als die Vertreter der Moderne, der sich immer rascher industrialisierenden Welt, eines Vorarlberg im Umbruch. Die Vormacht im Landtag bedeutete jedoch keineswegs eine stabile Mehrheit in der Vorarlberger Bevölkerung, setzte sich doch der Landtag nach dem Censurwahlrecht zusammen, welches eine ökonomisch einflußreiche Minderheit bevorzugte.⁷ 1870 nahm die katholische Gegenbewegung den Liberalen die Mehrheit im Landtag ab, ab 1890 stellte diese konservative politische

Bewegung - sie nannte sich 1896 dann christlichsozial - auch den Landeshauptmann.⁸

Wie für die Liberalen/Deutschnationalen war auch für die Katholisch-Konservativen bzw. Christlichsozialen Vorarlberg ein deutsches Land, zwar durchaus selbständig, durch den eigenen "alemannischen" Volkscharakter von den "bayuvarischen" Tirolern geschieden, aber doch wieder vereint in der großen deutschen Nation. Katholisch, deutsch und kaisertreu, das waren die Eckpfosten der konservativen Weltanschauung. Im "Vorarlberger Volksblatt", ihrer Zeitung, gaben die Christlichsozialen für die Wahl vom 11. Jänner 1901 den Slogan aus:

"Gut deutsch, gut christlich, gut österreichisch".⁹

Der Bludenzer Josef Wichner dichtete:

Am jungen Rhein,
Am deutschen Rhein
Stehn Habsburgs feste Mauern:
Heil, Österreich, Heil!"¹⁰

Das deutsche Nationalbewußtsein zielte durchaus auch auf im Lande lebende Minderheiten, etwa auf die 10.000 Italienerinnen und Italiener, welche überwiegend von der Textilindustrie, aber auch vom Baugewerbe seit 1870 als Billigarbeitskräfte aus dem Trentino ins Land geholt worden waren und nun "germanisiert" werden sollten. Der Christlichsoziale Josef Ölz meinte am 3. Februar 1898 im Vorarlberger Landtag:

"Ich bin der Anschauung, daß die Herren Welschen, die in unser Land hereinkommen, hier Deutsche werden sollen. Man kann das gerade nicht von ihren Alten verlangen. ... Aber das müssen wir verlangen, daß die Jungen Deutsch lernen; wir müssen hier germanisieren."

Im Ersten Weltkrieg standen dann die Deutschen beider Kaiser Schulter an Schulter im, wie das "Vorarlberger Volksblatt" am 2. August 1914 formulierte, "Kreuzzug gegen halb-

asiatische Unkultur". Wieder ging es gegen die "Welschen", so konnte man am 1. Juli 1915 im deutschnationalen "Vorarlberger Volksfreund" lesen:

"O Herr, hilf uns besiegen
Die falsche, welsche Brut,
Straf' für Verrat und Meineid
Sie nun durch uns'ren Mut."²

Am 11. August 1918 trafen sich noch Christlichsoziale und Deutschnationale in der Dornbirner Mohrenhalle zum "Vorarlberger Deutschen Volkstag". Das "Volksblatt" widmete der Veranstaltung gleich mehrere Ausgaben, der Bericht vom 13. August 1918 beginnt so:

"Die Mohrenhalle in Dornbirn hat wohl noch nie eine solche Massenversammlung von deutschen Männern gesehen, wie am gestrigen Sonntag. Und aus allen Gauen des Landes sind sie zusammen geströmt, aus dem Unter-, Ober- u. Innerlande, aus dem Bregenzerwald, dem Montafon und dem Klostertal, und alle Stände waren vertreten, Arbeiter, Bürger und Bauern, Lehrer, Akademiker und Geistliche."

Doch habe die Veranstaltung "sachliche Ruhe", "kühle Besonnenheit" gekennzeichnet:

"Wir Alemannen vor dem Arlberg lieben nicht den Hurra-Patriotismus, dazu sind wir zu nüchtern, aber trotzdem bekennen wir uns, wie das gestern des öfteren zum Ausdrucke kam, rückhaltlos zu Staat und Dynastie."

Die Redner vor dem Volkstag waren Spitzenvertreter der beiden bürgerlichen Parteien: Der christlichsoziale Reichsratsabgeordnete Jodok Fink sowie sein Parteifreund, der aufstrebende Rechtsanwalt und Direktor der Landeshypothekenbank Dr. Otto Ender. Für die Deutschnationalen sprachen der langjährige Bregenzer Bürgermeister Dr. Ferdinand Kinz sowie der Dornbirner Dr. Franz Feierle.

Der "Volkstag" verabschiedete eine EntschlieÙung, welche

von den Vertretern beider Parteien ausgearbeitet worden war. Darin entboten die Teilnehmer "all den wackeren und heldenmütigen Verteidigern des Vaterlandes treudeutschen Gruß und herzinnigen Dank und hoffen im Hinblick auf die ruhmreichen Waffenerfolge, die die Armeen des Vierbundes immer wieder an ihre Fahnen geheftet, auf einen baldigen ehrenvollen Frieden, würdig der unsäglichen Opfer an Gut und Blut, die besonders das deutsche Volk Österreichs während der schweren Kriegsjahre gebracht hat. Mit der gleichen Innigkeit entsendet der Volkstag seinen Gruß unseren Verbündeten, besonders den Stammesbrüdern in dem mit uns in Treue verbundenen deutschen Reiche."

Das "auch in sturmbewegter Zeit so glänzend bewährte Bündnis mit dem Deutschen Reiche" wurde beschworen sowie seine "zielbewußte Vertiefung" und der "weitere Ausbau desselben sowohl in militärischer, als in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht" gefordert.

Die Entschliebung enthält eine Reihe von Forderungen, die einerseits vor dem Hintergrund des heißentbrannten Nationalitätenkampfes in Österreich-Ungarn zu sehen sind, andererseits weitverbreiteten Vorurteilen - etwa dem Antisemitismus - entstammen.

Da heißt es etwa:

"Die weitere Verwelschung deutscher Gebiete in Österreich, insbesondere unseres Alemannenlandes Vorarlberg muß mit allen erlaubten Mitteln und durch einmütiges Zusammenwirken aller in Frage kommenden Kräfte hintangehalten werden. ...

Wir verlangen und begrüßen den Zusammenschluß aller deutschen Volksgenossen und der sämtlichen deutschen Parteien Österreichs zur Durchsetzung der vorausgestellten Forderungen. ... Wir verlangen, daß die Abgeordneten sämtlicher deutscher Parteien Österreichs einmütig und rücksichtslos die völkischen und wirtschaftli-

chen Belange des deutschen Volkes in Österreich zu wahren und durchzusetzen bestrebt sind. ...

Wir verlangen ferner, daß endlich ein zielbewußteres Ernährungssystem Platz greift und daß das darbende Volk in diesem Staate, und das ist in erster Linie das deutsche, endlich einmal wirksamer geschützt werde gegen jene Parasiten, deren Wiege zumeist im Orient gestanden und die wie die Hyänen des Schlachtfeldes die Not des Volkes ausnützen und das christlich arische Volk in schamloser Weise bewuchern.

Zur Erreichung dieser Bestrebungen ist der Zusammenschluß aller Deutschen zur Notwendigkeit geworden. Auf keinen Fall werden wir Deutsche die Flinte ins Korn werfen, wir werden uns auch trotz aller Wühlarbeit nicht wankend machen lassen in unserer Treue zum Staate und zu unserer angestammten Dynastie. Aushalten und durchhalten wollen wir, weil wir durchhalten müssen, trotz aller Bitternis, die aus allen Reden heraus geklungen ist. Unsere Nachkommen sollen von uns nicht sagen können, daß eine so große Zeit, wie wir sie durchleben, hier bei den Alemannen vor dem Arlberge ein kleines Geschlecht gefunden habe."¹³

Das ist deutsch-nationaler Original-Ton, Maulheldentum der Etappe, Durchhaltepolitik im Warmen. Die draußen an der Front waren, wo täglich gestorben wurde, wo es an allem fehlte, wo die Offiziere in unsäglicher Arroganz mit den einfachen Soldaten umgingen, die sahen das durchaus anders. Sowohl in seinen privaten Aufzeichnungen als auch immer wieder in öffentlichen Äußerungen kam Ferdinand Riedmann auf die Schrecken des Krieges, auf die Schinderei und Mißhandlungen von Soldaten durch die Offiziere zurück. Auch für Paul Pirker, seinen Mitstreiter, war diese deutsch-nationale Begeisterung nichts anderes als "Geschichtsklitterung":

"Wer in der österreichischen Armee diente, der weiß, wie bis zum Zusammenbruch ein tiefer Riß zwischen der

Also merkt es Euch, Vorarlberger.

In wirtschaftlicher Hinsicht erklären die Fachleute, daß unsere Viehzucht, unser Obstbau, Stüderei und sonstige Gewerbe, Fremdenverkehr und Fabrikindustrie, alle den **größten Schaden** hätten, zum Teil dem Untergang verfallen werden, wenn sich Vorarlberg der Schweiz anschließen würde, daß ein großer Teil der Bevölkerung auswandern müßte und unser Besitz in fremde Hände käme.

In politischer Hinsicht verbietet es uns die Klugheit, noch einmal einem gemischt-sprachigen Staate beizutreten, nachdem wir den furchtbaren Verfall Oesterreichs als Folge seiner nationalen Strettigkeiten mitgemacht haben.

Wenn Ihr nun nicht unbedacht entscheidet, sondern Kopf und Herz befragt, Vorarlberger, dann antwortet Ihr auf die Frage, ob Ihr zur Schweiz wollt, mit

Nein!

Das Schwabenkapitel versuchte in seiner Wahlwerbung vor allem Bauern, Sticker und Gewerbetreibende umzustimmen. Von diesen Bevölkerungsgruppen wurde besonders angenommen, daß sie nach der Schweiz orientiert waren.

deutschen und österreichischen Armee herrschte, wozu allerdings das selbstbewußte, schroffe Auftreten der Deutschen viel beitrug."¹⁴

Doch so völlig ist Paul Pirker nicht im Recht, wenn er den Deutschnationalismus zur bloßen Geschichtsklitterung erklärt. Denn er existierte tatsächlich, doch möglicherweise weniger an der Front unter den einfachen Soldaten als innerhalb der militärischen und der zivilen Elite zu Hause.

Mit Industrie und Intelligenz nach Deutschland

Mit der Ausrufung der Republik Deutschösterreich und der damit verbundenen Anschlußerklärung an das Deutsche Reich schien der deutschnationale Traum in Erfüllung zu gehen. Daher verwundert es nicht, daß die beginnenden Aktivitäten des Werbeausschusses für den Anschluß an die Schweiz sofort auf dezidierten Widerstand der Deutschna-

tionalen stießen. Als erstes erhob eine mächtige Gegnerin des Schweizer-Anschlusses ihre Stimme: die Vorarlberger Industrie. Am 29. November 1918 faßte die Vollversammlung der "Sektion Vorarlberg des Reichsverbandes der österreichischen Industrie" einstimmig folgende Beschlüsse:

"Die Vorarlberger Industrie lehnt bei voller Sympathie für den Schweizer Nachbarstaat einhellig den politischen Anschluß an die Schweiz ab. Sie strebt den Anschluß Vorarlbergs an die große deutsche demokratische Republik als Zusammenschluß aller deutschen Sprachgebiete an. Die Form dieses Anschlusses muß Vorarlberg selbst entscheiden können."¹⁵

Am 7. März 1919 wandte sich, wie wir bereits gesehen haben, der Industriellenverband direkt an den schweizerischen Bundesrat und orientierte ihn über die ablehnende Haltung, die neuerlich von der Vollversammlung am 6. März eingenommen worden war. Die Argumentation zeigt ganz klar und deutlich die wirtschaftlichen Motive: Die Industriellen fürchteten den Verdrängungswettbewerb mit der schweizerischen Industrie: Denn dominierte in Vorarlberg noch immer die Textilindustrie, so verfügte die Schweiz bereits über eine vielfältige Industrielandschaft, hatte doch dort der zweite industrielle "Take off" stattgefunden und sich statt der Textilindustrie immer mehr Metallverarbeitung, Maschinenbau etc. etabliert.

Die Vorarlberger Industriellen suchten nach dem Verlust des großen Marktes der Monarchie den neuen großen Markt des Deutschen Reiches. Nicht einmal die in weiten Teilen Deutschlands ausgebrochenen revolutionären Unruhen vermochten die Vorarlberger Industriellen zu verunsichern - sie schätzten sie völlig zu Recht als "vorübergehende Wehen einer Revolution" ein.¹⁶

Ab der Jahreswende 1918/19 gewann die deutschnationale, zunächst allgemein gegen den Vorarlberger Sonderweg eines Anschlusses an die Schweiz gerichtete Propaganda an

Intensität, nicht zuletzt durch die Gründung des "Vorarlberger Tagblattes". Bis dahin war vor allem der "Vorarlberger Volksfreund" das Medium der deutschnationalen Agitation gewesen.¹⁷

Im "Tagblatt" rechnete mit Dr. Hans Nägele ein engagierter Deutschnationaler und im Laufe der kommenden Jahre recht einflußreicher Publizist¹⁸ mit der Schweizer-Anschlußbewegung in offenen Briefen ab. Er behauptet etwa, der Anschluß an die Schweiz bedeute den "wirtschaftlichen Untergang", in der Schweiz drohe die Überfremdung, auch gebe es dort zu viele Juden. Nägele empfahl sich als ebenso guter Antisemit wie Riedmann. In der Schweiz seien zudem die Jesuiten verboten, ihre Vertreibung aus Feldkirch könne ein Katholik wie Riedmann nicht verantworten, ebensowenig wie Leichenverbrennung, Zivilehe und Ehescheidungen - allesamt von der katholischen Kirche und ihrer politischen Gefolgschaft in Österreich vehement bekämpft und in der Schweiz nach Nägele selbstverständlich.¹⁹

In seinem "3. Offener Brief" schreibt Nägele im "Tagblatt" vom 19. Jänner 1919, es sei "an der Hand von Zahlen nachgewiesen..., daß unsere Landwirtschaft durch den Anschluß an die Schweiz geschädigt würde..., daß die Stickerei nichts gewinnen und unsere bedeutende Baumwollindustrie vernichtet, daß der Fremdenverkehr vegetieren würde, daß wir infolge des geringen Wertes der Krone verarmen würden, daß unser schönes Land von Ausländern überschwemmt würde, die alles billig aufkaufen könnten".

Vor allem aber:

"Sie haben die völkische Frage, die beim Anschluß an die Schweiz doch auch behandelt werden muß, so gut wie ganz übergangen. ... Ich will Ihnen den Nachweis erbringen, daß wir gerade aus völkischen Gründen alles andere nur keine Schweizer werden wollen. ... Wir haben also in der Schweiz ein Völkergemisch, wie wir es im alten Österreich auch nicht viel schlimmer besaßen. Wir sind nun endlich der Tschechen, Polen, Kleinrussen, Italiener

und polnischen Juden, die alle in dem zusammengebrochenen Österreich nebeneinander leben mußten, los geworden. Und nun sollen wir wieder zu einem Staate kommen, in welchem die Deutschen zwar die Mehrheit haben, in dem aber die Welschen viel mehr zu sagen haben, als ihrer Zahl und Bedeutung entspricht."

Nägele verstand aus seiner völkisch-nationalen Orientierung heraus nicht das ganz anders begründete schweizerische Nationalverständnis, ein Nationalverständnis, das dem der überwiegenden Mehrheit der Österreicher in der Zweiten Republik entspricht. Nägele schrieb 1919:²⁰

"Für uns Vorarlberger steht die Volkszugehörigkeit oben an. Ein Vorarlberger im Auslande, der gefragt wird, was er sei, wird stets antworten: ich bin ein Deutscher."

So wie Nägele in seinem "Offenen Brief" im "Tagblatt" vom 19. Jänner 1919 denken und äußern sich heute noch Vertreter jener Minderheit in Österreich, die für sich die Bezeichnung "national" gelten lassen:

"Wir haben das richtige Gefühl: es hat niemals eine 'österreichische Nation' gegeben, es hat nur ein deutsches, tschechisches, ruthenisches, italienisches Volk in Österreich gegeben. Ebenso wenig gibt es nach unseren Begriffen eine 'schweizerische Nation', vielmehr leben in der Schweiz Deutsche, Franzosen, Italiener und Ladinern nebeneinander."

Die schweizerische Begründung, nach der sich die Schweizer Nation aus der langen gemeinsamen Geschichte sowie einem starken politischen und einheitlichem Bewußtsein begründe - eben aus einer eigenen schweizerischen Tradition, die gerade nicht auf die "Verwandtschaft des Blutes" und dergleichen Schmarren des völkischen Nationsbegriffs zurückgreift - ließ Nägele nicht gelten: Die Vorarlberger ziehe es zu den "Stammesbrüdern im Reiche".

Das Schwabenkapitel

Noch im Spätherbst 1918 begann von seiten der "Stammesbrüder" aus dem Allgäu das Interesse an Vorarlberg zu wachsen. Die Anschlußbewegung an die Schweiz gab den Anstoß zum Bemühen. Vorarlberg solle für Deutschland nicht verloren sein, sich vielmehr an Bayern anschließen. Nicht zuletzt sei ein solcher Anschluß im beiderseitigen wirtschaftlichen Interesse, wurde etwa am 10. Dezember 1918 in einer Versammlung festgehalten. Zum Thema "Was wird aus Vorarlberg" hatten sich in Röthenbach Vertreter aus neunzehn Westallgäuer Gemeinden getroffen.²¹

Die Allgäuer warben auch in Vorarlberg: Am 10. Jänner 1919 referierte im Bregenzer Rathaus der Lindenberger Bürgermeister Schmitt vor Honoratioren aus dem Westallgäu und aus Vorarlberg. Und sie mobilisierten im Allgäu: In Kempten hatte Bürgermeister Merkt zu einer Volksversammlung aufgerufen. Die dort gefaßten Beschlüsse betreffend die Eingliederung Vorarlbergs wurden an die Vorarlberger Landesregierung übersandt, bei den Regierungen in München und Berlin wurde interveniert sowie weitere Allgäuer Gemeinden aufgefordert, gleichfalls aktiv zu werden.²² Doch fanden die Allgäuer Bestrebungen nicht die erhoffte Resonanz, die Vorarlberger Deutschnationalen zog es nicht nach Bayern. Ihre Wünsche wiesen nach Württemberg. Dort hatte im Februar 1919 Dr. Karl Magirus, Rektor der Ulmer Mädchenschule, zunächst in relativ bescheidenem Rahmen seine Ideen zur Bildung eines schwäbischen "Stammesstaates" vorgestellt:

"Zu diesem großen schwäbischen Stamm gehört das Elsaß, die deutsche Schweiz, Vorarlberg und Liechtenstein, Baden mit Ausnahme der nördlichen Landesteile, Hohenzollern, Württemberg, endlich der bayerische Kreis Schwaben und Neuburg, eine Bevölkerung von mehr als 9 Millionen, ein reichgesegnetes Land."²³

Dieses "Schwabenkapitel" hätte ausschließlich innerdeut-

sche Bedeutung, wäre es nicht sowohl der deutschen Außenpolitik als auch von den Vorarlberger Deutschnationalen in ihren Bemühungen um den Anschluß Vorarlbergs an Deutschland gelegen gekommen. Dr. Albert Ritter, Schriftsteller, Bankrotteur und schon vor dem Weltkrieg als Geschäftsführer und Wanderredner des Alldeutschen Verbandes unermüdlicher großdeutscher Propagandist²⁴, traf die Stuttgarter Regierung völlig unvorbereitet, als er sie am 19. März 1919 mit den Plänen eines Anschlusses Vorarlbergs an Württemberg bzw. an ein noch zu schaffendes Schwaben konfrontierte. Aber er setzte sowohl bei der württembergische Regierung als auch beim dortigen preussischen Geschäftsträger, Legationssekretär Hans Adolf von Moltke, einen Nachdenkprozeß in Gang, der dem "Schwabenkapitel" eine recht bedeutende Rolle zuweisen sollte.²⁵ Zu den zahlreichen Maßnahmen, die Moltke der deutschen Außenpolitik empfahl, gehörten die "Entsendung von Agenten oder Anknüpfung von Beziehungen zu Persönlichkeiten in Vorarlberg, die über die dortige Stimmung berichten und die Propagandatätigkeit zu beeinflussen in der Lage sind" sowie die Bereitstellung eines Fonds für Propagandazwecke. Allerdings sei darauf zu achten, daß das "Schwabenkapitel" Gelder ausschließlich "für den unmittelbaren Zweck Vorarlberg" verwende und nicht "zur Propagierung des großschwäbischen Gedankens in den Gliedstaaten des Deutschen Reiches" - das würde nur zu Reibungsverlusten führen, vor allem mit Bayern. Beiden Anregungen wurde Folge geleistet.²⁶

Bis Ende März 1919 gab es wenig Grund zu bezweifeln, daß Österreich innert kurzer Zeit den Anschluß an das Deutsche Reich vollziehen werde. Zwar waren die Grenzen relativ geschlossen, aber immerhin war am 2. März noch das "Berliner Protokoll" durch den deutschen Außenminister und den österreichischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten unterzeichnet worden, und am 12. März 1919 bestätigte die neugewählte deutschösterreichische Nationalversammlung die Anschlußdeklaration.

Vorarlberger Schwabenskapitel

Heute Samstag, den 10. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

Drei große Versammlungen

Im Mohrensaal für den 1. und 3. Bezirk
Im Löwensaal Hatlerdorf für den 2. Bezirk
Im Hirschen Haselstauden für den 4. Bezirk

Tagesordnungen zu allen drei Versammlungen:

Stellungnahme zur Schweizerabstimmung

Volk von Dornbirn!

Frauen und Männer aller Stände, aller Parteien
bekundet durch Massenbesuch Eure Anteilnahme
an dem Schicksal, das unserem Lande droht!

Doch in der zweiten Märzhälfte fielen in Paris auf der Friedenskonferenz jene Entscheidungen, die zum endgültigen Anschlußverbot im Friedensvertrag mit Deutschland führten. Am 15. März beschloß die Kommission für territoriale Fragen das Anschlußverbot, am 22. März billigte der alliierte Viererrat diesen Beschluß. Am 21. Oktober 1919, etwas mehr als einen Monat nach Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain, nahm die österreichische Nationalversammlung die Anschlußerklärung zurück.²⁷

Ende März konnten die Deutschnationalen wissen, daß es sehr wahrscheinlich nicht genügen würde, den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz zu verhindern und auf den Anschluß ganz Österreichs an das Deutsche Reich zu warten. Das sowie die Ankündigung der Volksabstimmung über den Schweizer-Anschluß führten zur Intensivierung ihrer Bemühungen. Bereits am 8. März 1919 - als die Hoffnungen auf den Anschluß Österreichs noch intakt waren - wurde in "offenen Worten zur Anschlußfrage" nicht nur die Schweizer-Anschlußbewegung kritisiert, sondern ihr ein eigener Entwurf entgegengesetzt:

"Entweder also als Deutschösterreicher zu Deutschland oder direkt zum Schwabenland, wie neuere Bestrebungen von dorten sagen, die dahingehen, im Rahmen Deutschlands das alte Schwaben erstehen zu lassen, das sich über Württemberg, einen Teil von Baden und Bayern und ganz Vorarlberg erstrecken würde."²⁸

Im "Tagblatt" vom 29. März 1919 findet sich dann auf der ersten Seite ein Auszug aus der Schrift des Ulmer Rektors Dr. Karl Magirus, welcher die großschwäbischen Pläne ausführlich darstellte. Am 4. April kam es in Bregenz zur Gründung eines "Werbeausschusses" für den Anschluß an Schwaben mit dem Namen "Vorarlberger Schwabenkapitel". In einem ersten Aufruf an die Vorarlberger hieß es, "die in der Sache Unterrichteten" seien aus den uns schon bekannten wirtschaftlichen und völkischen Gründen gegen den

Anschluß an die Schweiz. Daraus folgte der Appell:

"Vorarlberger! Wer mit der Überzeugung der unterrichtetensten und erfahrensten wirtschaftlichen Fachmänner, daß der Anschluß an 'Schwaben' für unsere wirtschaftliche Zukunft die besten Aussichten bietet, übereinstimmt, und wer auch auf sein Deutschtum irgend ein Gewicht legt und nicht in die Abhängigkeit von den Welschen gelangen will, die uns hassen und verachten, der erkläre seinen Beitritt zu dem Werbeausschuß an Schwaben... Der Mindestbeitrag beträgt 2 Kronen. Beitrittsanmeldungen sind zu richten an die Schriftleitung des 'Vorarlberger Tagblattes', Bregenz. Heil Schwaben! Heil der Deutschen Freiheit und der glücklichen Zukunft Vorarlbergs!"²⁹

Nicht nur das deutschnationale "Tagblatt", auch das christlichsoziale "Volksblatt" veröffentlichte den Aufruf, gab ihm allerdings einen längeren Kommentar bei. Dort wurde einmal festgehalten, daß Schwaben im Gegensatz zur Schweiz nicht tatsächlich, sondern vielmehr erst als Wunschbild existiere - noch fehle jegliche Landverbindung mit Württemberg, grenzt doch Vorarlberg an Bayern. Und:

"Auch darüber muß das 'Schwabenkapitel' Aufschluß geben, wer garantieren kann und garantiert hat, daß die Autonomie unseres Landes bei Schwaben aufrecht bleibe. Beim Anschluß an die Schweiz wird die Individualität unseres Landes als Kanton und in Deutschösterreich wird sie als Land aufrecht erhalten. Als Kreis in Schwaben hätte es möglicherweise ebensowenig Autonomie wie heute der Kreis Schwaben-Neuburg in Bayern."³⁰

Am 8. April 1919 bat Dr. Albert Ritter namens des Schwabenkapitels Bundesrat Calonder, "daß diese unnachgiebige Opposition des nicht der Zahl, aber der wirtschaftlichen und geistigen Größe nach überwiegenden Teiles der Vorarlberger Bevölkerung gegen den Anschluß des Landes an die Schweiz nicht übersehen werden möge."³¹

März/April 1919 war eine recht bewegte Zeit: In Lindau sowie in etlichen anderen grenznahen bayerischen Gebieten waren "Räteregierungen" ausgerufen worden, welche im Laufe des April dem Druck bewaffneter Freikorps wichen. Diese "Räteregierungen" erschienen den konservativen Vorarlberger Politikern als große Bedrohung, gegen welche man mit militärischen Mitteln die Grenze zu sperren hatte. Gegen diese mehr vermeintliche Gefahr riefen die Christlichsozialen für den Palmsonntag 1919, den 13. April, zu Kundgebungen im ganzen Land auf. In 16 Gemeinden versammelten sich ihre Anhänger, um zu protestieren:

"Eine Gruppe von Sozialdemokraten, vielfach Landesfremde planen einen Anschlag auf die Freiheit und auf die Verfassung des Landes. Ihr Ideal ist die Räterepublik, die Gewaltherrschaft des Proletariats. ... Die Fremden wollen herrschen; dem bodenständigen Vorarlberger, verwachsen mit der heimatliche Scholle, droht das Gewaltjoch russischer Herkunft und halbasiatischer Art."³²

Die Deutschnationalen erteilten angesichts der revolutionären Unruhen in Bayern allfälligen bayerischen Anschlußbestrebungen eine dezidierte Absage, ihnen stand das ruhige Württemberg näher:

"Von einer Stammesverwandtschaft der vorarlbergischen Schwaben zu den Bajuwaren kann wohl nicht gut die Rede sein. Auch werden in Vorarlberg mit Ausnahme der Mitglieder der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte wohl nur wenige einen Anschluß an die Räterepublik Bayern wünschen."

Am 17. April 1919 beschloß die Vorarlberger Landesregierung die Legalisierung der freiwilligen bewaffneten Volksmilizen, einer Art "Bürgerwehr", die in ebendiesen Tagen mit den bayerischen Einwohnerwehren des Rudolf Kanzler in Verbindung traten. Der konsequente Ausbau dieser Vorarlberger Heimwehren erfolgte dann mit tatkräftiger Hilfe aus Bayern, vor allem durch umfangreiche Waffenlieferungen. Obwohl die

Großdeutschen anfangs die Vorarlberger Heimwehren eindeutig dominierten, betrieb die Heimwehrrführung doch keine offene Propaganda für den Anschluß an Deutschland. Obwohl etwa Landesleiter Moritz (von) Matt, ein ehemaliger Offizier, in seinen Berichten nach Bayern stets der Überzeugung war, die Christlichsozialen samt Landeshauptmann Ender strebten den Anschluß an die Schweiz an, opponierten er und seine Organisation nicht offen dagegen. Zu sehr waren sie sich der christlichsozialen Übermacht im Lande bewußt - und zu geringe Attraktivität ging von Bayern aus.³³ Und am 27. April fanden nach einem mit großer Heftigkeit ausgetragenen Wahlkampf Landtagswahlen statt, aus denen die Christlichsozialen mit fast 64 Prozent unangefochten als stärkste Partei hervorgingen.³⁴

Für den 30. April 1919 rief der Werbeausschuß des Schwabenkapitels zur Gründungsversammlung nach Bregenz auf. Im Kronensaal trafen sich um 14.30 Uhr "hauptsächlich Vertreter der Industrie- und der besseren Bürgerkreise..., weniger Angehörige der Arbeiterschaft (ein Grund hiefür lag auch in der Versammlungszeit), viele Freunde von Groß-Schwaben, aber auch zahlreiche Anhänger des Schweizer Anschlusses".³⁵

Zum Vorsitzenden wurde Dr. Bruno Karrer gewählt, der Sekretär und nachmalige Amtsdirektor der Vorarlberger Handelskammer.³⁶ Das erste Referat hielt Albert Ritter, das zweite der Textilindustrielle Julius Rhomberg. Während Ritter allgemein die Ziele des Schwabenkapitels umriß und es von der Schweizer-Anschlußbewegung abgrenzte, sprach Julius Rhomberg "vom Standpunkt des Industriellen und des deutsch fühlenden Vorarlbergers aus", vor allem jedoch malte er die wirtschaftliche Katastrophe für den Falle eines Anschlusses an die Schweiz an die Wand:

"Mit dem Untergang der Industrie muß notgedrungen auch die Arbeiterschaft verschwinden."

Im Anschluß an die Referate kam es zur Aussprache, in der

auch den Gegnern die Möglichkeit geboten wurde, ihren Standpunkt darzustellen - damals in politischen Versammlungen eine Selbstverständlichkeit. Namens der Schweizer-Freunde meldete sich Paul Pirker zu Wort, seine Ausführungen gipfelten offenbar in folgendem Satz:

"Wir haben ein großes Interesse an der Industrie, aber nur der Industrie allein willen dürfen wir nicht unsere Zukunft bestimmen."

In den Ausschuß des Schwabenkapitels wurden durch Zuruf Vertreter aller drei Parteien entsandt, es überwogen allerdings die Deutschnationalen. Die Sozialdemokraten waren durch Nationalrat Hermann Hermann und Adelreich Nagel aus Höchst vertreten, der einzige bekanntere Christlichsoziale war der Sekretär des Landeskulturrats, W. Spieler. Unter anderen waren folgende Deutschnationale im Ausschuß: Albert Ritter, Bruno Karrer, Prof. Martin Bilgeri, Julius Rhomburg, Hans Nägele sowie Anton Zumtobel. Albert Ritter wurde zum Obmann gewählt, seine Stellvertreter waren der Sozialdemokrat Fritz Preiß und der Christlichsoziale W. Spieler.³⁷

Die Gründung des Schwabenkapitels war nur wenige Tage vor der Volksabstimmung über den Schweizer-Anschluß vom 11. Mai 1919 erfolgt, daher setzte sofort eine intensive Propaganda gegen diesen Anschluß und für die Hinwendung zu Deutschland ein. Schon der Gründungsaufruf des Schwabenkapitels war auch als Flugschrift erschienen³⁸ und vom 30. April datiert ein weiteres Flugblatt:

"Vorarlberger, Sticker und Bauern, wo wird es euch besser gehen - bei der Schweiz oder bei Schwaben?"

Vor allem aus wirtschaftlichen Motiven sei der Anschluß an die Schweiz nicht empfehlenswert. Um der Bevölkerung ein Beispiel zu geben, wurden jene Gruppen aufgezählt, in denen man Gegner des Anschlusses vermutete.

Zunächst einmal die Industrie: "...die ablehnenden Industrien

geben zusammen etwa 40.000 Menschen - fast einem Drittel der Einwohner - den Unterhalt". Dann:

"Es erklären sich gegen den Anschluß an die Schweiz der überwiegende Teil der Lehrerschaft des Landes, dann die Beamten, die Eisenbahner, weitaus die meisten Angehörigen der studierten Berufe: Ärzte, Advokaten, Ingenieure usw. und ein großer Teil der Geistlichkeit."

Zumindest ein neues Argument taucht auf: In der reichen Schweiz erwarte die Vorarlberger "das Los verachteter Bettler", Schwaben jedoch biete für alle Zukunft die besten Aussichten, "wenn wir den Mut haben, eine schwere Zeit durchzustehen".³⁹

Der "Werbeausschuß für den Anschluß an die Schweiz" antwortete mit einem Flugblatt, das genau das Gegenteil zu belegen suchte: Nicht bei einem Anschluß an die Schweiz, sondern bei einem solchen an Deutschland werde gerade die Industrie ruiniert; über die Schweiz eröffne sich für Vorarlberg der gesamte Weltmarkt, Deutschland hingegen sei als Revanche für den vom Zaun gebrochenen Krieg "im Handel dem Feinde ausgeliefert und muß der feindlichen Ware die Türe öffnen. Da der Krieg wegen Deutschlands Handel geführt wurde, so wird jetzt eben dieser Handel vernichtet werden".

Zudem bleibe nach den "am 8. Mai amtlich bekannt gewordenen Friedensbedingungen ... auch gar kein anderer Weg übrig. Die Pariser Friedenskonferenz verbietet einen Anschluß an Deutschland."⁴⁰

Mit kurzfristig angesetzten Veranstaltungen versuchte das Schwabenkapitel Anhänger zu mobilisieren, etwa in Dornbirn, Höchst, Lustenau, Bregenz, Feldkirch, Hörbranz, Hittisau, Egg und Schwarzenberg.⁴¹ Auch machten traditionell deutschnationale Organisationen mobil. So beschlossen die Vorarlberger Turnvereine auf dem Gautag des Vorarlberger Turngaues:

"Die Not des deutschen Volkes erkennend, erklärt der Gautag einmütig, an den bewährten Verbänden der deutschen Turner unverbrüchlich festzuhalten. Derselbe erblickt in dem Zusammenschlusse der deutschen Volksgesamtheit alleine die Grundlage für eine völkisch und wirtschaftlich gedeihliche Zukunft der alpenländischen Deutschen. Einig und treu soll der deutschen Turner Losungswort sein! Gut heil!"

Und doch führte der Ausgang der Volksabstimmung die deutschnationalen Träume zurück auf den Boden der Nachkriegswirklichkeit.

Deutsche Kartoffeln gegen den Schweizer Traum

Die Deutschnationalen wußten genau, daß die meisten Vorarlberger weniger dem Drange ihres Blutes zu folgen bereit waren als vielmehr dem deutlich verspürten Drange ihres Bauches. Daher erhielten Nahrungsmittellieferungen und soziale Aktionen wie etwa Ferienaufenthalte für Vorarlberger Kinder besondere Bedeutung.

Doch beklagte der Bregenzer Generalkonsul, die Zeitungen nähmen davon zu wenig Notiz.⁴² Den Spätsommer und Frühherbst 1919 erlebten die Deutschnationalen als eine Zeit des Aufschwungs. Nicht nur in der Presse, sondern auch etwa in Kundgebungen feierten sie die Untersagung des Schweizer-Anschlusses durch die Entente als ihren Erfolg.⁴³

Zur selben Zeit geriet die Vorarlberger Landesregierung in arge Bedrängnis, denn zwischen August und Oktober 1919 liefen jene schweizerischen Lebensmittellieferungen aus, mit denen gemäß dem "Abkommen betreffend die Versorgung des Vorarlbergs mit Lebensmitteln" vom 17. November 1918 die ärgste Not ferngehalten worden war. Diese Lieferungen waren auch im Interesse der Schweiz gelegen, denn einmal versuchte sie auf diese Weise, jenseits der Grenze in ihrem

Aufruf.

Schwer bedrängt von der herrschenden Ernährungsnot, befinden sich die unbemittelten Kreise des Vorarlberger Volkes in einer überaus traurigen Lage.

Die ohnedies schon vorhandene Unterernährung steigert sich von Tag zu Tag dadurch, daß die Preise auch der auf Karten erhältlichen Lebensmittel eine Höhe erreichen, die es den Unbemittelten nicht mehr möglich macht, diese Lebensmittel zur Gänze zu kaufen.

Die Landesregierung war unausgesetzt bemüht, unter anderem auch hinreichend viel Kartoffeln ins Land zu bringen, und diese Bemühungen haben Dank dem Entgegenkommen der Schweiz in letzter Zeit Erfolg gehabt. Diese Kartoffeln kommen infolge des Frankencurses sehr teuer zu stehen. Sie kosten das Land mindestens K 1.50 bis K 1.60. Die Landesregierung hat den Preis schon auf K 1.20 ab Grenzstation unter Anrechnung des Ursprungsgewichtes herabgesetzt. Für weitere Herabsetzung hat sie keine Dedung. Es ist zu befürchten, daß ein Teil der Bevölkerung, dem gerade durch dieses Nahrungsmittel aufgeholfen werden soll, auch diesen Preis schwer wird bezahlen können.

Staat und Land sind bei den übergroßen an sie gestellten finanziellen Anforderungen außerstande, zur Verbilligung der Kartoffeln mehr beizutragen. Die Landesregierung sieht sich daher, um die Armen in Vorarlberg wenigstens der Wohlthat verhältnismäßig billiger Kartoffeln teilhaftig zu machen, gezwungen, im Wege der Gemeinbedorfstellungen an diejenigen Kreise der Bevölkerung, die sich dermalen noch in finanziell besseren Verhältnissen befinden, mit der dringenden Bitte heranzutreten, zu obigem Zwecke je nach Möglichkeit und, da Gefahr im Verzuge ist, möglichst rasch, freiwillige Beiträge zu leisten.

Die Vorarlberger Landesregierung gibt sich der sicheren Erwartung hin, daß diejenigen Vorarlberger, die noch in stande sind, etwas für Arme zu tun, der Stimme ihres bekannt miltätigen Herzens folgend, dieser dringenden Bitte Gehör schenken und durch möglichst reichliche Gaben helfen werden, denjenigen unter ihnen, die am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, aufzuhelfen, damit sie ihr Leben fristen können, bis wieder bessere Zeiten ins Land kommen.

Bregenz, am 4. April 1919.

Der Landeshauptmann:

Dr. Ender, m. p.

*Aufruf des Vorarlberger Landeshauptmanns vom 4. April 1919:
Mit dem Sammelergebnis wurden die teuren Kartoffeln
verbilligt und damit für die "Armen in Vorarlberg" erschwinglich.*

Vorfeld Ruhe und Ordnung zu sichern - nötigenfalls, so zeigte sich, drohten ihre Vertreter durchaus mit der Einstellung der Lieferungen. Zum anderen gelang es der Schweiz damit, ihr Kriegsvorräte zu sehr günstigen Preisen abzubauen. Denn der von Vorarlberg bezahlte Preis von 9,2 Millionen Franken lag fast 10 Prozent über dem Marktpreis.⁴⁴ Die Lebensmittel wurden zusätzlich durch den fortschreitenden Wertverlust der Krone verteuert und damit für ärmere Bevölkerungsschichten kaum erschwinglich, sodaß die Landesregierung selbst zu einer breitangelegten Sammlung für die "Lebensmittelverbilligungsaktion für Minderbemittelte" aufrief.⁴⁵ Ohne die schweizerischen Lieferungen wäre allerdings Vorarlberg am Verhungern gewesen, denn die eigenen Ernten reichten bei weitem nicht, und aus den Entente-Lieferungen erhielt das Land maximal 150 der insgesamt alle zwei Wochen benötigten 550 Tonnen Mehl.⁴⁶ Aus Deutschland waren außer etlichen Waggons mit Speise- und Futterrüben aus Bayern sowie einigen Waggons mit Kartoffeln aus Württemberg keine Lieferungen erfolgt - bis in den Herbst hinein wurden offenbar bei weitem nicht die von Albert Ritter groß angekündigten 50 Waggons Kartoffeln geliefert.⁴⁷

Die deutsche Seite benutzte das im Sommer 1919 deutlich werdende drängende Interesse der Vorarlberger an deutschen und somit wesentlich billigeren Kartoffeln sofort für ihren politischen Zweck.⁴⁸ Eine erste Einkäufer-Delegation mußte unverrichteter Dinge aus Stuttgart wieder abziehen. Als Grund für ihre reservierte Haltung führten die deutschen Stellen jenes Telegramm von Neubner und Pirker an, mit welchem diese auf Clemenceau einwirken wollten - das ließen sie über die entsprechenden Schweizer und Vorarlberger Zeitungen auch die Öffentlichkeit wissen.

Die nächste Vorarlberger Delegation bestand aus den Landesräten Natter und Luger sowie aus einem Bregenzer Geschäftsmann, hatte demnach bereits offiziellen Charakter. Die Delegation beeilte sich offenbar zu versichern, die

Schweizer-Anschluß-Bewegung werde nur von einer Minorität getragen und sei bereits im Abklingen begriffen. Sie erreichte damit immerhin die sofortige telegraphische Beorderung von 20 Waggons mit Kartoffeln nach Vorarlberg - weitere Zusagen, besonders die Übernahme der gesamten Versorgung sowie 700 weitere Waggons mit Kartoffeln betreffend, vermochte der württembergische Ernährungsminister nicht zu machen. Die deutschen Stellen verärgerte in der Folge, daß die Vorarlberger zwar diese Lieferung der Presse mitteilten, sie jedoch im selben Zuge aufforderten, die Einstellung der Lieferungen aus der Schweiz zurückzuhalten.⁴⁹

Bei der nächsten Gelegenheit informierte der württembergische Ernährungsminister Baumann Landesrat Natter, die Lieferungen seien aus "rein menschlichem und freundschaftlichem Empfinden" zugestanden worden, ohne eine politische Annäherung an Württemberg zu verlangen. Doch:

"Die Art und Weise, wie inzwischen der Werbeauschuß für den Anschluß an die Schweiz weiter agitiere und namentlich die Tatsache, daß dieser Ausschuß sich mit den Volksverrättern Pirker und Neubner identifiziert habe, würde ihm die Verhandlungen außerordentlich erschweren."⁵⁰

Während auf höchster Ebene derart moderat argumentiert wurde, hatten die Kleinwalsertaler schon im Februar sehr deutlich erfahren, daß deutsche Stellen - wie auch die Schweiz - ihre Lieferungen vom Wohlverhalten der Empfänger abhängig machen konnten. Der Mittelberger Gemeindevorsteher Fr. Jos. Felder hatte in einem Schreiben Ferdinand Riedmann mitgeteilt, die Unterschriftensammlung für den Schweizer-Anschluß könne in Mittelberg nicht durchgeführt werden, da das Bezirksamt Sonthofen sonst die Lebensmittelbelieferung einstellen würde.⁵¹

Ernährungsminister Baumann ging im Herbst nicht so weit. Er erwartete von der Vorarlberger Landesregierung und

namentlich von Landeshauptmann Ender, sie sollten sich vom Werbeausschuß deutlich distanzieren, am besten solle Ender selbst nach Stuttgart kommen. Auch Moltke wollte nur noch mit Ender persönlich verhandeln, denn in die Schweiz sei er ja auch gefahren:

"Was hieraus wird, bleibt abzuwarten. Daß Herr Ender so ohne weiteres den Gang nach Canossa antreten wird, ist wohl kaum zu erwarten. Aber andererseits dürfte er doch in eine schwierige Lage kommen, wenn die für Vorarlberg so wichtigen Lebensmittelverhandlungen an seiner Halsstarrigkeit scheitern sollten. Jedenfalls müssen wir die Gelegenheit der gegenwärtigen Verhandlungen ausnutzen, um die Schweizer Anschlußbestrebungen nach Möglichkeit zu diskreditieren."⁵²

Während sich Moltke von Verhandlungen mit Ender einiges versprach, warnte der in Bregenz amtierende Generalkonsul Padel: Wenn die Vorarlberger nur erst die Kartoffeln hätten, würde die Schweizer-Anschluß-Bewegung sofort wieder in voller Stärke einsetzen. Die Vorarlberger interessieren sich nur für ihren materiellen Vorteil - ihre "deutschen Brüder" seien ihnen egal. Vor allem aber sei Otto Ender nicht zu trauen.⁵³

Mittlerweile hatte auch Jodok Fink bei der deutschen Botschaft in Wien seine Forderungen angemeldet. Er wollte ein Darlehen von 100 Millionen Mark sowie 200 statt der bis dort versprochenen 150 Waggons Kartoffeln und eine Zusage über weitere 100 Waggons. Auch möchten den bereits gelieferten 30 Waggons Mehl noch 40 nachfolgen. Die Deutschen hatten ab Oktober 1919 zunehmend Furcht vor einem gewaltsamen Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz und waren sogar bereit, die Forderung von Fink nach Stillschweigen über die deutschen Lieferungen zu akzeptieren.⁵⁴

Am 16. November schließlich trafen Moltke und Ender endlich in Stuttgart zusammen - nachdem Ender das Treffen lange hinausgezögert hatte. Bei diesem Treffen eröffnete Moltke die Möglichkeit eines Anschlusses von Vorarlberg an

das deutsche Reich als eigener Bundesstaat. Dieser Gedanke - zugleich eine Abkehr vom großschwäbischen Prinzip - sollte, so hoffte Moltke, Ender gewinnen. Die Unterredung zeitigte jedoch keinerlei nachhaltige Wirkung, denn auf sie folgten die Wirren im Anschluß an die Rede des schweizerischen Bundesrates Calonder, welche als Aufforderung an Vorarlberg aufgefaßt werden konnte, sich gewaltsam von Österreich zu lösen.⁵⁵ Für Vorarlberg als vorteilhaft erwies sich die Unterredung Enders mit dem württembergischen Ernährungsminister, auf die eine vorarlbergische Delegation nach Berlin folgte, welche offenbar weitreichende Zusagen für umfangreiche Nahrungsmittellieferungen erhielt.⁵⁶

So führten die deutschen Anschlußbestrebungen zumindest zu einem: Vorarlberg kam relativ glimpflich über den zweiten Nachkriegswinter, und damit war die ärgste Not überstanden.

Doch die massive propagandistische Ausschlichtung der schweizerischen Lebensmittellieferungen nach Vorarlberg während des ersten Nachkriegsjahres und das Schweigen über die anschließenden deutschen Lieferungen führten dazu, daß die Schweizer Hilfe im öffentlichen Bewußtsein präsent blieb, die deutsche jedoch nicht.

1918-1938: "Der völkische Gedanke wird doch siegen."

Die Anschlußbestrebungen an Deutschland waren im Gegensatz zur Schweizer-Anschlußbewegung nicht erst nach dem verlorenen Weltkrieg entstanden, sondern sie waren seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bereits prägendes weltanschauliches Element für einen gesellschaftlich recht bedeutsamen Teil der Vorarlberger. Nach dem Scheitern der Schweizer-Anschluß-Bewegung blieben nur noch die deutsche - oder die österreichische - Option über.

Der Anschlußgedanken selbst wurde durch den tatsächlichen "Anschluß" 1938 und die darauf folgende Zeit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, vor allem wohl

durch den verlorenen Zweiten Weltkrieg, diskreditiert - "Anschluß" wird nunmehr gleichgesetzt mit "Okkupation".

Es ist hier nicht der Platz, das Aufkommen der NSDAP und die Absorbierung des gesamten deutschnationalen Lagers durch diese Partei nachzuzeichnen. Es sei nur vermerkt, daß die Anschlußbetreiber dieselben blieben: Industrie und ein guter Teil des Gewerbes, Freiberufler, Bauern in einigen Ortschaften, dazu gesellten sich noch die neue Gruppe der Angestellten, unter der Wirtschaftskrise leidende und in Deutschland die Erlösung erhoffende Menschen sowie Jugendliche, die teils in nahezu "romantisch" zu nennender Begeisterung dem nationalen Ideal naheieferten. Wesentliche legale Bastionen der ab 1933 in Österreich verbotenen NSDAP waren die Turnvereine, der Verband Vorarlberger Schiläufer sowie der Deutsche und Österreichische Alpenverein. Die wirtschaftliche Macht vor allem der Textilindustriellen sicherte der NSDAP das Überleben im klerikalen österreichischen Konkurrenzfaschismus und stellte ihr die nötigen Mittel nicht nur zu Propaganda- und Organisationszwecken, sondern auch für Terroranschläge.⁵⁷

Zu tief war der deutsche Nationalismus in Vorarlberg verankert und zu eng waren die wirtschaftlichen Verbindungen, als daß der Anschluß 1919 erledigt gewesen wäre. Da mochten die Siegermächte das Anschlußverbot noch so oft festschreiben: 1919 in den Friedensverträgen, 1922 in den Genfer Protokollen, 1932 im Lausanner Protokoll - die Anschlußfrage blieb aktuell, und die Protagonisten diesseits und jenseits des Bodensees blieben aktiv.⁵⁸ Die Entente vermochte 1920 eine von der österreichischen Nationalversammlung angestrebte österreichweite Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland zu verhindern, nicht jedoch die Abstimmungen in Tirol und Salzburg im April beziehungsweise Mai 1921 - beide ergaben eine überwältigende Mehrheit für den Anschluß.⁵⁹ Auch in Vorarlberg sei damals - so schreiben zumindest die Schweizer-Freunde in ihrem Periodikum⁶⁰ -

eine Unterschriftenaktion zur Einleitung einer Volksabstimmung begonnen worden, allerdings ohne irgendwelche Folgen zu zeitigen.

Auch in der christlichsozialen Volkspartei meldete sich wieder der traditionell deutsch fühlende Teil zu Wort. So meinte etwa der Dornbirner Priester und langjährige christlichsoziale Spitzenpolitiker Dr. Karl Drexel als Hauptreferent der Tagung des christlichen Vorarlberger Arbeiterbundes:

"Wir müssen den Anschluß wieder suchen an das deutsche Volk im Reiche. Wir sinken und steigen mit ihm."⁶¹

Otto Ender war nicht mit engem Blick auf die Vereinigung mit der Schweiz oder Deutschland fixiert, sondern er sah bereits in den frühen zwanziger Jahren die Lösung der drängenden wirtschaftlichen und wohl auch der politische Probleme in der Errichtung der "Vereinigten Staaten von Mitteleuropa" - mit Deutschland, Polen, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien, Italien:

"Und für diese Idee ist die Welt nicht reif; sie muß zuerst noch mehr erdulden, besonders Frankreich."⁶²

Diesem Gedanken blieb er verpflichtet, wenn er ihn auch durchaus modifizierte. Als Bundeskanzler kam er in seiner Regierungserklärung am 5. Dezember 1930 darauf zu sprechen, und damit beschließt er seine 1952 erschienene Druckschrift zur Schweizer-Anschluß-Bewegung:

"Und was ist aller, der Schweizer, der Liechtensteiner und der Österreicher Hoffnung? Die Vereinigten Staaten Europas. Wenn wir diese Vereinigung erlangen, dann mag ein großes Wirtschaftsgebiet den Weg zu neuer Entwicklung und zu größerer Stabilität frei geben und hoffentlich eine Friedenszeit anbrechen, die wir nach dem Erleben von zwei Weltkriegen herzlichst ersehnen."⁶³

In seiner Regierungserklärung sprach er allerdings vom stufenweisen Ausbau der europäischen Union, vermutlich um Widerständen gegen das wohl bedeutendste Projekt seiner



Otto Ender wird als designierter Bundeskanzler im November 1930 vom späteren Außenminister Guido Schmidt, wie Ender ebenfalls "Altstellaner", am Wiener Westbahnhof abgeholt.

Regierungszeit die Spitze zu nehmen - in der Form einer deutsch-österreichischen Zollunion sollte der wirtschaftliche Anschluß vollzogen werden.⁶⁴

Doch auch das recht spektakuläre Scheitern erledigte christlich-sozialen Deutschnationalismus keineswegs. So griffen zur Zeit des Austrofaschismus weite Teile des katholischen Lagers auf eine mittelalterliche Reichsideologie zurück, wonach das "katholische Österreich" die "Erfüllung der Sendung des deutschen Volkes im christlichen Abendland, die Wiedergeburt des wahren Reiches und damit die Befriedung des aus tausend Wunden blutenden Mitteleuropas" zum Auftrage habe - was nichts anderes war als eine imperialistische Kopfgeburt nach dem Scheitern des österreichischen Imperialismus zwanzig Jahre zuvor.⁶⁵ Diese Ideologie vom

"zweiten", ja "besseren deutschen Staat" resultierte vor allem aus der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland und der durch sie eingeleiteten auf Österreich zielenden aggressiven Expansionspolitik - erst die Nazis trieben den meisten Christlichsozialen und Sozialdemokraten die Sehnsucht nach dem Anschluß aus.⁶⁶

Anders jedoch die Deutschnationalen: Sie blieben sich selbst und dem Deutschen Reiche treu - bis in den Zweiten Weltkrieg hinein.

Allein die Namen der Organisationen änderten sich: Aus dem "Schwabenkapitel" wurde 1920 der "Wirtschaftsverband Schwaben-Vorarlberg", 1927 änderte sich der Namen in "Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg". Weniger die Einzelmitgliedschaften verliehen diesem Zusammenschluß sein Gewicht als die Institutionen: "Handels-, Handwerks- und Bauernkammern, zahlreiche Amtskörperschaften, Bezirks- und Kreistage, Stadt- und Landgemeinden, landwirtschaftliche Vereine, Industriellenverbände, Alpenvereinssektionen, Einzelfirmen".⁶⁷ Der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft strich die Ziele klar heraus:

"Schon die im vorstehenden aufgezählten Vortragstoffe zeigen, wie neben die wirtschaftlichen Fragen solche kultureller Art treten und wie allmählich zwischen diesen beiden der Gedanke des Anschlusses als letztes Ziel immer klarer und kräftiger durchklingt. ...auch das letzte Ziel unserer Bestrebungen; die Aufhebung aller trennenden wirtschaftlichen und politischen Schranken, der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß ganz Österreichs mit dem Deutschen Reiche..."⁶⁸

Die Arbeitsgemeinschaft bekämpfte die Pariser Friedensverträge u.a. wegen der Anschlußverbote, die Zollunionspläne verstand man als "Befreiungsversuch auf eigene Faust", für welche man "der Regierung Ender zu bleibendem Dank verpflichtet ist".⁶⁹ In der Mitgliederversammlung in Bregenz am 29. Mai 1932 beklagte man empfindlichen Mitglieder-

schwund, verursacht durch die Wirtschaftskrise, und forderte zu Standhaftigkeit auf, denn:

"Der völkische Gedanke wird doch endlich siegen."

Wir finden einige uns schon bekannte Vorarlberger im Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft, etwa Dr. Bruno Karrer und auch Julius Rhomberg. 1932 nahm nach dessen Tod der Dornbirner Industrielle Theodor Rhomberg seine Stelle ein; auch der neue Vorsitzende des Verbandes der Industriellen in Vorarlberg, Dr. Frisch aus Dornbirn, wurde in den Ausschuß berufen.⁷⁰ Mit diesen beiden, besonders mit Theodor Rhomberg begann die neue Zeit - er war wenige Jahre später kurzfristig Vorsitzender der verbotenen Vorarlberger Nationalsozialistischen Partei.⁷¹

Auch Hans Nägele ging den Weg vom Deutschnationalen zum Nationalsozialisten. Sein "Vorarlberger Tagblatt" rühmte er noch 1943 als "die älteste nationalsozialistische Zeitung in den Alpen- und Donaugauen."⁷² Als es ab 1933 dann darum ging, den "zweiten deutschen Staat" dem nationalsozialistischen "Reich" einzuverleiben, stellte Studienrat Maurer seine Verbindungen gleichfalls in den Dienst der "Bewegung".⁷³

Für die historische Untermauerung des Anschlusses an Deutschland hatte der Bregenzer Mittelschullehrer Martin Bilgeri⁷⁴ gesorgt, und - weit prominenter - Adolf Helbok, Universitätsprofessor in Innsbruck bis zu seiner Enthebung 1934, danach in Leipzig. Helbok hatte sich schon seit Beginn des Jahres 1919 mittels mehr oder minder wissenschaftlicher Arbeiten für den Anschluß eingesetzt.⁷⁵

So war es dann auch Helbok, der 1938 in einem Aufsatz über "Vorarlberg und Schwabenland"⁷⁶ nochmals die großschwäbische Idee beschwor. Allerdings kam sie auch nicht im Nationalsozialismus zustande, wurde Vorarlberg doch bald nach dem "Anschluß" dem "bayuvarischen" Tirol zugeschlagen.⁷⁷ Nachdem Helbok die große schwäbische Gemein-

schaft beschworen und knapp die Entstehung des "Schwabenkapitels" als Reaktion auf die Schweizer-Anschluß-Bewegung erwähnt hatte, kam er zum Schluß:

"Wir haben jetzt, da wir nicht mehr durch politische Parteien zerspalten sind, keinen Stammespartikulismus zu fürchten, denn nun kann nicht mehr irgend eine Partei die Instinkte von Blut und Boden ihren Zwecken vorspannen und sie mißbrauchen. Deshalb sind wir so glücklich, daß wir uns dem ewigen, tiefsten und schönsten Mysterium, dem des Blutes, hingeben dürfen. Und dieses ist der ewige einzige Bau von der Familie zur Sippe, zum Stamme, zum Volke."

Die Schweizer-Anschluß-Bewegung kam nicht zur Realisierung, der Anschluß an das Deutsche Reich wurde realisiert – mit den bekannten Folgen: Terror, Verfolgung, Massenmorde, Weltkrieg.

Aus dem völkisch und mythisch Überhöhten wurde ganz reales Elend. Man würde meinen, die völkischen Phrasen und die Anrufung der großen Mythen wären mittlerweile überwunden und das Auge wäre geschärft für sich hinter dem Wortgewölke verbergende Interessen. Weit gefehlt – denn noch nach 1945 war ein wesentlicher Teil der Landesgeschichte bestimmt von völkischer Argumentation: Die deutsche Option war nach 1945 diskreditiert, und vor diesem Hintergrund schuf die Geschichtsschreibung für die Schweizer-Anschluß-Bewegung nachträglich eine historische Tradition: Nicht mehr wurde Vorarlberg in die deutsche Geschichte eingebettet, sondern vielmehr nun die historischen Gemeinsamkeiten mit der Schweiz betont, nicht mehr die deutschen, sondern die schweizerischen Stammesbrüder wurden nunmehr beschworen.⁷⁸

Anmerkungen

1. Bilgeri (1982), S. 296
2. Heinzle (1935), S. 20 ff., 32 f., 42 ff.
3. Siehe Heinzle (1935), S. 45 f.
4. Bilgeri (1982), S. 295 f.
5. Bilgeri (1982), S. 289 f.; siehe Olschbauer/Schwarz (1987), S. 22 ff., 44 f. sowie 60 Jahre Sektion Vorarlberg des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, Festschrift des Vorarlberger Tagblattes, Bregenz, 23. 11. 1929
6. Bilgeri (1982), S. 292 ff., 301; Petsche-Rüsch (1948), S. 43
7. Burmeister (1983), S. 170 f.; Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise - Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890-1918. In: Greussing (1984), S. 73-132, hier S. 87 f.
8. Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft". Antisemitismus in Vorarlberg 1880-1945. In: Dreier (1988), S. 132-249, hier S. 132 ff., 141 f.
9. Siehe dazu Barnay (1988), S. 300 ff., 313 ff.; VV 5. 10. 1900
10. Wichner, Josef: Mein Heimatland grüßt Österreich! In: Sander, Hermann: Dichterstimmen aus Vorarlberg, Innsbruck 1895, S. 289, zit. nach Barnay (1988), S.314
11. Nach Bilgeri (1982), S. 527
12. Siehe dazu Barnay (1988), S. 313 f.
13. VV, 13. 8. 1918
14. Siehe Familienbuch Riedmann, in Nachlaß Ferdinand Riedmann im VLA; Zitat von Paul Pirker in Schweizer-Bund, 2. Jg. Nr. 8 vom 22. 5. 1922
15. VV, 3. 12. 1918
16. Die Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschlusse an die Schweiz, o.O. o.J. (1919); zur Revolution: VLSS, 14. Sitzung, 15. 3. 1919; zur Wirtschaftsstruktur vgl. Elmar L. Kuhn, Industrialisierung am See. In: Schott, Dieter / Trapp, Werner (Hg.): Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes, Weingarten 1984, S. 167-204
17. Siehe etwa "Volksfreund", 23. 11. 1918, 14. 12. 1918
18. Zu Nägele siehe Bundschuh, Werner: Kreist das "Blut der Ahnen"? In: Bundschuh/Walser (1987)
19. Alles in Ländle 1, Wochenausgabe des VT, vom 5. 1. 1919
20. Ebda.
21. Bilgeri (1987), S. 48 f.
22. Witzig (1974), S. 163 f.

23. Zit. nach VT, 29. 3. 1919, zum Datum VT, 3. 5. 1919
24. Siehe zu Ritter Heinzle (1935), S. 20 ff., 32 f., 42 ff., 45 f.
25. Preradovich (1971), S. 62; Bilgeri (1987), S. 53 f.
26. Siehe Preradovich (1971), S. 65; zur Finanzierung des Schwabenkapitels siehe auch Pirker (1947), S. 115
27. Zaugg-Prato (1982), S. 44 ff.
28. VT, 8. 3. 1919
29. VT, 9. 4. 1919
30. VV, 11. 4. 1919
31. Zit. nach Witzig (1974), S. 178
32. VV, 13. 4. 1919, 15. 4. 1919; zur Räterepublik Lindau siehe: Schweizer, Karl Lindau 1918/19. Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau/Bodensee von November 1918 bis Juni 1919, Lindau 1978; siehe auch Dreier (1986), S. 33 ff.
33. Rape (1977), S. 157 ff., 161 f., 167 f.; Dreier, Wemer: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen. In: Pichler (1982), S. 51-73
34. Dreier (1986), S. 171 ff.
35. VV, 3. 5. 1919; zur Versammlung auch VT, 3. 5. 1919
36. Karrer war von 1921 bis Ende der zwanziger Jahre Leiter einer Bleicherei in Hirschberg/Preuss. Schlesien, allerdings mit wenig Erfolg, sodaß er zur Handelskammer zurückkehrte. Siehe Berka, Günther: 100 Jahre deutsche Burschenschaft in Österreich 1859-1959, Graz 1959, S. 30, 135
37. VV, 3. 5. 1919, VT, 3. 5. 1919; vgl. Bilgeri (1987), S. 54
38. Ein Exemplar liegt in VLB, kleine Schriften 87/25
39. Liegt in Nachlaß Riedmann, VLA
40. Ein Exemplar in Nachlaß Pirker, VLA
41. Nach Ender (1952), S. 20 ff. sowie VT, 10. 5. 1919; zur Dornbirner Veranstaltung vgl. weiter oben.
42. Preradovich (1971), S. 100
43. Siehe Witzig (1974), S. 330, 335
44. Siehe Zaugg-Prato (1982), S. 94 ff., 106 f., 322; zu schweizerischen Drohungen siehe Dreier (1986), S. 37; zum Ende der Lieferungen siehe den Brief der Vorarlberger Landesregierung vom 27. 9. 1919 an die Württembergische Regierung, Faksimile im Anhang zu Preradovich (1971), sowie ebda., S. 83
45. Siehe Dreier (1986), S. 22 f.
46. Schreiben der Vorarlberger Landesregierung an die Württembergische

- Regierung vom 27. 9. 1919; Aufstellung bei Zaugg-Prato (1982), S. 322
47. Ender zu Locher, in Bericht des Abgeordneten Locher über seine Reise nach Vorarlberg, Faksimile im Anhang zu Preradovich (1971)
 48. Siehe dazu Cohen (1975), S. 216 ff., Bericht der preußischen Gesandtschaft in Stuttgart vom 1. 10. 1919, Faksimile im Anhang zu Preradovich (1971)
 49. Preradovich (1971), S. 83
 50. Bericht preußische Gesandtschaft Stuttgart vom 1. 10. 1919, Faksimile im Anhang zu Preradovich (1971)
 51. Schreiben vom 9. 2. 1919, Fr. Jos. Felder an Ferdinand Riedmann, Nachlaß Riedmann, VLA
 52. Ebda.
 53. Nach Cohen (1975), S. 220
 54. Preradovich (1971), S. 84 f. - die letztlich tatsächlich gelieferten Mengen gehen nicht hervor; Cohen (1975), S. 226-231, v.a. 230 f.
 55. Preradovich (1971), S. 94 ff.
 56. Cohen (1975), S. 222 ff.; Witzig (1974), S. 335
 57. Siehe dazu Walser (1983); ders.: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP. In: Pichler (1982), S. 96-106; ders.: Geschichte der Vorarlberger NSDAP. In: Vorarlberger Landesmuseum (1988), S. 49-57; Dreier, Werner: Versuch einer faschistische Alternative. Vorarlberg 1933-1938. In: Vorarlberger Landesmuseum (1988), S. 29-45; zur NS-Geschichte in Vorarlberg siehe Johann-August-Malin-Gesellschaft (1985); Pichler/Walser (1988)
 58. Siehe zu den Verboten Zaugg-Prato (1982), S. 46, 109 ff., 156 ff.; zu den wirtschaftlichen Verbindungen: Matthes (1979), S. 70-183
 59. Goldinger (1977), S. 94-103; Zaugg-Prato (1982), S. 46 ff.
 60. Schweizer-Bund, 1. Jg. Nr. 6, 1921: Vorarlberg und die Großdeutschen - ein Artikel aus der in Bern erscheinenden Tageszeitung "Bund".
 61. Zit. nach Bilgeri (1987), S. 85; zu Drexel siehe Dreier (1986), S. 156
 62. Brief Enders an Dr. Engensperger, Appenzell vom 8. 9. 1922, zit. nach Witzig (1974), S. 201
 63. Ender (1952), S. 66; Goldinger (1954), S. 179
 64. Siehe Goldinger (1954), S. 179 f.
 65. Zit. nach und vgl. Staudinger, Anton: Zur "Österreich"-Ideologie des Ständestaates. In: Das Juliabkommen von 1936. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976 (=Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises, Bd. 4), S. 198-240, hier v.a. S. 206

66. Siehe Skalnik, Kurt: Auf der Suche nach Identität. In: Weinzierl/Skalnik (1983), S. 11-24
67. Maurer, J.: Die Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg. In: Feierabend, Beilage zum VT, 39. Folge, Jg. 11/1929; vgl. Bilgeri (1987), S. 76 ff.
68. Ebda.
69. Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg. 11. ordentliche Mitgliederversammlung in Bregenz am 29. Mai 1932. Kreisarchiv des Bodenseekreises, Markdorf. Für den Hinweis bin ich dem Archivar Elmar Kuhn zu Dank verpflichtet.
70. Ebda.
71. Siehe Walser (1983), S. 57; auch Dreier, Werner: Versuch einer faschistische Alternative: Vorarlberg 1933-1938. In: Vorarlberger Landesmuseum (1988), S. 29-45, v.a. 37 f.
72. Zit. nach und vgl. Pirker, Paul: Citadelle Bregenz, Bregenz 1946, S. 52 f.; vgl. Bundschuh, Werner: Kreist das Blut der Ahnen? Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele. In: Bundschuh/Walser (1987), S. 29-82; Barnay (1988), S. 393 f.
73. Siehe Bilgeri (1987), S. 177
74. Martin Bilgeri etwa in Holunder, Nr. 48, 6. Jg., 24. 11. 1928: 2000 Jahre Schwaben am linken Rheinufer
75. Siehe Bilgeri (1987), S. 50, 55, 85 sowie Pirker (1946), S. 52; Barnay (1988), S. 370, 394 f.
76. Helbock (sic!), Adolf: Vorarlberg und Schwabenland. In: Schwabenland, kulturpolitische Zeitschrift für den Gau Schwaben, Jg. 5, Heft 4, 1938, S. 117-132
77. Siehe Barnay (1988), S. 416 ff.; Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39, Dornbirn 1981; dies.: Die Verwaltung und der Verlust der Selbständigkeit. In: Vorarlberger Landesmuseum (1988), S. 81-87
78. Nahezu durchgängig im Werke Bilgeris, v.a. Bilgeri (1987), S. 34 ff.; ideologisch pointierter bei Grabherr (1986), etwa S. 242 f.; auch Witzig (1974) ist nicht frei davon, vgl. etwa alle Passagen, welche den Deutschnationalismus betreffen.

Verwendete Literatur

(Auswahl)

Acworth, William/ Robert Herold:

Report on the Reconstruction of the Austrian State Railways. Wien 1923.

Albrich, Thomas u.a. (Hg.):

Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918-1938, Innsbruck 1988

Barnay, Markus:

Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert, Bregenz 1988

Bilgeri, Benedikt:

Geschichte Vorarlbergs, Bd. IV. Zwischen Absolutismus und halber Autonomie, Wien-Köln-Graz 1982

Ders.:

Geschichte Vorarlbergs, Bd. V. Kanton oder Bundesland. Untergang und Wiederkehr, Wien-Köln-Graz 1987

Bonjour, Edgar:

Geschichte der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert. In: Hans Nabholz u.a.: Geschichte der Schweiz, Bd.2, S. 315-670, Basel 1938.

Bösch, Robert:

75 Jahre Marktgemeinde Lustenau, Dornbirn 1977.

Bosl, Karl (Hg.):

Versailles - St. Germain - Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren, München 1971.

Bundschuh, Werner / Walser, Harald (Hg.):

Dornbirner Stadt-Geschichten, Dornbirn 1987

Burmeister, Karl Heinz:

Geschichte Vorarlbergs, Wien 1983

Cohen, Harlan Kurtz:

The Vorarlberg Question 1918-1922: The Failure of the Movement for Union to Switzerland, Cambridge 1975

Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund, Feldkirch 1920.

Dreier, Werner:

Zwischen Kaiser und "Führer". Vorarlberg im Umbruch 1918-1938, Bregenz 1986

- Ders. (Hg.):
Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung, Bregenz 1988
- Ender, Otto:
Vorarlbergs Schweizer-Anschluß-Bewegung von 1918 bis 1924, Dornbirn 1952
- Fahrni, Dieter:
Schweizer Geschichte. Ein historischer Abriss von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich 1982.
- Gautschi, Willi:
Der Landesstreik, Zürich/Einsiedeln 1968.
- Goldinger, Walter:
Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945. In: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich, München 1977 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe 1954)
- Grabherr, Elmar:
Vorarlberger Geschichte. Eine volkstümliche Darstellung, Bregenz 1986
- Greussing, Kurt (Hg.):
Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870- 1946, Bregenz 1984
- Heinze, Ingeborg:
Albert Ritter, Leben und Werk, Diss. Wien 1935
- Jost, Hans Ulrich:
Bedrohung und Enge (1914-1945). In: Geschichte der Schweiz - und der Schweizer, III. Bd., Basel 1983, S. 101-190.
- Karrer, Bruno:
Vorarlberg. Eine Entgegnung auf Dr. Pirkers Schrift "Das Vorarlberg", Feldkirch o.J. (1919)
- Kläsi, Jakob:
Vorarlberg, Zürich, o.J.
- Küng, Heribert:
Der militärische Standpunkt der Schweiz zur Vorarlberger Anschlußbewegung. In: Montfort 1974, S. 73-91.
- Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.):
Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in vorarlberg 1933-1945, Bregenz 1985
- Matthes, Reinar:
Das Ende der Ersten Republik Österreich. Studien zur Krise ihres politischen Systems, Diss. Berlin 1979

- Olschbauer, Wolfgang / Schwarz, Karl (Hg.):
Evangelisch in Vorarlberg. Festschrift zum Gemeindejubiläum, Bregenz 1987
- Petsche-Rüsch, Dorle:
Die Entwicklung der politischen Parteien Vorarlbergs von 1870-1918, Dornbirn 1948
- Pichler, Meinrad (Hg.):
Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte, Bregenz 1982
- Pichler, Meinrad / Walser, Harald:
Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit, Bregenz 1988
- Pirker, Paul:
Erinnerungen eines Schulmannes, Bregenz 1947
- Ders.:
Das Vorarlberg. Schweizer! Sind wir Eure Brüder? Feldkirch 1919.
- Ders.:
Zur Vorarlbergfrage. In: Die Berner Woche in Wort und Bild 42/1919, S. 500 f.
- Preradovich, Nikolaus v.:
Die Wilhelmstraße und der Anschluß Österreichs 1918-1933, Bern/Frankfurt 1971
- Rape, Ludger:
Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923, Wien 1977
- Rhomberg, Julius:
Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschluß an die Schweiz, Bregenz 1919.
- Thaler, Ernst:
Vorarlberg. In: Deutsche Stimmen, Bd.32/1920, S. 297- 302.
- Vetsch, Ulrich:
Schweiz und Vorarlberg. In: Schriften der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Gruppe St.Gallen, St.Gallen 1920.
- Vorarlberger Landesmuseum (Hg.):
Vorarlberg 1938. Katalog zur Ausstellung im Rahmen der Veranstaltungen des Gedenkjahres 1988, Bregenz 1988
- Walder-Heene, Emil:
Das Vorarlberg. Eine wirtschaftliche Studie mit Berücksichtigung der Anschlußbewegung an die Schweiz, St.Gallen 1919.

Walser, Harald:

Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938, Wien 1983

Weinzierl, Erika / Skalnik, Kurt (Hg.):

Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik Bd. 1, Graz-Wien-Köln 1983

Witzig, Daniel:

Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918-1922, Basel/Stuttgart 1974.

Wohin strebt Vorarlberg? Bregenz 1919 (= Abdruck der 14. Sitzung der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung am 15. 3. 1919).

Zaugg-Prato, Rolf:

Die Schweiz im Kampf gegen den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich 1918-1938, Bern/ Frankfurt a.M. 1982

Zimmermann, Horst:

Die Schweiz und Österreich während der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1973

Zuderell, Elfriede Auguste:

Die Anschlußbewegung Vorarlbergs an die Schweiz 1918-1921, Diss. Innsbruck 1946

Zurburg-Geisser, C.:

Vorarlberg und die Vorarlberger Anschlußfrage. In: Schweizerische Rundschau 2/1920, S. 2-8.

Namens- und Ortsregister

- Alberschwende 17, 106
Bagdad 120
Bauer Otto 88
Baumann, Minister 141
Baur Leopold 91
Berger Ernst Otto 42, 89f., 92
Berlin 88, 91, 120, 129, 143
Bern 19, 24, 47, 59, 66, 68f., 77, 87
Bilgeri Benedikt 72
Bilgeri Martin 136, 148
Bludenz 120
Bolgenach 17, 73
Bösch Karolina 103, 106
Bregenz 11, 17, 38, 43, 47f., 67, 68, 76, 89f., 113, 115, 120, 132f., 135, 137, 142, 147
Buchs 83
Bürs 73
Calonder Felix 18, 23, 27f., 32, 45, 68f., 133, 143
Clemenceau Georges 22
Cohen Harlan Curtz 67
Dornbirn 34, 60, 122, 137, 148
Drexel Karl 145
Dubois Leopold 83
Ender Otto 16, 19, 21, 23, 30, 35, 37f., 43f., 47, 49, 52, 57, 61f., 64-72, 75f., 79, 81, 90f., 98, 110f., 116, 122, 135, 142f., 145, 147
Engels Friedrich 118
Egg 137
Feierle Franz 122
Felder Franz Josef 141
Feldkirch 76, 82, 114, 120, 127, 137
Feuerstein Josef 64
Fink Barnabas 30, 57, 71
Fink Jodok 43f., 45, 61, 65, 69, 71f., 77, 79, 122, 142
Frankfurt 119
Freistadt 113
Frisch, Dr. 148
Genf 58, 79, 98
Götzis 120
Grenoble 113
Grimm Robert 47
Grüner Franz 49
Habsburg Ferdinand 116
Halma Hubert 11
Hämmerle Martin 59
Helbok Adolf 31, 148
Hermann Hermann 52, 54, 55, 136
Hitler Adolf 58, 96
Hittisau 73, 120, 137
Höchst 15, 136f.

- Hofer Rudolf 118
 Hörbranz 137
 Innsbruck 148
 Kanzler Rudolf 134
 Karlsbad 113
 Karrer Bruno 31, 47, 81, 89f.,
 135f., 148
 Kloß Karl 54
 Kempten 86, 91
 Kessler Franz Josef 26
 Kinz Ferdinand 47, 122
 Kohler Stefan 11
 Laibach 107
 Langen a. A. 26, 44
 Lardy Charles 24, 32, 69
 Leipzig 148
 Liechtenstein Alois 118
 Lindau 44, 76, 151
 Linder Anton 56f.
 Lingenau 17, 120
 Linz 107
 Locher Georg 38, 41, 47, 75, 81,
 90f.
 Luger 140
 Lustenau 15, 75, 102, 106, 109f.,
 137
 Mäder 109
 Magirus Karl 129, 132
 Mandler Richard 92
 Marx Karl 118
 Matt Moritz 135
 Matt Otto 11
 Maurer J. 148
 Memmingen 86
 Merkt Otto 91, 129
 Mittelberg 141
 Mittelberger Johann Josef 57, 71
 Moltke Hans v. 65, 72, 88ff., 130,
 142f.
 Motta Giuseppe 28
 Müller Adolf 77, 87
 München 129
 Nagel Adelreich 136
 Nägele Hans 96f., 127, 128, 136,
 148
 Natter Franz 140f.
 Neubner Gustav 21, 32, 45, 64,
 69, 110, 140f.
 Neyer Bernhard 71
 Ölz Josef 121
 Padel Wilhelm 47, 89f.
 Paris 22, 56, 58, 67ff., 70, 132
 Peesch Heinrich 118
 Pirker Paul 12, 21f., 24, 30, 35,
 37, 41, 69, 78, 89, 102,
 113-117, 124f., 136, 140f.
 Pola 113
 Preiß Fritz 52, 57, 136
 Preradovich Nikolaus v. 91
 Rauscher Franz 52ff., 57
 Renner Karl 21f., 45, 55, 61, 65,
 69, 72, 79, 100
 Rhomberg Eugen 91
 Rhomberg Hermann 91
 Rhomberg Julius 59, 98, 135f.,
 147

- Rhomberg Theodor 91, 147
- Rienzler Katharina 113
- Riedmann Ferdinand 12, 16, 21,
23, 27, 33, 35-39, 42, 44,
56, 67, 75, 89, 92f., 95, 97,
102-112, 116, 141
- Riefensberg 17
- Riepenhausen, Botschafter 77
- Ritter Albert 47, 90, 97, 119, 130,
133, 135f., 140
- Rorschach 23
- Röthenbach 129
- Salzburg 83
- Schneider Emil 11
- Schruns 26, 74
- Schürch Hans 27
- Schmidt Mathias 119
- Schmitt Lindenberg 129
- Schwarzenberg 17, 137
- Seeberger Emil 11
- Sonthofen 141
- Sörgel Werner 92
- Spieler W. 136
- Sprecher Theophil v. 36
- Stark, aus Mäder 109
- St. Germain 21f., 66, 86, 90, 132
- Stingelin, Major 44, 47
- Stofflet Josef 26
- Strobl Hans 115
- Stuttgart 38, 65, 88, 93, 140,
142
- Versailles 86
- Vetsch Ulrich 18f., 23, 27
- Vogelsang Karl 118
- Wachter Julius 11
- Wachter, Landtagsabgeordneter
26
- Wagner Adolf 118
- Wehinger-Riederer Anton 108
- Weiler 119f.
- Wichner Josef 121
- Wien 27, 39, 42, 45, 77, 88f.,
142
- Wille Ulrich 36, 79
- Witzig Daniel 29, 71
- Zaugg-Prato Rolf 67
- Zimmermann Horst 85
- Zug 108
- Zumtobel Anton 60, 136
- Zürich 36

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

5

Chronik der Schweiz-Anschluß-Bewegung
(1918–1920)

Die Haltung der Vorarlberger Bevölkerung
oder die Liebe geht durch den Magen

Die Reaktion der politischen Eliten
„Parteien in ihrem Stühle“ versus „unfähige Leute“

Kalkül statt Gefühl
Die Haltung der offiziellen Schweiz

Vorarlberg als Objekt deutscher Geheimdiplomatie
und Propaganda

Die Propheten vom „gelobten Land“
Ferdinand Riedmann und Paul Pirker

Der deutsche „Anschluß“

ISBN 3-900754-05-5